

Monatsbericht des BMF Mai 2010





Monatsbericht des BMF Mai 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2010	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010	
Termine, Publikationen	31
Analysen und Berichte	33
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010	
Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)	
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010	
Zollbilanz 2009	
Stabilität im Bundesstaat - Konstituierende Sitzung des Stabilitätsrates	
Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie de	
Monetary and Financial Committee (IMFC)	
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	89
Statistiken und Dokumentationen	111
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	112
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	137
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	144

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuellen Entwicklungen in Europa rücken die existenzielle Bedeutung solider Staatsfinanzen auf eindrückliche Weise ins Bewusstsein. Nicht zuletzt verdeutlichen diese Ereignisse, wie wichtig es ist, dass Deutschland seine Rolle als Stabilitätsanker in Europa wahrnimmt. Dazu gehört natürlich an erster Stelle, nämlich mit Blick auf den Stabilitätsund Wachstumspakt, dass wir bis 2013 wieder unter die 3-%-Marke für das Staatsdefizit kommen.

Der Bundeshaushalt 2010 markiert vor diesem Hintergrund einen finanzpolitischen Wendepunkt. Während die äußerst expansive Finanzpolitik im laufenden Jahr noch zur Überwindung der Finanz-und Wirtschaftskrise erforderlich ist, bildet das damit verbundene Rekordniveau der Kreditfinanzierung zugleich den Ausgangspunkt für die Schuldenbremse, die den Bund ab 2011 zu einer schrittweisen Rückführung der Neuverschuldung um rund 10 Mrd. € pro Jahr verpflichtet. Ab 2011 wird damit eine Politik der konsequenten und nachhaltigen Haushaltssanierung erforderlich werden.

Im Zuge der Reform der Verschuldungsregeln des Grundgesetzes wurde nicht nur die Schuldenbremse für Bund und Länder eingeführt, sondern auch ein Gremium zur Überwachung und Durchsetzung der Regeln geschaffen: Der Stabilitätsrat ist am 28. April 2010 unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz, Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Die zentrale Aufgabe des Stabilitätsrates ist die laufende Überwachung der Haushalte des Bundes und der einzelnen Länder, um drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen rechtzeitig einleiten zu können. In der ersten Sitzung des



Stabilitätsrates wurden eine Geschäftsordnung und die wesentlichen Elemente des Frühwarnsystems beschlossen.

Am 6. Mai hat der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" die Steuerschätzung für Bund, Länder und Gemeinden vorgelegt. Die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigen sehr deutlich, das Bund, Länder und Gemeinden in den kommenden Jahren nur über äußerst enge finanzielle Handlungsspielräume verfügen werden. Die Folgen der Krise werden sich auch bei den staatlichen Einnahmen noch über einige Jahre spürbar auswirken: Die Steuereinnahmen werden erst im Jahr 2013 wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen.

Auf ihrer jüngsten Jahrespressekonferenz hat die Bundeszollverwaltung eine insgesamt durchaus erfreuliche Bilanz für das Jahr 2009 gezogen. Der Zoll nahm im Jahr 2009 rund 103 Mrd. € ein. Dies entsprach fast der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. Erneut präsentierte sich die Zollverwaltung auch als verlässlicher Partner für die exportorientierten deutschen Unternehmen. Der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung kam besondere Aufmerksamkeit zu, aber auch bei der Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie erzielte der Zoll gute Ergebnisse. Im internationalen Vergleich liegt der deutsche Zoll mit an der Spitze. Eine unabhängige Logistik-Studie der Weltbank sieht ihn in der Kategorie "Effizienz der

□ Editorial

Zollabwicklung" nach Luxemburg und Singapur auf Rang 3.

Die Treffen der G20- und G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses Ende April in Washington haben verdeutlicht, dass die Reformen der Finanzmärkte und der internationalen Finanzinstitutionen weiter vorangetrieben werden müssen. Vor allem das Momentum der Finanzmarktreformen muss aufrecht erhalten, z. T. auch verstärkt werden. Die Diskussion über die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise hat gezeigt, dass die in vielen Bereichen erforderliche internationale Abstimmung kein einfaches Unterfangen ist, da innerhalb der G20 unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Deutschland wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, das Finanzsystem insgesamt und nachhaltig krisenfester zu gestalten.

Vielen Schwellenländern ist es gelungen, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise relativ gut zu überstehen, zumindest besser als die meisten Industriestaaten. Allerdings verlief die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern recht unterschiedlich. Für 2010 erwartet der Internationale Währungsfonds eine weitere Erholung der Weltwirtschaft. Vor allem in Asien dürfte die wirtschaftliche Entwicklung positiv verlaufen. Risiken für die Stabilität des globalen Finanzsystems und damit für die Weltwirtschaft ergeben sich aus Sicht des Internationalen Währungsfonds aus den wachsenden Staatsschulden einiger Industrienationen sowie aus Inflation und Spekulationsblasen in einigen Entwicklungsländern.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der

Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

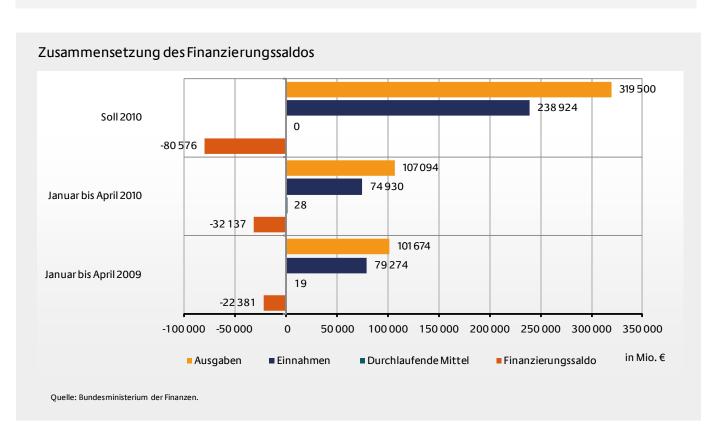
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich April lagen mit 107,1 Mrd. € um 5,4 Mrd. € (+5,3%) über dem Vorjahresergebnis. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis April 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	107,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	5,3
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	74,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-5,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	64,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-1,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-32,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	- 1	-2,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-29,8

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis A	April 2010	Januar bis A	ggü. Vorjahr ir	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	%
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	17 203	16,1	17 987	17,7	-4,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	2 104	2,0	2 514	2,5	-16,
Verteidigung	31 320	31 188	10570	9,9	10372	10,2	1,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 2 5 8	1 954	1,8	2 122	2,1	-7
Finanzverwaltung	3 662	3 944	1 173	1,1	1 103	1,1	6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	3 824	3,6	4 065	4,0	-5
BAföG	1324	1 382	572	0,5	524	0,5	9
Forschung und Entwicklung	8 701	9 1 2 4	1 759	1,6	1 771	1,7	-0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	59 654	55,7	52 168	51,3	14
Sozialversicherung	76 305	78 088	31 474	29,4	30 829	30,3	2
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	5 205	4,9	0	0,0	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	11 983	11,2	11 681	11,5	2
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	7 756	7,2	7 496	7,4	3
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	1 097	1,0	1 148	1,1	-4
Wohngeld	784	791	309	0,3	197	0,2	56
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	1 576	1,5	1 559	1,5	1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	768	0,7	826	0,8	-7
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	288	0,3	296	0,3	-2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	512	0,5	436	0,4	17
Wohnungswesen	1 142	1 286	434	0,4	376	0,4	15
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	2 323	2,2	2 264	2,2	2
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	136	0,1	200	0,2	-32
Kohlenbergbau	1 375	1 351	1319	1,2	1 3 7 5	1,4	-4
Gewährleistungen	601	2 050	259	0,2	96	0,1	169
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	2 790	2,6	2 970	2,9	-6
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6 3 3 5	1 031	1,0	1 023	1,0	0
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	4 536	4,2	4 239	4,2	7
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	1 498	1,4	1 528	1,5	-2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4328	905	0,8	1 019	1,0	-11
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	15 965	14,9	17 250	17,0	-7
Zinsausgaben	38 099	36 751	15 638	14,6	16758	16,5	-6
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	107 094	100,0	101 674	100,0	5

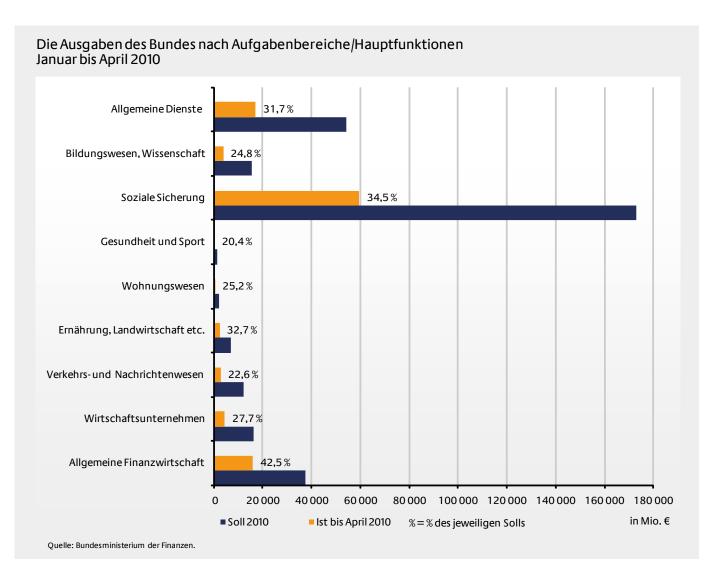
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen. Darüber hinaus hat sich auch die ab 2010 geänderte Veranschlagungsmethode beim Bundeszuschuss für die Postbeamtenversorgungskasse ausgabenerhöhend ausgewirkt.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich April lagen mit 74,9 Mrd. € um 4,3 Mrd. € (-5,5%) unter dem Ergebnis bis einschließlich April 2009. Die Steuereinnahmen gingen

im Vorjahresvergleich um 0,7 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 64,9 Mrd. € (-1,1%). Die Verwaltungseinnahmen fielen im Vergleichszeitraum um - 3,6 Mrd. € (-26,6%) geringer aus. Hauptursächlich ist hierfür der im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank. An den Bund wurden im März 2010 entsprechend der Veranschlagung im Haushalt 3,5 Mrd. € Gewinn aus 2009 abgeführt. Ab dem Jahr 2010 wird der Anteil des Bundesbankgewinns, der den Haushaltsansatz übersteigt und auch nicht zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds benötigt wird, zur Tilgung der Verbindlichkeiten des



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" herangezogen.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende April – 32,1 Mrd. €. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

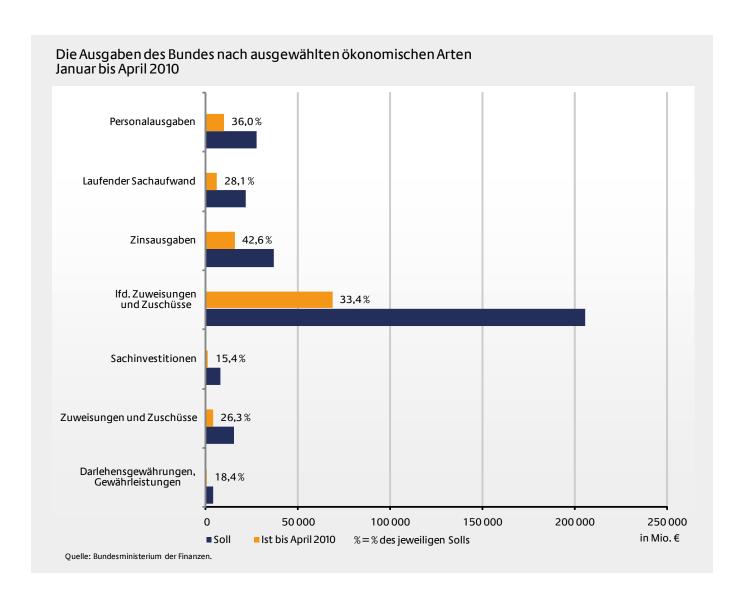
	Ist	Soll	Ist - Entw	vicklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2009	2010	Januar bis /	April 2010	Januar bis A	April 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	100 431	93,8	94 341	92,8	6,
Personalausgaben	27 939	27 704	9 977	9,3	9 858	9,7	1,
Aktivbezüge	20 977	20 789	7 3 3 8	6,9	7 2 8 5	7,2	0,
Versorgung	6 962	6915	2 639	2,5	2 5 7 4	2,5	2,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	6 055	5,7	6 013	5,9	0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	460	0,4	403	0,4	14
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	3 016	2,8	2 987	2,9	1,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	2 579	2,4	2 624	2,6	-1,
Zinsausgaben	38 099	36 751	15 638	14,6	16 758	16,5	-6,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	68 598	64,1	61 548	60,5	11
an Verwaltungen	14396	14503	4204	3,9	4360	4,3	-3,
an andere Bereiche	162 892	190 769	65 064	60,8	57 392	56,4	13
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 316	7 559	7,1	7 3 0 5	7,2	3,
Renten, Unterstützungen u.a.	29 699	31 274	10 438	9,7	10 168	10,0	2.
Sozialversicherungen	105 130	128 365	45 343	42,3	38 281	37,7	18,
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	163	0,2	163	0,2	0.
Investive Ausgaben	27 103	28 293	6 663	6,2	7 333	7,2	-9,
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	5 417	5,1	6 039	5,9	-10
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	4 0 3 1	3,8	4523	4,4	-10
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	740	0,7	757	0,7	-2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	647	0,6	760	0,7	-14
Sachinvestitionen	8 504	8 113	1 246	1,2	1 294	1,3	-3,
Baumaßnahmen	6830	6 532	928	0,9	935	0,9	-0
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	239	0,2	254	0,2	-5
Grunderwerb	643	546	79	0,1	106	0,1	-25
Globalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	107 094	100,0	101 674	100,0	5.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo ableiten.

Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich April 2010 sind bereits 7,7 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,8 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 1,9 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 0,9 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,6 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.



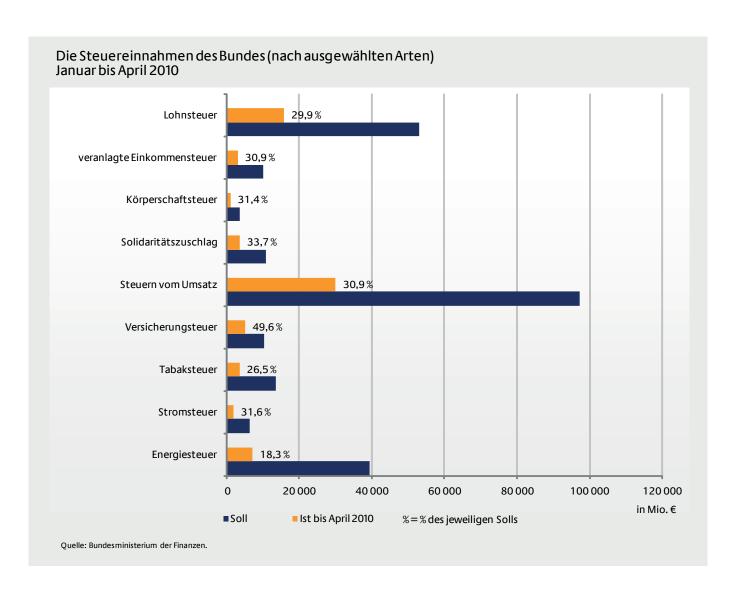
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis A	April 2010	Januar bis A	April 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	227 835	211 887	64 900	86,6	65 607	82,8	-1,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	54 672	73,0	55 605	70,1	-1,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ¹	83 779	73 391	24403	32,6	24 945	31,5	-2,2
davon:	F7.240	F2.002	15.070	21.2	16126	20.2	4.1
Lohnsteuer	57 248	53 083	15 878	21,2	16 126	20,3	-1,5
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	3 150	4,2	1 743	2,2	80,7
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag Abgeltungsteuer auf Zins- und	6 237 5 475	5 3 4 3 5 0 6 0	2 233	3,0 2,7	2 698 2 770	3,4 3,5	-17,2 -27,4
Veräußerungserträge ¹	3 587	3 595	1 129	1.5	1 608		-29,8
Körperschaftsteuer				1,5		2,0	-,-
Steuern vom Umsatz	95 400 1 044	97 274 1 219	30 106 162	40,2	30 534 126	38,5	-1,4
Gewerbesteuerumlage				0,2		0,2	28,0
Energiesteuer	39 822	39 400	7212	9,6	7848	9,9	-8,
Tabaksteuer	13 366	13 590	3 596	4,8	3 562	4,5	1,0
Solidaritätszuschlag	11 927	10 950	3 692	4,9	4011	5,1	-8,0
Versicherungsteuer	10 548	10 450	5 185	6,9	5 129	6,5	1,
Stromsteuer	6 2 7 8	6350	2 007	2,7	2 068	2,6	-2,9
Kraftfahrzeugsteuer		8 240	3 149	4,2	-	-	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	660	0,9	734	0,9	-10,
Kaffeesteuer	997	1 010	338	0,5	321	0,4	5,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-3 188	-4,3	-3 445	-4,3	-7,
BNE-Eigenmittel der EU	-14 880	-22 030	-7 275	-9,7	-6 152	-7,8	18,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	- 764	-1,0	-1 991	-2,5	-61,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6 877	-2 292	-3,1	-2 258	-2,8	1,!
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-8 992	-2 248	-3,0	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	10 030	13,4	13 667	17,2	-26,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	3 877	5,2	3 808	4,8	1,8
Zinseinnahmen	574	395	94	0,1	286	0,4	-67,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 147	1 775	2,4	1 633	2,1	8,
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	74 930	100,0	79 274	100,0	-5,5

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2010

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich im April 2010 im Vorjahresvergleich um + 4,4%. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen um + 8,5 %, wozu nicht zuletzt die erheblich geringeren EU-Abführungen beitrugen.

Für den kumulierten Zeitraum Januar bis April 2010 ergibt sich eine Veränderungsrate von - 2,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Zeitraum Januar bis April 2010 gingen die Steuereinnahmen des Bundes um - 3,4 % zurück.

Die gemeinschaftlichen Steuern konnten ihr Volumen um + 6,9% ausdehnen, getragen von deutlichen Zuwächsen bei der Körperschaftsteuer, der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer. Die Steuern auf Zinsen und Dividenden waren hingegen erneut stark rückläufig.

Der Anstieg der Lohnsteuer um +10,9% im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist vor allem auf deutlich geringere Kindergeldzahlungen zurückzuführen. Das Kindergeld ging trotz der Anhebung zu Jahresbeginn um - 25,5% zurück, weil im Vorjahresmonat die Einmalzahlung des Kinderbonus in Höhe von 100 € pro Kind erfolgte und die Basis somit überhöht ist. Aber auch das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer entwickelte sich erheblich besser als in den Vormonaten und lag mit - 0,8% nur knapp unter dem Vorjahresniveau.

Das Kassenaufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer nahm im Berichtszeitraum um + 11,3 % zu. Ursächlich hierfür waren die Rückgänge der aus dieser Steuer zu zahlenden Zulagen und vor allem der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG. Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag kam es zu Mindereinnahmen von -24,4%, obwohl die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern um ein Drittel zurückgingen. Der krisenbedingte Gewinneinbruch im Jahr 2009 schlägt sich mit zeitlicher Verzögerung in den Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften und damit auch im Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag nieder.

Auch bei der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge lagen die Einnahmen mit - 26,8 % deutlich unter dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Einbußen sind damit weniger stark als noch im März 2010 (-32,5 %), aber immer noch kräftig. Eine wichtige Ursache für den Rückgang des Aufkommens dürfte in dem derzeit niedrigen Zinsniveau liegen.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verbesserten sich im April 2010 von -1,2 Mrd. € auf nunmehr + 0,3 Mrd. €. Sowohl die Vorauszahlungen als auch die Nachzahlungen nahmen im Vergleich zum Vorjahresmonat zu, die Erstattungen gingen deutlich zurück. Das kumulierte Ergebnis von Januar bis April 2010 liegt allerdings immer noch um - 29,8 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen mit + 0,5 % knapp das Ergebnis des Vergleichsmonats des Vorjahres. Die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern stieg um + 26,7 %, weil der Außenhandel nach der Krise wieder in Schwung kommt. Da dies jedoch die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, lagen die Einnahmen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer um - 6,4 % unter dem Vorjahresniveau.

Die reinen Bundessteuern sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um + 9,3 % gestiegen. Dies ist insbesondere

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM APRIL 2010

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2010	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10357	10,9	40 611	-6,2	125 200	-7,4
veranlagte Einkommensteuer	1 258	11,3	7 413	80,8	26 450	0,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 662	-24,4	4 467	-17,2	11 170	-10,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	612	-26,8	4 573	-27,4	9 962	-19,9
Körperschaftsteuer	307	X	2 258	-29,8	7 0 2 0	-2,1
Steuern vom Umsatz	13 748	0,5	56 639	-0,2	179 900	1,6
Gewerbesteuerumlage	467	-6,5	583	13,9	2 789	8,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	455	-9,3	555	22,2	2 447	4,7
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	28 865	6,9	117 099	-2,5	364 938	-2,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 766	-9,9	7212	-8,1	39 200	-1,6
Tabaksteuer	1 134	-5,3	3 596	0,9	13 210	-1,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	133	-5,1	659	-10,2	2 040	-2,9
Versicherungsteuer	688	9,8	5 185	1,1	10 480	-0,6
Stromsteuer	508	0,1	2 007	-3,0	6 150	-2,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	803	X	0	Х	8 450	Х
Solidaritätszuschlag	837	2,0	3 692	-8,0	11 150	-6,5
übrige Bundessteuern	124	1,0	496	0,1	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	6 994	7,8	25 995	9,0	92 146	3,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	397	-24,9	1 315	-21,4	4 175	-8,2
Grunderwerbsteuer	401	9,0	1 630	6,3	4850	-0,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	113	-6,1	473	-16,1	1 410	-6,7
Biersteuer	62	13,2	215	0,3	720	-1,3
Sonstige Ländersteuern	19	-4,5	173	-1,3	340	2,8
Ländersteuern insgesamt	993	-46,4	3 806	-47,2	11 495	-29,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	348	19,5	1 462	16,3	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	76	-77,0	764	-61,6	2 2 1 0	9,6
BSP-Eigenmittel	799	-36,4	7 2 7 5	18,3	19 930	33,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 223	-34,9	9 501	1,1	25 940	26,5
Bund ⁴	17 431	8,5	64 614	-3,4	216 366	-5,1
Länder ⁴	16 455	4,6	65 364	-2,6	202 540	-2,2
EU	1 223	-34,9	9 501	1,1	25 940	26,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 090	7,5	8 883	-1,3	27 534	-5,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	37 199	4,4	148 362	-2,6	472 380	-2,6

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelder stattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1.}\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

⁵ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2010

auf die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zurückzuführen (ohne sie wäre das Vorjahresniveau um - 3,1% unterschritten worden). Die Energiesteuer musste mit - 11,5% ebenso Aufkommensminderungen hinnehmen wie die Stromsteuer (- 4,1%) und die Tabaksteuer (- 3,6%). Positive Ergebnisse wiesen die Versicherungsteuer (+ 9,8%) und der Solidaritätszuschlag (+ 1,5%) auf.

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern verringerten sich um - 46,4 %. Auch hier

schlägt noch bis einschließlich Juni dieses Jahres die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zu Buche. Der Rückgang hätte ansonsten bei - 9,1% gelegen. Lediglich die Grunderwerbsteuer (+ 9,0%) und die Biersteuer (+ 13,2%) konnten ihr Aufkommen erhöhen, Die Erbschaftsteuer (- 24,9%) blieb ebenso wie die Rennwett- und Lotteriesteuer (- 6,1%) und die Feuerschutzsteuer (- 4,7%) unter ihrem Vorjahresniveau.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im April durchschnittlich 3,70 % (März 3,65 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank Ende April auf 3,01% (März 3,10%).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – erhöhten sich leicht von 0,63 % Ende März auf 0,66 % Ende April.

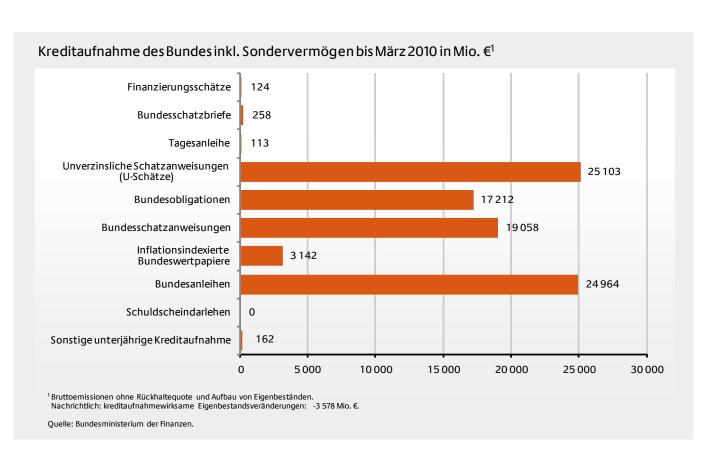
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 6. Mai 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex sank zum 30. April auf 6 136 Punkte (März 6 154 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 sank von 2 931 Punkten im März auf 2 817 Punkte im April.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im März 2010 bei - 0,1% nach - 0,3% im Februar und 0,1% im Januar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Januar 2010 bis März 2010 lag bei - 0,1%, verglichen mit - 0,2% in der



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Vorperiode Dezember 2009 bis Februar 2010 (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im März - 0,1% (Februar 0,0%, Januar 0,0%).

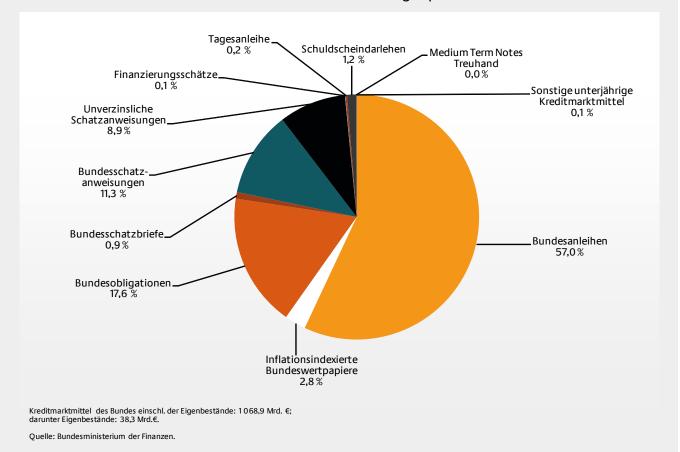
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im März - 1,95 % (Februar - 1,19 %, Januar - 0,93 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich März 2010 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) 146,06 Mrd. €. Davon wurden 83 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März um ein Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,58 Mrd. €).

Die im März 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. März 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	20,3	-	-										20,3
Bundesobligationen	-	-	-										0,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0										15,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9										35,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1										0,3
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0										0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1										0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-										-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-										-
Entschädigungsfonds	-	-	-										-
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0										0,2
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7										0,7
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	0,0										-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9										72,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd	J. €					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7										14,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich März 2010 die Tilgungen auf rund 128,67 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 14,80 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 77,97 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 60,72 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 7,37 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	6. Januar 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Neuemission	13. Januar 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	13. Februar 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	2 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Aufstockung	20. Januar 2010	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dez. 2010	7 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	27. Januar 2010	30 Jahre fällig 4. Juli 2040	3 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Aufstockung	3. Februar 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	10. Februar 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137297 WKN 113729	Neuemission	17. Februar 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	7 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Aufstockung	3. März 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137297 WKN 113729	Aufstockung	10. März 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	10. März 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	1 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	17. März 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	5 Mrd . €
			1. Quartal 2010 insgesamt	ca. 59 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115533 WKN 111553	Neuemission	11. Januar 2010	6 Monate fällig 14. Juli 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115541 WKN 111554	Neuemission	25. Januar 2010	12 Monate fällig 26. Januar 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115558 WKN 111555	Neuemission	15. Februar 2010	6 Monate fällig 11. August 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115566 WKN 111556	Neuemission	22. Februar 2010	12 Monate fällig 23. Februar 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155574 WKN 111557	Neuemission	15. März 2010	6 Monate fällig 15. September 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115582 WKN 111558	Neuemission	29. März 2010	12 Monate fällig 30. März 2011	4 Mrd. €
			1. Quartal 2010 insgesamt	ca. 27 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die wirtschaftliche Aktivität hat sich im März überraschend stark belebt.
- Im 1. Quartal 2010 kam es damit zu einem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts.
- Positive Wachstumsimpulse lieferten sowohl Exporte als auch Ausrüstungsinvestitionen.
- Der private Konsum war im 1. Quartal 2010 rückläufig.
- Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird weiterhin entscheidend von der Energiekomponente bestimmt.

Die wirtschaftliche Aktivität Deutschlands hat sich nach einem verhaltenen Jahresauftakt im März überraschend stark belebt. Damit scheint die für das 2. Quartal erwartete Gegenbewegung auf den witterungsbedingten Produktionseinbruch zu Jahresbeginn bereits am Ende des 1. Quartals eingesetzt zu haben.

Diese deutliche Aufwärtsbewegung im März hat die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 1. Quartal begünstigt. So ist das BIP - gemäß Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Mai 2010 - preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2% gegenüber dem Schlussquartal 2009 angestiegen. Gleichzeitig hat das Statistische Bundesamt aufgrund neuer statistischer Informationen das bisher veröffentlichte BIP-Ergebnis für das 4. Quartal leicht nach oben korrigiert (von 0,0 % auf 0,2 %), woraus sich für das Jahr 2009 insgesamt nun ein etwas geringerer BIP-Rückgang von 4,9 % ergibt (vorher - 5,0%). Zusammengenommen kam es im Winterhalbjahr 2009/2010 im Vergleich zum vorangegangenen Sommerhalbjahr dennoch zu einer erheblichen Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität. Diese wurde jedoch durch den ungewöhnlich harten und langen Winter deutlich belastet. Ohne diesen Sondereffekt wäre das BIP-Wachstum vermutlich höher ausgefallen.

Im 1. Quartal 2010 kamen im Vorquartalsvergleich positive Impulse sowohl von den Exporten als auch von den Ausrüstungsinvestitionen. Auch ein gesamtwirtschaftlicher Vorratsaufbau und die staatlichen Konsumausgaben trugen positiv zur BIP-Entwicklung bei. Dämpfend wirkten dagegen der Rückgang der Bauinvestitionen und der privaten Konsumausgaben sowie der spürbare Anstieg der Importe.

Nachdem die Stimmungsindikatoren bereits mehrere Monate eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in diesem Jahr signalisierten, haben im März auch die aktuellen "harten" Konjunkturindikatoren deutlich nachgezogen. Damit dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität in den nächsten Monaten weiter beleben. Die Exporte dürften zunächst Konjunkturmotor bleiben und zunehmend positiv auf die Entfaltung der inländischen Nachfrage wirken. Darauf deuten die aufwärtsgerichteten industriellen Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland hin.

Die konjunkturelle Erholung zeigt sich ebenfalls an der weiterhin robusten Verfassung des Arbeitsmarktes. Trotz ungünstiger Witterungsbedingungen verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im 1. Quartal 2010, und auch im April setzte sich der Rückgang fort. Dies spiegelt sich in

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

einer erheblich günstigeren Entwicklung des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer als in den Vormonaten wider: Das Vorjahresniveau wurde im April mit einer Rate von 0,8 % nur knapp unterschritten. Die beobachtete Zunahme der Inlandsnachfrage ist auch an einem Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern abzulesen (April: + 26,7% gegenüber dem Vorjahr).

Die Detailergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal werden zwar erst nach Redaktionsschluss am 21. Mai 2010 bekanntgegeben. Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen aber bereits Entwicklungstendenzen der einzelnen Aggregate erkennen:

Die deutsche Außenhandelstätigkeit hat sich zum Ende des 1. Quartals 2010 überaus deutlich belebt. Zweistellige Wachstumsraten bei den nominalen Ein- und Ausfuhren zeigen mit Blick auf den Warenhandel eine spürbare Erhöhung des Expansionstempos.

So nahmen die nominalen Warenexporte im März in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vormonat kräftig zu, nachdem sie bereits im Februar spürbar angestiegen waren. Sie erreichten nunmehr das höchste Niveau seit Oktober 2008. Nach Ursprungswerten nahmen die Ausfuhren im März mit gut 23% gegenüber dem Vorjahr noch stärker zu. Auch im 1. Quartal 2010 wurde das Vorjahresniveau spürbar überschritten. Dabei wurden vor allem Ausfuhren in Drittländer (+17,5%) ausgeweitet. Auch der Vorjahresvergleich der Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der EU (+11,2%) sowie den Euroraum (+6,2%) fällt klar positiv aus.

Die nominalen Warenimporte stiegen im März gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) ebenfalls kräftig an. Die Zunahme der Wareneinfuhren fiel im 1. Quartal gegenüber dem Schlussquartal 2009 wesentlich kräftiger aus als die der Exporte, was auf einen negativen Wachstumsbeitrag der Nettoexporte hindeutet.

Die dynamische Ausfuhrtätigkeit dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Dies signalisieren die vorlaufenden Indikatoren. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten – insbesondere nach Vorleistungs- und Investitionsgütern – hat sich im 1. Quartal 2010 sehr dynamisch entwickelt. Hierzu trug auch eine Zunahme der Auftragseingänge aus dem Euroraum bei (saisonbereinigt + 8,7 % gegenüber dem Vorquartal). Darüber hinaus verbesserten sich die Exportperspektiven der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Umfrage im April erneut deutlich, wobei sich der Teilindikator inzwischen wieder in der Nähe der Höchststände des Jahres 2006 bewegt. Die dynamische Außenhandelstätigkeit steht qualitativ im Einklang mit den jüngsten Aufwärtsrevisionen der Prognosen für das Welthandelsvolumen 2010 durch internationale Organisationen. Im Zuge außenwirtschaftlicher Impulse dürften die Investitionen in Ausrüstungen weiter an Dynamik gewinnen.

Die Aktivität im Produzierenden Gewerbe hat sich nach den schwachen Ergebnissen zu Jahresbeginn im März überraschend deutlich belebt und dürfte damit die Entwicklung des BIP begünstigt haben. Die schwache Entwicklung von Produktion und Umsätzen in der Industrie vom Januar und Februar konnte mit dem spürbaren Anstieg im März mehr als kompensiert werden. Beide Indikatoren sind nun der Grundtendenz nach aufwärtsgerichtet. Aufgrund der starken Produktionsausweitung im März konnte im 1. Quartal 2010 das Niveau des Schlussquartals 2009 deutlich überschritten werden. Die Vorleistungsgüterproduktion verzeichnete im gleichen Zeitraum den größten Zuwachs. Die Investitionsgüterherstellung wurde merklich ausgeweitet, während die Erzeugung von Konsumgütern nur leicht zunahm.

Die industriellen Umsätze stiegen im März in saisonbereinigter Rechnung an, wobei das Plus im Inland deutlich stärker war als im Ausland. Im 1. Quartal war die inländische Umsatzentwicklung dagegen weniger

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2009		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr			r		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	3. Q.09	4.Q.09	1.Q.10	3. Q.09	4.Q.09	1.Q.10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-4,9	+0,7	+0,2	+0,2	-4,7	-1,5	+1,7
jeweilige Preise	2 409	-3,5	+1,5	+0,1	+0,6	-2,9	-0,3	+3,2
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1 815	-3,8	+4,0	+0,6		-2,6	+0,3	
Arbeitnehmerentgelte	1 224	-0,1	+0,1	-0,3		-0,5	-0,8	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	591	-10,6	+12,6	+2,4		-6,2	+2,9	
Verfügbare Einkommen		.,.	,-	,			,-	
der privaten Haushalte	1 565	+0,4	-0,2	-0,5		+0,2	+0,4	
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,4	+0,3	+0,3	·	-0,8	-0,9	•
_							+0,0	•
Sparen der privaten Haushalte	180	+0,9	+1,6	+0,3		+2,0	+0,0	•
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	7	2009	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Feb 10	Mrz 10	Dreimonats-	Feb 10	Mrz 10	Dreimonats-
			16010	WIIZ TO	durchschnitt	16010	IVIIZIO	durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe(Mrd.€)	86	+6,1	+0,4	-	-17,9	-25,5		-12,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	+5,1	+10,7	+2,8	+9,6	+23,3	+11,3
Waren-Importe	667	-17,2	+0,3	+11,0	+10,9	+4,3	+18,3	+7,0
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	02.0	15.0	0.2	140	100	15.3	106	15.2
Gewerbe (Index 2005 = 100) ²	93,8	-15,9	-0,2	+4,0	+0,9	+5,2	+8,6	+5,3
Industrie ³	93,2	-17,8	+0,0	+3,4	+1,3	+6,3	+9,3	+6,0
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,1	+0,0	+26,7	-7,6	-12,0	+1,6	-6,3
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe ²	02.0	17.6	0.2	12.0	.15	10.0	100	17.4
Industrie (Index 2005 = 100) ³	92,9	-17,6	-0,2	+2,9	+1,5	+8,6	+8,9	+7,4
Inland	93,1	-14,4	-0,6	+4,6	+0,9	+4,5	+6,1	+3,7
Ausland	92,6	-21,0	+0,1	+1,1	+2,1	+13,5	+12,3	+11,9
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ²								
Industrie ³	87,3	-21,5	+0,0	+5,0	+6,5	+24,6	+26,0	+23,7
Inland	88,6	-18,1	-1,7	+5,4	+6,4	+18,9	+22,8	+18,5
Ausland	86,1	-24,3	+1,7	+4,7	+6,5	+30,1	+29,0	+28,7
Bauhauptgewerbe	95,7	-6,9	+17,3	,.	+4,5	+18,6	5,0	+6,9
Umsätze im Handel	33,1	0,5	, , 5	·	77,5	. 13,0	•	10,9
(Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,9	-2,2	+1,6	-1,6	-0,6	-0,1	+3,7	-0,4
Handel mit Kfz	93,5	+0,5	+0,4	+7,4	-2,7	-20,9	-13,1	-14,8

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorp	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
	Mio.	ggu. vorj. in %	Feb 10	Mrz 10	Apr10	Feb 10	Mrz 10	Apr10
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-10	-42	-68	+91	-18	-178
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,1	-1	+10		-127	-86	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+14			-74		
Preisindizes		2009	Veränderung in % gegenüber					
2005=100		aaii Vari in %	Vorperiode		e	Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in %	Feb 10	Mrz 10	Apr10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10
Importpreise	100,5	-8,6	+1,0	+1,7		+2,6	+5,0	•
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,0	+0,7		-2,9	-1,5	
Verbraucherpreise	107,0	+0,3	+0,4	+0,5	-0,1	+0,6	+1,1	+1,0
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft			saison bereinigte Salden					
	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr10
Klima	-17,8	-16,5	-12,8	-11,4	-8,9	-10,1	-4,3	+2,5
Geschäftslage	-29,0	-28,3	-24,9	-22,4	-20,8	-23,6	-14,6	-5,2
Geschäftserwartungen	+0,0	-3,9	-0,0	+0,3	+3,9	+4,3	+6,5	+10,6

¹Rechenstand Februar 2010

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

dynamisch als die ausländische. Sowohl im Inland als auch im Ausland war der Anstieg der Investitionsgüterumsätze besonders ausgeprägt.

In den nächsten Monaten dürfte sich der Aufwärtstrend der Industrieproduktion fortsetzen. Dafür spricht zum einen die deutliche Zunahme der Produktion von Vorleistungsgütern im 1. Quartal als einem vorlaufenden Indikator für die zukünftige Produktion. Zum anderen zeigen auch die industriellen Auftragseingänge einen deutlichen Aufwärtstrend. Die Bestellungen stiegen im März gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) kräftig an, nachdem sie im Februar stagniert hatten. Im 1. Quartal fiel die Zunahme der Neuaufträge gegenüber dem Schlussquartal 2009 damit spürbar höher aus. Dabei war die Rate der Neuaufträge aus dem Inland und Ausland etwa gleich hoch. Im Inland waren starke Nachfrageimpulse im Bereich der Vorleistungs- und

Investitionsgüter zu beobachten, während die Konsumnachfrage rückläufig war.

Auch die seit mehreren Monaten ansteigenden Stimmungsindikatoren (z. B. ifo-Geschäftsklima, Einkaufsmanagerindex) signalisieren eine weitere Belebung der industriellen Aktivität. Allerdings scheinen die Umfrageergebnisse im Hinblick auf ihre inzwischen erreichten Niveaus die Aussichten für die tatsächliche Entwicklung in der Industrie noch zu überzeichnen. Dies belegt das immer noch niedrige Niveau der Industrieindikatoren, das sich auf dem Stand von 2005/2006 befindet.

Die Bauproduktion wurde im März gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung sprunghaft ausgeweitet. Damit dürfte die Gegenbewegung auf den witterungsbedingten drastischen Produktionseinbruch zu Jahresbeginn bereits eingesetzt haben. Dennoch liegt das

² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

³Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Ergebnis des 1. Quartals immer noch sehr deutlich unter dem Vorquartalsniveau. Der Aufwärtstrend des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe spricht zusammen mit dem noch nicht vollständig nachgeholten witterungsbedingten Produktionsausfall zu Jahresbeginn für eine Fortsetzung der Erholung im Baubereich im 2. Quartal.

Die Privaten Konsumausgaben waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im 1. Quartal in realer Rechnung erneut rückläufig. Damit blieben sie das dritte Quartal in Folge hinter dem Niveau des vorangegangenen Dreimonatsabschnitts zurück. Dies hatte sich bereits an der ungünstigen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) abgezeichnet. Das entsprechende Umsatzergebnis fiel in saisonbereinigter Betrachtung im März real um gut 1½% niedriger aus als noch im Vormonat. Insgesamt ergab sich damit im 1. Quartal 2010 im Vorquartalsvergleich ein Rückgang von qut½%.

Das aktuelle Indikatorenbild bleibt mit Blick auf den privaten Konsum weiterhin uneindeutig. Während sich Geschäftslage und -perspektiven im Einzelhandel laut ifo-Umfrage zuletzt spürbar verbessert haben, signalisiert die GfK-Umfrage im April einen fortgesetzten Rückgang der Anschaffungsneigung privater Haushalte. Bei den Neuzulassungen privater Pkw war im März in saisonbereinigter Betrachtung erstmals nach sechs monatlichen Rückgängen in Folge wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Im April sank die Zahl der privaten Neuzulassungen gegenüber dem Vormonat wieder um (saisonbereinigt) knapp 3 600 Fahrzeuge. Insgesamt ist mit Auslaufen des - im Zusammenhang mit der Umweltprämie erwarteten - Rückpralleffekts im weiteren Jahresverlauf mit einer gewissen Stabilisierung der Zulassungszahlen auf niedrigem Niveau zu rechnen.

Zusammengenommen weisen die aktuellen Konjunkturdaten derzeit auf keine spürbare Belebung des privaten Konsums hin. Im Zuge einer fortgesetzten konjunkturellen Erholung dürfte das Vorsichtsmotiv jedoch wieder stärker in den Hintergrund treten und sich die Konsumneigung der privaten Haushalte etwas erhöhen. Damit sollten sich die seit Jahresbeginn wirksamen Entlastungen der privaten Haushaltseinkommen im Jahresverlauf allmählich in eine etwas lebhaftere Konsumtätigkeit übersetzen und damit zur Erholung des privaten Konsums beitragen.

Zu einer Erholung des privaten Konsums dürfte zunehmend auch die vergleichsweise günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt beitragen. So ist die Zahl registrierter Arbeitsloser im April im Vorjahresvergleich um 178 000 Personen auf 3,41 Millionen Personen zurückgegangen. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,5 Prozentpunkte auf 8,1%. Auch in der Verlaufsbetrachtung kam es im April zu einer deutlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit um (saisonbereinigt) 68 000 Personen. Arbeitsmarktindikatoren wie der Stellenindex der BA (BA-X) und die ifo-Beschäftigungserwartungen deuten nicht auf eine Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt hin.

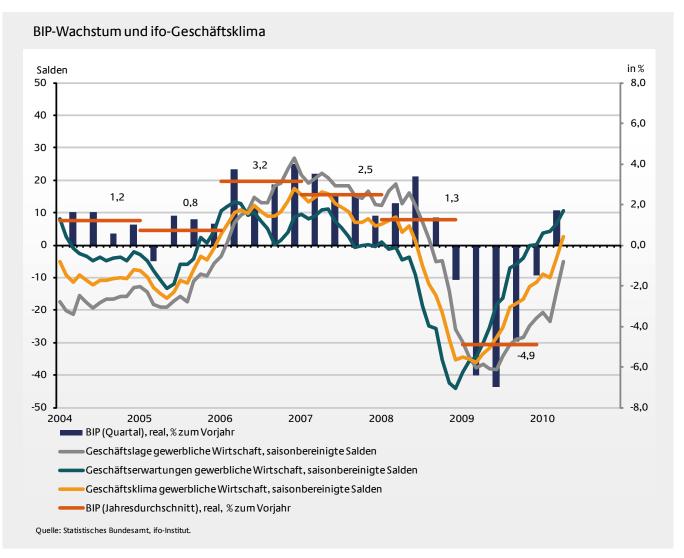
Die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im März gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) um 10 000 Personen an. Im Durchschnitt des 1. Quartals verringerte sich die Erwerbstätigenzahl aufgrund des Rückgangs zu Jahresbeginn gegenüber dem Schlussquartal 2009 noch geringfügig um 1 700 Personen. Insgesamt waren im März 39,91 Millionen Personen erwerbstätig und damit 86 000 Personen weniger als im Vorjahresmonat, womit die Erwerbstätigenzahl des Vorjahres im Durchschnitt des 1. Quartals um 110 700 Personen unterschritten wurde.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahm im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 74 000 Personen ab. Besonders ausgeprägt war der Beschäftigungsabbau im Vorjahresvergleich dabei im Verarbeitenden Gewerbe. In der Bauwirtschaft verringerte sich die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse nur leicht. Dagegen hielt der starke Personalaufbau in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen an. Auch bei den Arbeitnehmerüberlassungen konnten leichte Zuwächse verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vormonat kam es im Februar insgesamt zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um (saisonbereinigt) etwa 14 000 Personen.

Die Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit nahmen nach ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit im April gegenüber dem Vormonat weiter ab. Bereits im März war die Zahl der Anzeigen auf 57 000 gesunken, nachdem sie im Januar noch bei 82 000 gelegen hatte. Bemerkenswert ist, dass die Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit sinken, ohne dass die Arbeitslosigkeit steigt. Damit deutet die aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt insgesamt auf eine weitere Stabilisierung hin. Im von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen Verarbeitenden Gewerbe zeigen sich die negativen Auswirkungen jedoch weiterhin sehr deutlich. So setzte sich hier der seit Oktober 2009



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

monatlich anhaltende Rückgang der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um rund 4% gegenüber dem Vorjahr auch im Februar 2010 fort. Dabei haben die Nutzung der flexibleren tarifvertraglichen Regelungen zur temporären Verminderung der Wochenarbeitszeit sowie die Kurzarbeit den Beschäftigungsabbau bereits spürbar gedämpft. Positive Signale kommen jedoch inzwischen von der jüngsten Umfrage unter Einkaufsmanagern im Verarbeitenden Gewerbe: Erstmals seit Herbst 2008 deutet der entsprechende Teilindikator auf einen leichten Beschäftigungsaufbau in diesem Wirtschaftsbereich hin.

Die Verbraucherpreise entwickelten sich auch im April moderat. Die am Verbraucherpreisindex gemessene jährliche Teuerungsrate für Deutschland lag mit 1,0 % geringfügig unter dem Wert des Vormonats. In der Verlaufsbetrachtung ergab sich gegenüber Februar ein leichter Preisrückgang um 0,1%. Dabei wurde die Preisentwicklung weiterhin entscheidend von der Energiekomponente bestimmt. Im Vorjahresvergleich verteuerte sich Energie um 5,2%, worin sich vor allem deutliche Preisanstiege bei leichtem Heizöl (+ 32,9%) sowie Kraftstoffen (+16,4%) widerspiegeln. Dagegen sanken die Preise für Gas auf der Verbraucherstufe binnen Jahresfrist deutlich (-9,8%), wobei der Rückgang aufgrund eines Basiseffekts weniger ausgeprägt war als in den sechs Monaten zuvor. Bei Nahrungsmitteln kam es gegenüber April 2009 insgesamt

zu einem leichten Preisanstieg (+1,5 %). Im Dienstleistungsbereich fiel die jährliche Teuerungsrate mit 0,4 % gering aus. Dämpfend hat hier vor allem ein deutlicher Preisrückgang bei Pauschalreisen (-9,2 %) beigetragen, der teilweise auf die im Vergleich zum Vorjahr frühe Lage der Osterferien zurückzuführen ist.

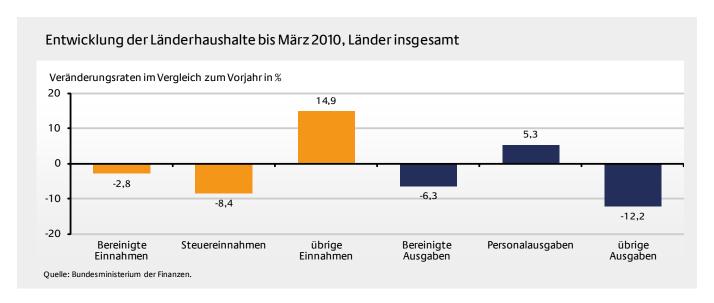
Insgesamt dürfte das moderate Preisklima vorerst anhalten. Allerdings könnte es mit fortschreitender Erholung der Weltkonjunktur neben höheren Preisen für Rohöl auch zu steigenden Preisen für nichtenergetische Rohstoffe kommen. Ein fallender Eurowechselkurs dürfte diesen Preisdruck zusätzlich erhöhen. Dies zeigt sich bereits an der Entwicklung der Einfuhrpreise. So verteuerten sich Importe von nichtenergetischen Rohstoffen wie Rohkupfer (+85,7%) oder Nicht-Eisen-Metallerzen (+ 58,7%) im Vergleich zum Vorjahr überaus deutlich. Insgesamt überschritt der Importpreisindex im März das Vorjahresniveau um 5,0 %, womit zugleich die höchste Jahresteuerungsrate bei den Einfuhrpreisen seit September 2008 verzeichnet wurde. Neben der Verteuerung nichtenergetischer Rohstoffe trug hierzu vor allem eine Zunahme der Energiepreise bei. Im Vorjahresvergleich stiegen sie um 22,1% an (Rohöl: +60,1%, Mineralölerzeugnisse: +57,7%), wobei sich Erdgas jedoch deutlich verbilligte (-23,6%). Ohne Berücksichtigung der Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse lag der Importpreisindex nur leicht über Vorjahresniveau (+0,7%).

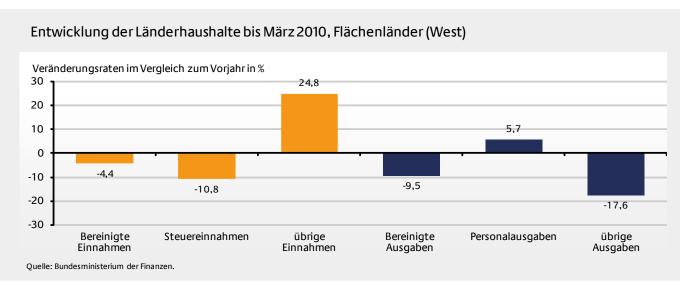
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010

Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010

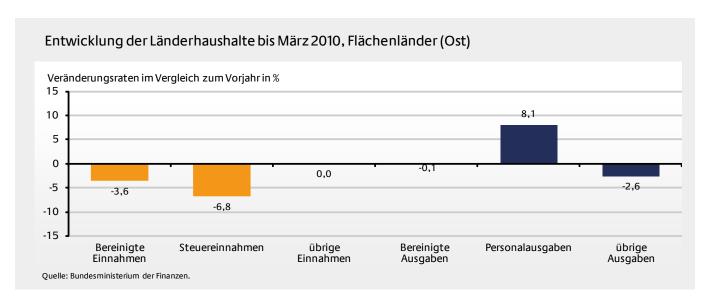
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich März 2010 vor.

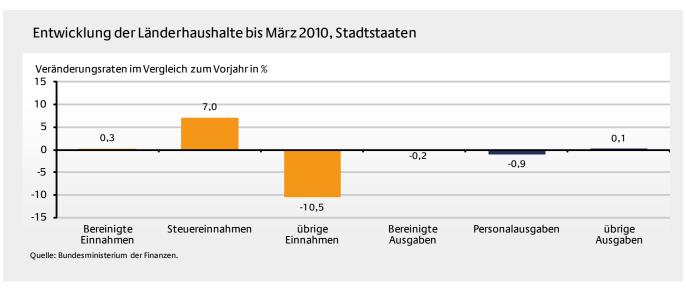
Die Entwicklung der Haushalte der Länder besitzt nach den ersten drei Monaten eines Jahres erfahrungsgemäß nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Die Übersichtstabellen und Gegenüberstellungen zu den Haushaltsplanungen haben daher lediglich einen nachrichtlichen Charakter.





Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010





TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

24./25. Mai 2010	Nordisch-Baltische Finanzminister-Konferenz in Turku/Finnland
03. bis 05. Juni 2010	G20-Finanzministertreffen in Busan/Korea
07./08. Juni 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26. Juni 2010	G8-Gipfeltreffen in Muskoka/Kanada
26./27. Juni 2010	G20-Gipfeltreffen in Toronto/Kanada
12./13. Juli 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung in Lübeck
bis 18. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
25. Juni 2010	Zuleitung an Kabinett
30. Juni 2010	Kabinettbeschluss
6. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
Mitte Oktober	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

□ Analysen und Berichte

Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010	34
Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)	40
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010	65
Zollbilanz 2009	69
Stabilität im Bundesstaat - Konstituirende Sitzung des Stabilitätsrates	76
Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des Internationa	al
Monetary and Financial Committee (IMFC)	84
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	89

Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

1	Steuerrechtsänderungen	34
	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	36
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	37

- Der Konjunktureinbruch und steuerliche Maßnahmen zu seiner Bekämpfung haben massive Steuerausfälle zur Folge.
- Erst im Jahr 2013 werden die Steuereinnahmen wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen.
- Gegenüber der November-Steuerschätzung ergeben sich für das laufende Jahr Mindereinnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. €.

Vom 4. bis 6. Mai 2010 fand in Lübeck auf Einladung des schleswig-holsteinischen Ministeriums der Finanzen die 136. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2010 bis 2014.

1 Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2010 bis 2014 wurden gegenüber der Schätzung vom November 2009 die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze einbezogen:

- Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz);
- Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften.

Darüber hinaus werden für die Jahre 2011 bis 2014 zusätzlich die finanziellen Auswirkungen der folgenden Gesetze berücksichtigt:

 Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung); nur Differenz zum Mai-Ansatz:

 Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform.

Die in der Mai-Schätzung 2009 unterstellten finanziellen Auswirkungen des EuGH-Urteils "Meilicke" (Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer) verschoben sich in der November-Schätzung 2009 um ein weiteres Jahr nach hinten, da erst Ende des Jahres 2010 mit einer erneuten Entscheidung des EuGH in dieser Sache zu rechnen ist. Außerdem ist das Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarkts aus EU-rechtlichen Gründen nicht angewendet worden. Die Auswirkungen dieser Änderungen waren für die Jahre 2011 bis 2014 noch zu berücksichtigen.

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt. Die Projektion geht davon aus, dass sich die konjunkturelle Erholung im weiteren Jahresverlauf nach zögerlichem

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

Jahresauftakt fortsetzen wird. Sie wird wohl zunächst zu einem großen Teil von außenwirtschaftlichen Impulsen getragen. Im nächsten Jahr dürfte die Binnennachfrage mehr zum Wirtschaftswachstum beitragen als in diesem Jahr. Der Arbeitsmarkt hat sich bisher gegenüber dem krisenbedingten Konjunktureinbruch erfreulich robust gezeigt. Im Jahresdurchschnitt 2010 und 2011 dürfte die Zahl der arbeitslosen Personen nahezu stabil bleiben.

Für den gesamten mittelfristigen Schätzzeitraum wird eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung erwartet. Nach dem scharfen Konjunktureinbruch im Winterhalbjahr 2008/2009, mit dem eine deutliche Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten einherging, wird die deutsche Wirtschaft voraussichtlich bis 2014 wieder zu einer konjunkturellen Normallage zurückgekehrt sein. Die Bundesregierung hat ihre Erwartung für das nominale Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2010 im Vergleich zur Herbstprojektion 2009 von +1.6% auf +1.8% leicht angehoben. Für das Jahr 2011 wird beim nominalen BIP ein Zuwachs von +2.4% unterstellt, und für die Folgejahre bis 2014 wird eine stärkere Zunahme von jährlich +2.9% prognostiziert.

Bei den für die Steuerschätzung relevanten Einkommensaggregaten waren im Rahmen der Frühjahrsprojektion Korrekturen notwendig. So wurden für 2010 im Vergleich zur Herbstprojektion 2009 die Niveaus der Bruttolöhne und -gehälter deutlich nach oben und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich nach unten angepasst.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzung Mai 2010 im Vergleich zur jeweils letzten Steuerschätzung

	20	10	2011		2012		2013			2014
	Steuer- schätzung November 2009	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung Mai 2009	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung Mai 2009	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung Mai 2009	Steuer- schätzung Mai 2010		Steuer- schätzung Mai 2010
BIP nominal in % gegenüber Vorjahr	+ 1,6	+1,8	+3,3	+2,4	+3,3	+2,9	+3,3	+2,9	-	+2,9
BIP real in% gegenüber Vorjahr	+1,2	+1,4	+1,9	+1,6	+1,9	+1,7	+1,9	+1,7	-	+1,7
Bruttolohn- und Gehaltsumme in % gegenüber Vorjahr	- 1,3	+0,8	+2,8	+1,0	+2,8	+2,5	+2,8	+2,5	-	+2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen in % gegenüber Vorjahr	+9,6	+4,0	+2,9	+5,0	+6,7	+3,6	+6,6	+4,4	-	+4,7
Modifizierte letzte inländische Verwendung in % gegenüber Vorjahr	+1,3	+ 1,5	+2,2	+1,6	+2,2	+2,4	+2,2	+2,4	-	+2,4

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

Die Schätzergebnisse sind Tabelle 2
zu entnehmen. Danach werden die
Steuereinnahmen insgesamt gegenüber
dem Ist-Ergebnis 2009 in diesem Jahr um
-13,7 Mrd. € zurückgehen. Hinsichtlich des
Ist-Ergebnisses 2009 ist zu berücksichtigen,
dass für die Gemeindesteuern außer der
Gewerbesteuer noch keine Ergebnisse für
das Gesamtjahr 2009 vorliegen und das
Aufkommen deshalb geschätzt wurde. Ab
dem Jahr 2011 rechnet der Arbeitskreis mit
einem allmählichen Wiederanstieg des
Steueraufkommens. Für Bund, Länder und
Gemeinden zeigt sich dabei ein ähnliches
Verlaufsmuster.

Ab 2011 werden die durch die Wirtschaftskrise und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen steuerlichen Maßnahmen gesunkenen Steuereinnahmen insgesamt zwar wieder von Jahr zu Jahr ansteigen, aber erst im Jahr 2013 werden sie wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird bis zum Jahr 2011 voraussichtlich auf 20,52 % fallen und liegt damit erheblich unter dem Niveau von 2009 (21,77 %). Ab 2012 steigt die Quote wieder an und erreicht im Jahr 2014 ein Niveau von 21,26 %, womit sie noch immer unter dem Stand des Jahres 2009 liegt.

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der jeweils letzten Steuerschätzung (November 2009 für das Jahr 2010, Mai 2009 für die Jahre 2011 bis 2013). Für das erstmals in die Schätzung einbezogene Jahr 2014 ist naturgemäß kein Vergleich möglich.

Im Jahr 2010 werden die Steuereinnahmen mit 510,3 Mrd. € etwas unter dem im November 2009 geschätzten Niveau liegen.

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2010

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1. Bund (Mrd. €)	228,0	216,4	217,3	225,9	234,8	243,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,7	-5,1	0,4	4,0	4,0	3,6
2. Länder (Mrd. €)	207,1	202,5	202,8	212,6	220,7	228,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,7	-2,2	0,1	4,8	3,8	3,3
3. Gemeinden (Mrd. €)	68,4	65,5	67,3	71,6	75,7	79,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-11,2	-4,2	2,7	6,4	5,8	5,0
4. EU (Mrd. €)	20,5	25,9	27,6	29,8	30,1	30,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-11,2	26,5	6,4	7,8	1,2	1,7
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	524,0	510,3	515,0	539,8	561,3	581,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,6	-2,6	0,9	4,8	4,0	3,6

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

Dabei gleichen sich die Mindereinnahmen infolge zwischenzeitlich beschlossener Steuerentlastungen (-6,0 Mrd. €) und Mehreinnahmen aufgrund der verbesserten konjunkturellen Entwicklung (+4,8 Mrd. €) weitgehend aus. Während Bund (+0,6 Mrd. €) und Länder (+1,0 Mrd. €) leichte Mehreinnahmen erwarten können, ist bei den Kommunen aufgrund der schwachen Entwicklung der Gewerbesteuer mit Steuermindereinnahmen in Höhe von -1,0 Mrd. € zu rechnen. Ohne die in diesem Jahr erheblich geminderten Abführungen an den EU-Haushalt (-1,8 Mrd. €) hätte auch der Bund entsprechende Mindereinnahmen zu verzeichnen. Das ist auf einen erheblich höheren Anteil an den Mindereinnahmen aus Rechtsänderungen zurückzuführen, welcher aus der Änderung der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder aufgrund der Anhebung des Kindergeldes (Bund - 1,3 Mrd. €; Länder +1,3 Mrd. €) resultiert.

Für die Jahre ab 2011 wird das Steueraufkommen deutlich unter den Erwartungen der Mai-Steuerschätzung 2009 liegen. Die Steuereinnahmen werden 2011 um - 11,7 Mrd. €, 2012 um - 12,3 Mrd. € und 2013 um - 13,7 Mrd. € unter den Ansätzen der letzten Steuerschätzung liegen. Dabei haben alle Ebenen mit Ausnahme der EU Mindereinnahmen zu erwarten. die insbesondere auf die beschlossenen Steuerentlastungen (-10,6 Mrd. € im Jahr 2011, - 8,1 Mrd. € in den Jahren 2012 und 2013) zurückzuführen sind. Wie im Jahr 2010 ist die Änderung der Umsatzsteuerverteilung aufgrund der Kindergeldanhebung auch in den Jahren 2011 bis 2013 Ursache dafür, dass der Bund mehr als die Hälfte der Steuermindereinnahmen aufgrund von Rechtsänderungen zu tragen hat. Dies und die Erhöhung der EU-Abführungen gegenüber dem Ansatz der Steuerschätzung vom Mai 2009 ergeben für den Bund gegenüber Mai 2009 erheblich höhere Mindereinnahmen als für die anderen Gebietskörperschaften, Lediglich die bessere Entwicklung der Bundessteuern (hier insbesondere der Energiesteuer) hellt das Bild für den Bund etwas auf. Der Rückgang

des Aufkommens der Ländersteuern und der Gewerbesteuerumlagen verschlechtern die Einnahmesituation der Länder gegenüber den Annahmen der Steuerschätzung vom Mai 2009. Die Aussichten der Gemeinden werden durch geringere Einnahmeerwartungen bei der Gewerbesteuer beeinträchtigt.

Die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung bilden, soweit sie den Bund betreffen, die Grundlage für den Entwurf des Bundeshaushalts 2011 sowie die Fortschreibung des Finanzplans bis 2014.

4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigen sehr deutlich: Bund, Länder und Gemeinden werden in den kommenden Jahren äußerst enge finanzielle Handlungsspielräume haben. Die Folgen der Krise werden sich auch bei den staatlichen Einnahmen noch über einige Jahre spürbar auswirken. Auch aus diesem Grund führt kein Weg an einer Politik der strikten Haushaltsdisziplin vorbei.

Die herausragende Bedeutung solider Staatsfinanzen zeigt sich auf dramatische Weise in der aktuellen Entwicklung in Europa. Die Bundesrepublik wird hier als Stabilitätsanker dringend gebraucht. Daher wird Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nachkommen und das gesamtstaatliche Defizit bis 2013 wieder unter die 3-%-Marke zurückführen. Auch die neue Schuldenregel, die völlig in Einklang mit den europäischen Verpflichtungen steht und erstmals für die nun anstehende Aufstellung des Bundeshaushaltes 2011 gilt, verpflichtet den Bund zur Konsolidierung. Bis zum Jahr 2016 muss der Bund seine strukturelle Neuverschuldung auf unter 0.35 % des BIP zurückführen. In absoluten Zahlen bedeutet das: Der Bund muss die Nettokreditaufnahme bis zum Jahr 2016 jährlich um rund 10 Mrd. € abbauen.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

Um diese nationalen und europäischen Vorgaben zu erreichen, sind einschneidende Konsolidierungsschritte erforderlich. Dazu wird die Bundesregierung ab 2011 eine konsequente und kontinuierliche Politik nachhaltiger Haushaltskonsolidierung umsetzen. Das beinhaltet auch, dass sämtliche vom Staat übernommenen Aufgaben kritisch auf ihre Notwendigkeit überprüft werden müssen.

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2010 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2009 bzw. der Steuerschätzung Mai 2009 – Ebenen in Mrd. €

IIIIVIII						
			Abweic	hungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2010	Steuerschätzung November 2009	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	Steuerschätzung Mai 2010
Bund ³	215,7	0,6	-3,8	1,8	2,7	216,4
Länder ³	201,5	1,0	-1,3		2,3	202,5
Gemeinden ³	66,5	-1,0	-0,9		-0,2	65,5
EU	27,8	-1,8	0,0	-1,8	0,0	25,9
Steuereinnahmen insgesamt	511,5	-1,2	-6,0	0,0	4,8	510,3
			Abweic	hungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2011	Steuerschätzung Mai 2009	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	Steuerschätzung Mai 2010
Bund ³	222,6	-5,3	-6,0	-0,5	1,2	217,3
Länder ³	206,7	-3,9	-2,8		-1,1	202,8
Gemeinden ³	70,5	-3,2	-1,8		-1,4	67,3
EU	26,9	0,7	0,0	0,5	0,2	27,6
Steuereinnahmen insgesamt	526,7	-11,7	-10,6	0,0	-1,1	515,0
			Abweic	hungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2012	Steuerschätzung Mai 2009	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	Steuerschätzung Mai 2010
Bund ³	232,0	-6,1	-4,8	-1,2	-0,1	225,9
Länder ³	216,5	-4,0	-1,5		-2,4	212,6
Gemeinden ³	75,1	-3,5	-1,7		-1,8	71,6
EU	28,4	1,4	0,0	1,2	0,2	29,8
Steuereinnahmen insgesamt	552,0	-12,3	-8,1	0,0	-4,2	539,8

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2010 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2009 bzw. der Steuerschätzung Mai 2009 – Ebenen in Mrd. €

	Ergebnis der		davon:					
2013	Steuerschätzung Mai 2009	Abweichung		Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	Steuerschätzung Mai 2010		
Bund ³	241,3	-6,5	-5,0	-1,2	-0,3	234,8		
Länder ³	225,0	-4,3	-1,7		-2,5	220,7		
Gemeinden ³	80,0	-4,2	-1,4		-2,8	75,7		
EU	28,9	1,3	0,0	1,2	0,1	30,1		
Steuereinnahmen insgesamt	575,1	-13,7	-8,1	0,0	-5,6	561,3		

¹2010 ff:

Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz).

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften.

2011 ff:

 $Ge setz\ zur\ verbesserten\ steuerlichen\ Ber\"{u}ck sichtigung\ von\ Vorsorgeaufwendungen\ (B\"{u}rgerentlastungsgesetz\ Krankenversicherung).$

Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform.

Finanzielle Auswirkungen EuGH-Urteil "Meilicke".

Nichtanwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes.

(Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stablitätsrates gem. § 2 Abs. 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

 $^{^2} Aus \, gesamt wirtschaftlichen \, Gründen \, und \, infolge \, unvorhergesehener \, Verhaltens \ddot{a}nderungen \, der \, Wirtschaftssubjekte.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)

Ausgaben und Einnahmen des Bundes für das Jahr 2010 sowie im 1. Quartal 2010

1	Ausgangslage	40
1.1	Finanz- und Wirtschaftspolitik	
1.2	Eckwerte und wichtige Kenngrößen	42
1.3	Ausgangspunkt für die Schuldenbremse	44
1.4	Kassenergebnisse des 1. Quartals 2010	44
2	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2010	44
2.1	Steuerpolitik	44
2.2	Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	46
2.3	Haushaltspolitik	47
3	Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen	47
3.1	Soziale Sicherung	47
3.2	Allgemeine Dienste	51
3.3	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur	53
3.4	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	55
3.5	Wirtschaftsförderung	56
3.6	Übrige Ausgaben	59
4	Entwicklung der Einnahmen	60
4.1	Steuereinnahmen	62
4.2	Sonstige Einnahmen	63

- Der Bundeshaushalt 2010 unterlegt das "Sofortprogramm" der neuen Bundesregierung. Zum einen geht es dabei um das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz", dessen finanziellen Schwerpunkt die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen bildet. Die weiteren Maßnahmen des "Sofortprogramms" betreffen auf der Ausgabenseite insbesondere einen zusätzlichen Zuschuss des Bundes an den Gesundheitsfonds und eine erneute Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung.
- Der Bundeshaushalt 2010 markiert einen finanzpolitischen Wendepunkt. Während das Jahr 2010 noch von expansiven Maßnahmen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt wird, gilt ab dem Jahr 2011 die neue Schuldenregel laut Artikel 115 Grundgesetz, die eine kontinuierliche Rückführung der Staatsverschuldung erfordert.
- Die strukturelle Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2010 ist der Ausgangspunkt für den Abbaupfad der Nettokreditaufnahme bis zum Jahr 2016. Ab dem Haushalt 2011 muss diese bis 2016 jährlich um rund 10 Mrd. € zurückgeführt werden.

1 Ausgangslage

1.1 Finanz- und Wirtschaftspolitik

Zur Überwindung der schwersten Finanzund Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland werden auch im Jahr 2010 weitere wichtige Impulse zur Belebung der Wirtschaftsleistung in Deutschland gesetzt. Den Konjunkturpaketen I und II der 16. Legislaturperiode folgt das "Sofortprogramm" der

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

neuen Bundesregierung mit dem "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" im steuerlichen Bereich sowie einer Reihe ausgabewirksamer Maßnahmen, deren übergeordnetes Ziel es ist, schnell und effektiv Wachstumshemmnisse zu beseitigen. In der Folge erreicht die Neuverschuldung des Bundes im laufenden Jahr mit geplanten 80,2 Mrd. € ein Rekordniveau.

Das Jahr 2010 markiert gleichzeitig einen finanzpolitischen Wendepunkt. Ab dem kommenden Jahr gilt die neue Schuldenregel. Bis zum Jahr 2016 muss der Bund seine strukturelle Neuverschuldung in gleichmäßigen Schritten um jährlich rund 10 Mrd. € zurückführen. Damit stehen wir ab dem Jahr 2011 vor einer haushalts- und finanzpolitischen Herausforderung, für die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt.

Das Haushaltsgesetz 2010 wurde am 19. März 2010 vom Deutschen Bundestag

beschlossen und am 9. April 2010 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 346) verkündet. Da die Verwaltung Ausgaben nur aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung - dem jeweiligen Haushaltsplan – leisten darf, das Haushaltsgesetz 2010 aber zum 31. Dezember 2009 noch nicht beschlossen war, richtete sich die Haushaltsführung des Bundes zunächst nach Artikel 111 Grundgesetz (GG). Demzufolge war die Bundesregierung ermächtigt, alle Ausgaben zu leisten, die nötig waren, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen, und um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiterzugewähren, sofern durch den Haushaltsplan des Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden waren. Der Bundesminister der Finanzen hatte hierzu im Dezember 2009 Regelungen zur "Vorläufigen Haushaltsführung der Bundesverwaltung im Jahr 2010" vorgegeben. Mit der Verkündung

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2010	Ist 2009	Abweichung de Ist 2	es Soll 2010 zum 2009	Nachrichtlich: Januar bis März 2010
		in Mrd. €¹		in%	in Mrd. €¹
Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Ausgaben	319,5	292,3	+27,2	9,3	81,9
2. Einnahmen	238,9	257,7	-18,8	-7,3	54,0
Steuereinnahmen	211,9	227,8	-15,9	-7,0	45,7
Sonstige Einnahmen	27,0	29,9	-2,9	-9,6	8,3
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-80,6	-34,5	-46,1	133,8	-27,9
Deckung des Finanzierungssaldo					
Nettokreditaufnahme	80,2	34,1	+46,1	134,9	31,6
Münzeinnahmen	0,4	0,3	+0,1	20,1	-0,1
nachrichtlich:					
Investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 10 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	28,3	27,1	+1,2	4,4	4,8

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

des Haushaltsgesetzes 2010 endete die vorläufige Haushaltsführung.

1.2 Eckwerte und wichtige Kenngrößen

Ausgaben

Die direkten und indirekten Auswirkungen der globalen wirtschaftlichen Krise führen zu einem weiteren Ausgabenanstieg. Gegenüber dem Ist-Ergebnis 2009 in Höhe von 292,3 Mrd. € steigen die Ausgaben 2010 um 27.2 Mrd. € oder 9.3 % auf 319.5 Mrd. €.

Einnahmen

Die um Finanzierungsvorgänge bereinigten Einnahmen fallen im Haushalt 2010 auf 238,9 Mrd. €. Gegenüber dem Ist-Ergebnis 2009 sinken sie damit um 18,8 Mrd. € oder 7,3 %. Ursächlich ist hier der Rückgang der Steuereinnahmen von 227,8 Mrd. € im Jahr 2009 um - 15,9 Mrd. € auf 211,9 Mrd. € für 2010. Hier spiegeln sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich

wider, aber auch die umgesetzten Steuerentlastungen für die Bürger. Basis der Einnahmenplanung für den Haushalt 2010 sind die Ergebnisse der Steuerschätzung aus dem November 2009. Die Sonstigen Einnahmen des Bundes enthalten unter anderem die Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, wozu auch der Anteil des Bundes am Bundesbankgewinn gerechnet wird, Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen sowie Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen. Diese sonstigen Einnahmen (ohne Münzeinnahmen) sind im Haushalt 2010 mit 27,0 Mrd. € veranschlagt. Gegenüber dem Ist-Ergebnis 2009 verringern sich diese um 2,9 Mrd. € oder 9,6 %. Hauptursache ist, dass die Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn direkt dem Sondervermögen "Investitionsund Tilgungsfonds" zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten zugeführt werden und nicht im Bundeshaushalt veranschlagt sind.

Tabelle 2: Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber 2009

Aufgabenbereich	Soll 2010	lst 2009	Abweichung des Soll 2010 zum Ist 2009		Nachrichtlich: Januar bis März 2010	Siehe Erläuterungen zu Tabelle Nr.
	in Mrd. €¹			in%	in Mrd. €¹	
Mehrausgaben						
Arbeitsmarktpolitik	59,3	44,3	+15,1	+34,0	12,6	Tabelle 3
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	7,2	+4,6	+63,9	3,0	Tabelle 3
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	79	+1,8	+2,3	25,8	Tabelle 3
Gewährleistungen	2,1	0,6	+1,4	+241,4	0,2	Tabelle 7
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	5,9	+0,5	+8,0	1,5	Tabelle 8
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9,1	8,7	+0,4	+4,9	1,2	Tabelle 5
Minderausgaben						
Zinsen	36,8	38,1	-1,3	-3,5	12,1	Tabelle 8
Straßen (ohne Kompensation GVFG)	6,3	6,9	-0,6	-8,5	0,7	Tabelle 6

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 80,6 Mrd. €, welches mit 80,2 Mrd. € über neue Schulden und 0,4 Mrd. € über Münzeinnahmen finanziert wird. Die geplante Neuverschuldung für 2010 ist mit 80,2 Mrd. € die höchste in der Geschichte der Bundesrepublik.

Bedeutenden Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber dem Haushalt 2009

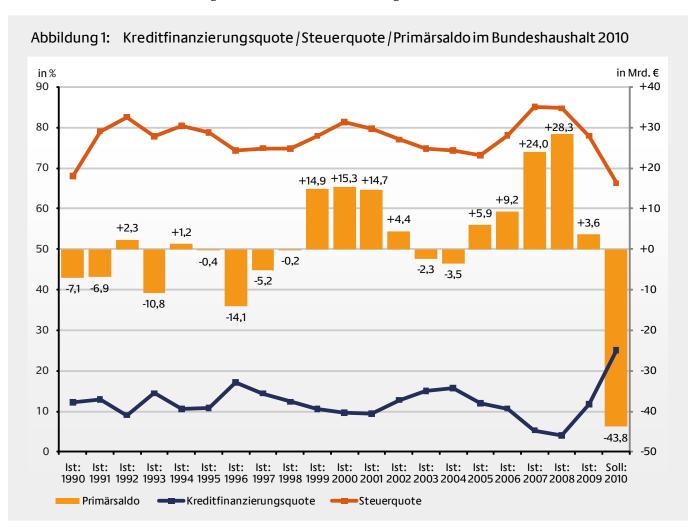
Tabelle 2 zeigt bedeutende Veränderungen des Haushaltssoll 2010 im Vergleich zum Ist-Ergebnis des Haushalts 2009. Weiterführende Erläuterungen finden sich in den Ausführungen zu den jeweiligen Aufgabenbereichen.

Kreditfinanzierungsquote

Die Kreditfinanzierungsquote zeigt den Anteil der durch die Nettokreditaufnahme gedeckten Gesamtausgaben des Bundes an. Mit 25,1% hat der Bundeshaushalt 2010 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise die höchste Kreditfinanzierungsquote in der Geschichte der Bundesrepublik. Noch im Bundeshaushalt 2009 wurden lediglich 11,7% der Ausgaben über Kredite finanziert.

Steuerquote

Die Steuerquote zeigt den Anteil der Ausgaben im Bundeshaushalt, der über



SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Steuereinnahmen finanziert wird. Mit 66,3% weist diese den niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands auf. Im Bundeshaushalt 2009 wurden noch 78,0% der Ausgaben über Steuereinnahmen finanziert.

Primärsaldo

Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden. Mit einem negativen Primärsaldo von 43,8 Mrd. € reflektiert auch hier der Haushalt 2010 die extrem angespannte Finanzlage. Im Jahr 2009 wurde noch ein Primärüberschuss von 3.6 Mrd. € erwirtschaftet.

1.3 Ausgangspunkt für die Schuldenbremse

Die strukturelle Neuverschuldung des Haushalts 2010 ist Referenzwert für den durch die Schuldenbremse vorgegebenen Abbaupfad der Neuverschuldung ab dem Haushaltsjahr 2011. Die geplante Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2010 beträgt 80,2 Mrd. €. Vermindert um die sogenannte Konjunkturkomponente und den Saldo der finanziellen Transaktionen beträgt die strukturelle Neuverschuldung absolut 66,6 Mrd. €. Dies entspricht 2,77 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dieser Wert muss nach dem Abbaupfad zur neuen Schuldenregel bis zum Haushaltsjahr 2016 auf unter 0,35 % des BIP beziehungsweise. rund 10 Mrd. € zurückgeführt werden. Dies bedeutet, dass der Bund ab dem Haushaltsjahr 2011 seine strukturelle Neuverschuldung jährlich um rund 10 Mrd. € zurückführen muss.

1.4 Kassenergebnisse des 1. Quartals 2010

Die Kassenergebnisse des 1. Quartals 2010 sind als gesonderte Spalte den Tabellen und Übersichten der Abschnitte 3 und 4 angefügt. Die Aussagekraft dieser frühen Quartalszahlen ist jedoch stark begrenzt. Sie lassen noch keine Rückschlüsse auf das zu erwartende endgültige Ergebnis für das Haushaltjahr 2010 zu.

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich März 2010 lagen mit 54,0 Mrd. € um 6,7 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 45,7 Mrd. € und lagen damit um 3,6 Mrd. € unter Vorjahresniveau. Das entspricht einem Rückgang, der in etwa auf dem Niveau der im Bundeshaushalt 2010 unterstellten Veränderungsrate für das Gesamtjahr liegt.

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich März 2010 lagen mit 81,9 Mrd. € um 3,8 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis. Zur Steigerung hat unter anderem auch die ab 2010 geänderte Veranschlagungsmethode beim Bundeszuschuss für die Postbeamtenversorgungskasse beigetragen.

2 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2010

2.1 Steuerpolitik

Investitionszulagengesetz 2010

Mit dem Investitionszulagengesetz 2010 vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2350) wird die betriebliche Investitionszulagenförderung in den neuen Ländern und Berlin in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen und des Beherbergungsgewerbes auch nach 2009 bis zum Ende des Jahres 2013 fortgeführt. Das bisherige sehr hohe Niveau der Förderung wird ab 2010 schrittweise abgesenkt.

Konjunkturpaket II

Das Konjunkturpaket II wurde im Rahmen des "Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416)., dem "Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 19. März

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

2009 (BGBl. I S. 606)" und "dem Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze" vom 29. Mai 2009 (BGBl. I S. 1170) umgesetzt. Das Maßnahmenpaket beinhaltet im steuerlichen Bereich eine dauerhafte Absenkung der Einkommensteuerbelastung – zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wurde ebenfalls in zwei Stufen eine "Rechtsverschiebung" der Tarifeckwerte – zum 1. Januar 2009 um 400 € und zum 1. Januar 2010 um 330 € – durchgeführt. Die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer wurden zum 1. Juli 2009 auf den Bund übertragen. Außerdem wurde die Kraftfahrzeugsteuer für erstmals zugelassene Pkw zum 1. Juli 2009 auf einen vorrangig CO₂-orientierten Tarif umgestellt.

Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz

Das "Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung" vom 7. März 2009 (BGBl I Seite 451) verbessert die Rahmenbedingungen der Arbeitnehmer, sich stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen beteiligen zu können. Ab dem Jahr 2009 wird die steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des Einkommensteuergesetzes und des Fünften Vermögensbildungsgesetzes erweitert. Außerdem wurde das Investmentgesetz geändert, um insbesondere für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen die Möglichkeit der Anlage von Kapital in einem Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu schaffen.

Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung

Das "Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen" vom 16. Juli 2009 (BGBl. I Seite 1959) zielt insbesondere darauf ab, die Aufwendungen für eine

Basiskrankenversicherung und für eine gesetzliche Pflegeversicherung (soziale Pflegeversicherung und private Pflege-Pflichtversicherung) auf sozialhilfegleichem Leistungsniveau vollständig als Sonderausgaben zu berücksichtigen. Für sonstige Vorsorgeaufwendungen werden die derzeitigen Abzugsvolumina jeweils um 400 € auf 1900 € beziehungsweise auf 2800 € erhöht. Daneben treten befristete steuerliche Erleichterungen für Unternehmen: die zeitlich auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Einführung einer Sanierungsklausel bei der Verlustnutzungsbeschränkung, die ebenfalls auf diese beiden Jahre begrenzte Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 auf 3 Mio. € sowie die befristete Anhebung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung in der Umsatzsteuer.

Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes

Das "Gesetz zur Änderung des
Energiesteuergesetzes" vom 17. Juli 2009
(BGBl. I Seite 1979) zielt darauf ab, den
mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2005
eingeführten Selbstbehalt und die Obergrenze
bei der Agrardieselentlastung für die
Verbrauchsjahre 2008 und 2009 auszusetzen.
Die entlastungsberechtigten Betriebe
werden hierdurch in einem schwierigen
wirtschaftlichen Umfeld mit verbesserter
Liquidität ausgestattet. Für den Bund
ergeben sich bei der Agrardieselentlastung
hieraus zusätzliche Mindereinnahmen
für das Haushaltsjahr 2009 und 2010 von
insgesamt 570 Mio. €.

Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen

Mit dem "Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen" vom 15. Juli 2009 (BGBl. I Seite 1804) wurden Regelungen im Energiesteuergesetz geändert. Unter anderem wurde die stufenweise Rückführung der steuerlichen Begünstigung von reinem Biodiesel um jährlich 3 Cent pro Liter "abgemildert". Daneben wurden

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

die mit der steuerlichen Förderung eng zusammenhängenden Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz zur Biokraftstoffquote angepasst.

Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz)¹

Das "Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums"

(Wachstumsbeschleunigungsgesetz) vom 22. Dezember 2009 (BGBl. I Seite 3950) setzt die im Koalitionsvertrag enthaltenen steuerlichen Maßnahmen des Sofortprogramms um. Es beinhaltet die Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Kinder von insgesamt 6 024 € auf 7 008 € ab dem Veranlagungszeitraum 2010 sowie die Erhöhung des Kindergeldes um 20 € ab dem 1. Januar 2010. Mit der Abmilderung der Verlustnutzungsbeschränkungen bei Körperschaften, der Abmilderung der Zinsschranke und der Einführung einer Regelung zur Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern wurden Erleichterungen bei der Unternehmensbesteuerung geschaffen. Der Umsatzsteuersatz bei Beherbergungsleistungen im Hotel- und Gastronomiegewerbe wurde auf 7% abgesenkt.

Darüber hinaus wird im Erneuerbare-Energien-Gesetz die Vergütung für die Stromeinspeisung von modular aufgebauten Anlagen, die vor der Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes am 1. Januar 2009 in Betrieb genommen wurden, so erhöht, dass ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb dieser Anlagen ermöglicht wird.

Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften

Mit dem "Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung **steuerlicher Vorschriften"** vom 8. April 2010 (BGBl. I S. 386)) wurden dringend erforderliche Anpassungen des deutschen Steuerrechts an Recht und Rechtsprechung der Europäischen Union umgesetzt. So beinhaltet das Gesetz beispielsweise die Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung für Post-Universaldienstleistungen, Regelungen zur steuerlichen Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen, die durch Entgeltumwandlung finanziert werden und die Einführung des Reverse Charge-Verfahrens auf Umsätze aus dem CO₂-Emissionszertifikatehandel, um den Umsatzsteuerbetrug in diesem Bereich zu unterbinden. Zudem wurden mit der Verpflichtung zur grundsätzlich monatlichen Übermittlung der Zusammenfassenden Meldung bei innergemeinschaftlichen Warenlieferungen und Lieferungen im Rahmen von innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften (§ 25b Absatz 2 Umsatzsteuergesetz) durch die Unternehmer für die Finanzverwaltung auch die Voraussetzungen zu einem schnellen Abgleich der Daten über den innergemeinschaftlichen Handel geschaffen, mit der Folge, dass Umsatzsteuerhinterziehung früher erkannt, im besten Fall sogar verhindert werden kann.

2.2 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Im Rahmen des Konjunkturpakts II
wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen
Krankenversicherung ab dem 1. Juli 2009
von 15,5 % auf 14,9 % gesenkt (Entlastung
paritätisch verteilt auf Arbeitnehmer und
Arbeitgeber). Dadurch wurde die Kaufkraft
der Arbeitnehmer gestärkt und es wurden die
Lohnnebenkosten für Arbeitgeber gesenkt.
Im Gegenzug wurde der Bundeszuschuss an
die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr
2010 zum Ausgleich der Mindereinnahmen
um 6,3 Mrd. € von 5,5 Mrd. € auf 11,8 Mrd. €

 $^{^{\}rm l}$ Für ausführliche Informationen siehe auch Artikel "Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz" im BMF-Monatsbericht Ausgabe Januar 2 010

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

erhöht (2009 erfolgte aufgrund der Halbjahreswirkung eine Erhöhung um 3,2 Mrd. € auf 7,2 Mrd. €).

Zudem wurde mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz ein Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Ziel, die Beitragssätze der Sozialversicherungen und damit die Lohnnebenkosten zu stabilisieren, gespannt. So konnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in mehreren Schritten von 6,5 % im Jahr 2006 auf jeweils 2,8 % für die Jahre 2009 und 2010 vorübergehend abgesenkt werden. Arbeitnehmer werden so besser vor den Auswirkungen der Krise geschützt und weitere wirtschaftliche Belastungen vermieden. Die krisenbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosen- und gesetzlichen Krankenversicherung werden im Jahr 2010 mit Bundeszuschüssen ausgeglichen. So erhält die Bundesagentur für Arbeit (BA) anstelle des bisher vorgesehenen Darlehens einen einmaligen Bundeszuschuss zum erwarteten Defizitausgleich zum Jahresende 2010. Hierfür sind im Bundeshaushalt 2010 12,8 Mrd. € eingeplant. Auch die gesetzliche Krankenversicherung erhält 2010 einen zusätzlichen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 3.9 Mrd. €.

Des Weiteren wird das Schonvermögen der Bezieher von Arbeitslosengeld II von 250 € auf 750 € je vollendetem Lebensjahr erhöht. Im landwirtschaftlichen Bereich wird mit dem "Milchsonderprogrammgesetz" Milcherzeugern geholfen, die Krise auf dem Milchmarkt besser zu überstehen. Hier beinhaltet das Grünlandmilchprogramm ein Bündel einkommenswirksamer Maßnahmen, die – in Übereinstimmung mit den EU-rechtlichen Vorgaben – speziell den Milcherzeugern auf Grünland zugute kommen.

2.3 Haushaltspolitik

Das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) ist wesentliches

Element des im Februar 2009 beschlossenen Konjunkturpaketes II. Das Sondervermögen ITF ist nicht Bestandteil des Bundeshaushalts und verfügt über eine eigene Kreditermächtigung. Aus diesem Sondervermögen werden in den Jahren 2009 bis 2011 Konjunktur stützende Maßnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 20,4 Mrd. € finanziert. Da die im ITF zusammengefassten Maßnahmen zur schnellen Belebung der Konjunktur beitragen sollen, sind sie grundsätzlich bis zum Ende des Jahres 2010 befristet, können aber noch bis Ende des Jahres 2011 ausfinanziert werden. Die Schulden des ITF werden von 2010 an aus dem Bundesbankgewinn getilgt.

Der "Sonderfonds

Finanzmarktstabilisierung" (SoFFin) ist als Sondervermögen des Bundes ebenfalls nicht Bestandteil des Bundeshaushaltes. Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) mit Sitz in Frankfurt am Main verwaltet den SoFFin. Ziel ist, zur Stabilisierung der Finanzmärkte in Deutschland beizutragen. Das Maßnahmenpaket besteht aus drei gezielten Maßnahmen:

- der Garantieübernahme zur Absicherung von Refinanzierungsgeschäften,
- der Rekapitalisierung-Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals und
- der Übernahme von Risikopositionen.

3 Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen

3.1 Soziale Sicherung

Tabelle 3 gibt einen Überblick der Ausgaben des Bundes für Soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden sozialpolitische Leistungen zur Absicherung wirtschaftlicher und sozialer Existenzrisiken erfasst. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Der Bundeshaushalt 2010 sieht Ausgaben für Soziale Sicherung in Höhe von

Sollbericht 2010 (Inklusive 1. Quartal)

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für Soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2010	lst 2009	_	Abweichung des Soll 2010 zum Ist 2009		
		in Mrd. €	1	in%	in Mrd. € ¹	
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	79,0	+1,8	+2,3	25,8	
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	38,6	+1,2	+3,2	13,3	
zusätzlicher Zuschuss	19,1	18,7	+0,4	+2,2	6,3	
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	11,5	+0,2	+1,5	2,9	
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	0,3	0,4	+0,0	-6,6	0,1	
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	6,0	6,0	-0,1	-1,2	2,0	
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	2,7	+0,0	+1,1	0,9	
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	1,6	+0,0	+0,7	0,5	
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	7,2	+4,6	+63,9	3,0	
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	3,9	-0,1	-3,5	1,0	
Darunter:						
Alterssicherung	2,3	2,3	+0,0	+0,5	0,6	
Krankenversicherung	1,3	1,2	+0,0	+4,1	0,3	
Unfallversicherung	0,2	0,4	-0,2	-50,0	0,1	
Arbeitsmarkt	59,3	44,3	+15,1	+34,0	12,6	
Darunter:						
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	20,7	7,8	+13,0	+166,5	3,5	
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,4	-0,2	-49,7	0,04	
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	36	+2,3	+6,4	9,0	
Darunter:						
Arbeits losengeld II	23,9	22,4	+1,5	+6,8	5,9	
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,4	3,5	-0,1	-3,3	0,8	
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4,4	4,2	+0,2	+4,5	1,0	
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	5,9	+0,7	+11,8	1,4	
Elterngeld	4,5	4,5	+0,03	+0,7	1,2	
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,4	+0,01	+2,9	0,1	
Wohngeld	0,8	0,8	+0,01	+0,9	0,2	
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,6	0,4	+0,2	+38,1	0,1	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit	0,5	0,5	+0,1	+15,3	-	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1,9	2,1	-0,2	-7,9	0,6	

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

173,1 Mrd. € vor. Mit einer Quote von 54,2% an den Gesamtausgaben ist dies der größte Ausgabenschwerpunkt im Bundeshaushalt.

Leistungen an die Rentenversicherung:

Die Entwicklung der Ausgaben des Bundes für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) folgt gesetzlichen Regelungen und wird maßgeblich durch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte beeinflusst insbesondere durch die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer und des Mehrwertsteueraufkommens. Berücksichtigt wird auch die Entwicklung des Beitragssatzes sowie bei der Festsetzung der Beiträge für Kindererziehungszeiten die Geburtenentwicklung. Die Bundeszuschüsse zur GRV sind für den Zeitraum bis 2013 auf der Grundlage eines Beitragssatzes von 19,9% veranschlagt. Die Leistungen des Bundes an die GRV insgesamt belaufen sich 2010 auf rund 25,3 % des Bundeshaushalts und gut ein Drittel der Rentenausgaben. Der Beitragssatz in der knappschaftlichen Rentenversicherung (knRV) beträgt seit 2007 26,4%. Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Kalenderjahr 2010 und sichert somit die Leistungsfähigkeit der knRV. Zur Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR erworbenen Ansprüche in die Gesetzliche Rentenversicherung erstattet der Bund der Deutschen Rentenversicherung ihre Aufwendungen. Die neuen Länder tragen ab 2010 60 % dieser Aufwendungen. Die Sonderversorgungssysteme in den neuen Bundesländern der Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit sind geschlossen und wurden zum 31. Dezember 1991 in die Gesetzliche Rentenversicherung überführt. Die hieraus entstehenden Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung, einschließlich der Verwaltungskosten, trägt der Bund. Die neuen Länder erstatten dem Bund hiervon wiederum die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei, die

Feuerwehr und des Strafvollzugs in voller Höhe.

Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen:

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss. 2010 beträgt er 11,8 Mrd. €. Der Beitragssatz der GKV wird seit der Einführung des Gesundheitsfonds von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung einheitlich festgelegt. Ab dem 1. Januar 2009 betrug er zunächst 15,5 %, wovon 14,6% paritätisch und 0,9% nur durch die Arbeitnehmer getragen werden. Durch das Konjunkturpaket II wurde der Beitragssatz in der GKV ab dem 1. Juli 2009 von 15,5 % auf 14,9% gesenkt. Aufgrund der paritätischen Entlastung profitierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils zu 0,3 Prozentpunkten. Für das Jahr 2010 erhält die GKV einmalig einen zusätzlichen Bundeszuschusses zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. €.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik dient dazu, den anhaltenden Agrarstrukturwandel sozial zu flankieren und die sozial-ökonomische Lage der Landwirte und ihrer Familien zu verbessern. Agrarsozialpolitik ist zugleich zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten der aktiven Landwirte und Altenteiler und damit Teil der Politik für den ländlichen Raum. Zur Alterssicherung der Landwirte werden Aufwendungen, die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckt sind, durch Bundeszuschüsse finanziert. Damit werden mehr als drei Viertel der Ausgaben in der Alterssicherung der Landwirte durch Bundeszuschüsse finanziert. Die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft wirken sich somit nicht auf die Beitragshöhe aus, sondern werden allein vom Bund getragen. Der Zuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte ist dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden. Mit

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

einem in etwa gleich bleibenden Anteil ihres Beitragsaufkommens – jährlicher Solidarzuschlag, in 2010 in Höhe von rund 95 Mio. € – haben sich die aktiven Mitglieder der landwirtschaftlichen Krankenversicherung an den Kosten der Krankenversicherung der Rentner und Altenteiler zu beteiligen. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe. Das erhöhte Ist 2009 ist auf die Aktion zur Abfindung von Kleinrenten zurückzuführen.

Arbeitsmarktpolitik: Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zahlt der Bund direkte Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit (BA) und Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuche. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur produktiven Arbeitsförderung gefördert. Die Eckwerte des Jahreswirtschaftsberichts 2010 sind Basis der Ausgabenplanung für den Bundeshaushalt 2010. Hier wird ein Anstieg der Zahl der Arbeitslosen von jahresdurchschnittlich 3,3 Mio. im Jahr 2008 und 3,4 Mio. im Jahr 2009 auf 3,7 Mio. im Jahr 2010 erwartet. Hinzu kommen rund 1,1 Mio. konjunkturelle Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt 2009 mit einem Arbeitszeitausfall von rund 30%. Darüber hinaus wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in mehreren Schritten von 6,5 % im Jahr 2006 auf 3,0 % und mit dem Konjunkturpaket II für 2010 vorübergehend auf 2,8 % abgesenkt. Dadurch werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Jahren 2007 bis 2010 um jahresdurchschnittlich rund 25 Mrd. € entlastet. In entsprechender Höhe entstehen bei der BA Mindereinnahmen, die im Jahr 2010 mit einem einmaligen Bundeszuschuss zum Ausgleich konjunktureller Lasten in Höhe von 12,8 Mrd. € ausgeglichen werden.

Elterngeld: Eltern erhalten für die ersten 14 Monate (davon zwei Partnermonate) nach der Geburt eines Kindes Elterngeld als Lohnersatzleistung für den Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit verringert oder auf sie verzichtet. Zusammen mit dem Kindergeld stabilisiert das Elterngeld das Familieneinkommen in der ersten Phase nach der Geburt. Es beträgt 67% des Nettolohns, höchstens 1800 € und mindestens 300 € monatlich. Geringverdiener mit einem Einkommen unter 1000 € monatlich erhalten einen erhöhten Leistungssatz.

Kinderzuschlag für gering verdienende

Eltern: Der Kinderzuschlag ist eine ergänzende, dem Arbeitslosengeld II vorgelagerte Sozialleistung für Familien zur Vermeidung einer durch Kinder entstehenden Hilfebedürftigkeit. Alleinerziehende mit bis zu 600 € und Paare mit bis zu 900 € monatlichem Einkommen können einen Kinderzuschlag erhalten. Dieser beträgt bis zu 140 € monatlich pro Kind.

Wohngeld: Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird die Sozialleistung "Wohngeld" nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) gewährt. Das Wohngeld tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe der Miete oder Belastung ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überfordert. Anspruchsberechtigt sind Geringverdiener, Arbeitslosengeld I-Empfänger, Rentner und Studenten. Ausgeschlossen von Wohngeldleistungen sind Transferleistungsempfänger, wie Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter.

Wohnungsbau-Prämiengesetz: Der Bund fördert insbesondere Beiträge an Bausparkassen im Rahmen jährlicher Höchstbeträge von 512 € für Alleinstehende und 1 024 € für Verheiratete mit einer Prämie, wenn das Einkommen des Bausparers jährlich 25 600 € bei Alleinstehenden und 51 200 € bei Verheirateten nicht übersteigt. Die Höhe der Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge seit dem Sparjahr 2004 8,8 % der prämienbegünstigten Aufwendungen. Für

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

nach dem 31. Dezember 2008 abgeschlossene Verträge wird die Wohnungsbauprämie nur noch bei wohnungswirtschaftlicher Verwendung gewährt.

Kriegsopferversorgung und

Kriegsopferfürsorge umfasst die staatlichen Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung sowie Versorgungsbezüge, die nach dem Bundesversorgungsgesetz erbracht werden. Leistungen werden an Personen oder deren Hinterbliebenen, die durch Krieg, Militärdienst oder militärähnlichen Dienst gesundheitlich geschädigt worden sind, erbracht. Darüber hinaus stellt der Bund in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes Mittel für die soziale Entschädigung von Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, Opfer von Gewalttaten und SED-Unrecht wurden sowie Wehr- und Zivildienstgeschädigten zur Verfügung. Am 31. Dezember 2009 belief sich die Anzahl der Leistungsempfänger auf 342 794 Personen.

3.2 Allgemeine Dienste

Tabelle 4 gibt einen Überblick der Ausgaben des Bundes für Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Der Bundeshaushalt 2010 sieht Ausgaben für den Bereich "Allgemeine Dienste" in Höhe von 54,2 Mrd. € vor, was einer Quote von 17,0 % an den Gesamtausgaben im Bundeshaushalt entspricht.

Verteidigung (einschließlich zivile Verteidigung): Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die internationale Lage haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark verändert. Mit den im Haushalt 2010 zur Verfügung gestellten Mitteln ist die Bundeswehr in der Lage,

die Modernisierung von Material und

Ausrüstung voranzutreiben und darüber

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2010 Ist 2009 Abweichung o zum Ist			Nachrichtlich: Januar bis März 2010	
	in Mrd. € ¹			in%	in Mrd. € ¹
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,2	31,3	-0,1	-0,4	8,1
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung, Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige Entwicklung	10,5	10,2	+0,2	2,3	2,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,0	5,6	+0,4	6,3	1,7
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,5	2,4	+0,1	2,9	0,5
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,6	0,7	-0,2	-20,8	0,4
Beitrag zu den "Europäischer Entwicklungsfonds"	0,9	0,8	+0,1	8,7	0,4
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	0,1	0,1	-0,01	-10,6	0,01
Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,3	6,4	-0,1	-1,5	1,5
Zivildienst	0,6	0,6	-0,01	-1,7	0,2
Finanzverwaltung	3,9	3,7	+0,3	7,7	0,9
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,6	3,4	+0,2	6,4	0,8
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,3	7,4	-0,1	-1,1	2,2
ziviler Bereich	2,8	2,9	-0,1	-2,2	0,7
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	4,5	-0,02	-0,4	1,4

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

hinaus die eingegangenen internationalen Verpflichtungen zum Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten im europäischen Raum wie im transatlantischen Bündnis zu erfüllen. Zur Fortentwicklung der konzeptionellen Grundlagen der Bundeswehr hat das Bundesministerium der Verteidigung gemäß der Vorgabe in der Koalitionsvereinbarung eine Kommission eingesetzt, die bis Ende 2010 einen Vorschlag für Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr, inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, erarbeiten soll.

Die Ausgaben für zivile Verteidigung umfassen Ausgaben für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und die Ausgaben für das Technische Hilfswerk.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Bundesregierung unterstützt aktiv die Entwicklung und Umsetzung der neuen globalen Partnerschaften zwischen Industrie, Entwicklungs- und Transformationsländern. Dabei wird Entwicklungspolitik als internationale Gemeinschaftsaufgabe verstanden und will dazu beitragen, weltweite Armut zu mindern, Frieden zu sichern beziehungsweise zu stiften, Globalisierung gerecht zu gestalten, Demokratie und Menschenrechte voranzubringen und natürliche Lebensgrundlagen zu bewahren.

Politische Führung und zentrale

Verwaltung: Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst. Mit dem Zivildienst als Ersatz für den Wehrdienst werden wichtige Leistungen für die Gesellschaft insbesondere im sozialen Bereich und im Umweltschutz erbracht. Das Engagement der Zivildienstleistenden hat vor allem bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen eine erhebliche soziale Bedeutung, die über den gesetzlichen Auftrag des Zivildienstes hinausgeht. Der Zivildienst wurde weiter als Lerndienst gestaltet. Zivildienstleistende sollen ihre

Dienstzeit nicht nur als Pflichtdienst erleben, sondern ihre im Dienst gemachten Erfahrungen für den späteren Lebensweg und die eigene Persönlichkeitsentwicklung nutzen. Die Zivildienstzeit beträgt derzeit wie die Grundwehrdienstzeit neun Monate.

Finanzverwaltung: Die Ausgaben für die Finanzverwaltung werden zum ganz überwiegenden Teil im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geleistet. Neben den obersten Bundesbehörden wie dem Bundeszentralamt für Steuern ist größter Fachbereich die Bundeszollverwaltung. Darüber erhält die BA Erstattungen von Verwaltungskosten für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs, sprich die Auszahlung und Verwaltung des Kindergeldes. Die Länder erhalten 170 Mio. € Erstattung von Verwaltungskosten für die Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung:

Die Ausgaben zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden ausschließlich im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) getätigt. Dort liegt die Verantwortung des Bundes für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Versorgung: Die Versorgungsleistungen des Bundes an ehemalige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebenen sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes umfassen direkte Pensionszahlungen sowie Beihilfen. Sie sind beim jeweiligen Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den Ruhestand getreten sind. Zur Finanzierung künftiger Versorgungsleistungen wird aufgrund des Versorgungsrücklagegesetzes seit 1999 über verminderte Besoldungsund Versorgungsanpassungen das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Bundes" aufgebaut. Es soll den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2018 von Versorgungsausgaben entlasten. Darüber hinaus sind für alle ab 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten Zuweisungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Bundes" zu leisten.

3.3 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 gibt einen Überblick der Ausgaben des Bundes für den Bereich Bildungswesen,

Wissenschaft, Forschung und Kultur. Der Bundeshaushalt 2010 sieht hierfür Ausgaben in Höhe von 15,4 Mrd. € vor, was einer Quote von 4,8 % an den Gesamtausgaben im Bundeshaushalt entspricht.

Entwicklung Bildung und Forschung (10 %-Ziel): Bund und Länder sind sich in dem Ziel einig, dass in Deutschland der Anteil der gesamtgesellschaftlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 gesteigert werden soll. Der Bund wird seine Ausgaben für Bildung und Forschung bis

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2010	lst 2009	_	Abweichung des Soll 2010 zum Ist 2009	
		in Mrd. €	1	in%	in Mrd. € ¹
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9,1	8,7	+0,4	+4,9	1,2
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter	3,3	3,3	-0,1	-1,6	0,3
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,6	-0,0002	+0,0	0,1
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) in München	0,4	0,5	-0,1	-11,2	0,1
Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,6	1,5	+0,004	+0,3	0,1
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	1,1	-0,02	-1,4	0,2
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,6	+0,01	+2,0	0,1
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	+0,02	+10,9	0,01
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,3	+0,04	+15,0	0,03
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,3	+0,0	+14,8	0,02
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	1,3	+0,1	+4,4	0,4
Hochschulen	2,8	2,6	+0,2	+8,2	0,6
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,7	-	+0,0	0,2
Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG)	0,9	0,9	+0,03	+3,0	0,2
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,2	+0,05	+19,3	0,01
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	+0,01	+3,7	0,1
Hochschulpakt 2020	0,5	0,4	+0,1	+32,7	0,1
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	+0,02	+10,9	0,01
Kunst- und Kulturpflege	1,8	1,8	+0,04	+2,4	0,4

¹Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

2013 um insgesamt 12 Mrd. € erhöhen. Der Bundeshaushalt 2010 sieht zusätzliche 750 Mio. € für Bildung und Forschung vor, davon 350 Mio. € für Bildung und 400 Mio. € für Forschung.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Der

Aufgabenbereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen ist im Jahr 2010 mit 9,1 Mrd. € dotiert. Der Ausgabenschwerpunkt liegt mit 3,3 Mrd. € bei der Gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern.

Leistungen nach dem

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Ziel des BAföG ist die soziale Öffnung und Offenhaltung des Bildungswesens. Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten soll jedem eine den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung ermöglicht werden. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ergänzt wird die Ausbildungsförderung durch das Bildungskreditprogramm des Bundes und den allgemeinen Studienkredit, ein Eigenmittelprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Hochschulen: Mit der Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe "Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken" erhalten die Länder ab 2007 bis 2013 pro Jahr ein Kompensationsvolumen von 695 Mio. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 298 Mio. € stellt der Bund für überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich zur Verfügung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn (DFG) ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Ausgaben dienen dazu, die Forschung durch allgemeine

Fördermaßnahmen und insbesondere von Schwerpunkten leistungsfähig zu erhalten. Seit dem Jahr 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % (Bund) und 42% (Länder). Bund und Länder einigten sich auf zusätzliche Maßnahmen, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbarer zu machen. Mit der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden im Rahmen der "Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen" Zukunftskonzepte zum Ausbau der Spitzenforschung, Graduiertenschulen und Exzellenzcluster im Wettbewerb gefördert. Mit dem Hochschulpakt 2020 vereinbarten Bund und Länder zusätzliche 275 420 Studienplätze bis 2015 und die weitere Stärkung der Forschung an Hochschulen.

Berufliche Weiterbildung: Die berufliche Weiterbildung wird durch mehrere Programme gefördert. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte vom Bund und den neuen Ländern finanziert. Weiterhin werden Lehrgänge der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk gefördert, die zur Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt beitragen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Kunst- und Kulturpflege: Die Förderung der inländischen Kulturpolitik wird vor allem vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Ihm zugeordnet ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder fördert der Bund folgende Maßnahmen und Einrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung: Kulturelle Angelegenheiten, einschließlich der Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas sowie die kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländer und fremde Volksgruppen, Medienund Filmwirtschaft, Gedenkstätten, Kultur in der Hauptstadt Berlin sowie in der Region der Bundesstadt Bonn. Die größten Einzelposten der Kunst- und Kulturpflege im Inland ist der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt "Deutsche Welle". Ein Schwerpunkt der

Ausgaben im Rahmen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes liegt in den Zuschüssen an das Goethe-Institut e. V.

3.4 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 6 zeigt die wesentlichen
Ausgaben des Bundes für das Verkehrsund Nachrichtenwesen. Wesentliche
Aufgabenbereiche sind hier der Bau
und Betrieb der Bundesautobahnen,
Bundesstraßen, und Bundeswasserstraßen
sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen
in die Schienenwege der Eisenbahnen
des Bundes. Für das Verkehrs- und
Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt
2010 12,4 Mrd. € veranschlagt. Dies
entspricht einem Anteil von 3,9 % an den
Gesamtausgaben.

Straßen (ohne Kompensationszahlungen wegen Beendigung Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz): Das Bundesfernstraßennetz (Bundesautobahnen

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Soll 2010 Ist 2009 Abweichung des Soll 2010 zum Ist 2009		Nachrichtlich: Januar bis März 2010	
		in Mrd. €	.1	in%	in Mrd. € ¹
Straßen	6,3	6,9	-0,6	-8,5	0,7
Bundesautobahnen	3,6	3,9	-0,3	-8,0	0,4
Bundesstraßen	2,7	3,0	-0,3	-10,3	0,3
Wasserstraßen und Häfen	1,8	1,9	-0,1	-5,2	0,3
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,3	-	-	0,3
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,3	0,3	+0,1	+23,5	0,01
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich					
Eisenbahnen des Bundes Deutsche Bahn AG	4,3	4,2	+0,2	+4,2	0,7
Bundeseisenbahnvermögen	5,3	5,3	-0,003	-0,1	1,1

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

und Bundesstraßen) gehört zu den leistungsfähigsten Europas. Es spiegelt die Bedeutung Deutschlands als eine der führenden Wirtschaftsnationen und als wichtigstes Transitland wider. Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen werden aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Die gegenüber dem Ist 2009 niedrigeren Soll-Ansätze 2010 sind insbesondere auf Mehrausgaben gegenüber dem Soll im Jahr 2009 (rund 0,2 Mrd. €) und eine gegenüber dem Soll 2009 abgesenkte Veranschlagung in 2010 (rund 0,4 Mrd. €), z. B. im Rahmen Konjunkturprogramm I, zurückzuführen.

Wasserstraßen und Häfen: Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rund 7350 km Binnenwasserstraßen und rund 23 000 gkm Seewasserstraßen. Zu den wichtigsten Bauwerken zählen rund 350 Schleusenanlagen, rund 300 Wehranlagen, vier Schiffshebewerke, acht Sperrwerke und rund 1000 Brücken. Nach Artikel 89 des Grundgesetzes verwaltet der Bund die Bundeswasserstraßen und nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben wahr. Die hierfür zuständigen bundeseigenen Behörden sind die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die Wasser- und Schifffahrtsämter.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden: Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden steht den Ländern ab dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 jährlich ein Betrag von 1,3 Mrd. € aus dem Haushalt des Bundes zu. Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt. Die Beträge werden von den Ländern für Investitionen zur Verbesserung

der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden eingesetzt.

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG: Gemäß Art. 87e Abs. 4 Grundgesetz trägt der Bund die Verantwortung für den Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes. Nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert der Bund Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen. Diese Investitionen umfassen sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und Ausbaumaßnahmen.

Bundeseisenbahnvermögen: Das Bundeseisenbahnvermögen ist ein Sondervermögen des Bundes und wurde im Zuge der ersten Stufe der Bahnreform im Jahr 1994 aus den Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zusammengeführt. Anschließend wurde der unternehmerische Bereich aus dem Bundeseisenbahnvermögen ausgegliedert und in die Deutsche Bahn AG umgewandelt. Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamtinnen und Beamten und verwaltet und verwertet die nicht bahnnotwendigen Liegenschaften. Das Bundeseisenbahnvermögen stellt jährlich einen Wirtschaftsplan auf. Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben werden aus dem Bundeshaushalt getragen.

3.5 Wirtschaftsförderung

Tabelle 7 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie bei Energie- und Wasserwirtschaft. Für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2010 insgesamt 7,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,2% an den Gesamtausgaben.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2010	Ist 2009	Abweichung des Soll 2010 zum Ist 2009		Nachrichtlich: Januar bis März 2010
		in Mrd. €	1	in%	in Mrd. €¹
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	1,0	-0,3	-29,2	0,1
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,9	-0,2	-27,2	0,1
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,5	1,5	-0,02	-1,1	1,3
Mittelstandsförderung	1,0	0,9	+0,1	+7,5	0,1
Förderung Erneuerbarer Energien	0,8	0,8	-0,03	-4,0	0,1
Gewährleistungen	2,1	0,6	+1,4	-	0,2
Landwirtschaft	1,4	1,0	+0,4	+38,4	0,1
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	0,7	0,7	+0,0	+3,0	0,04

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Regionale Förderungsmaßnahmen:

Den größten Anteil an regionalen Förderungsmaßnahmen hat die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Mit der GRW wird die Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch Gewährung von Investitionszuschüssen an Unternehmen und Finanzhilfen für die wirtschaftsnahe Infrastruktur gefördert. Die Länder stellen Mittel in gleicher Höhe bereit. Aus dem EU-Regionalfonds (EFRE) stehen den neuen Ländern in der Förderperiode 2007 bis 2013 Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Mittel) in Höhe von insgesamt rund 9,25 Mrd. € zur Verfügung, die zum Teil auch innerhalb der GRW eingesetzt werden. Darüber hinaus kann ein Teil der alten Länder ebenfalls EFRE-Mittel in Anspruch nehmen. Dafür stehen den alten Ländern in der Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt rund 5,3 Mrd. € zur Verfügung. Diese sind nicht in das Haushaltssoll des Bundes eingerechnet.

Förderung des Steinkohlenbergbaus: Der deutsche Untertage-Steinkohlenbergbau ist seit vielen Jahren international nicht wettbewerbsfähig. Die Produktionskosten übersteigen vor allem aufgrund der

ungünstigen geologischen Bedingungen den Weltmarktpreis ganz erheblich. Der Beitrag, den der deutsche Steinkohlenbergbau zur Versorgung der deutschen Wirtschaft leistet, steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Subventionsaufwand. Daher wurde mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 zwischen Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die sozialverträgliche Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018 beschlossen. Dieser Ausstiegsbeschluss wird im Jahr 2012 vom Bundestag überprüft. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz regelt die Steinkohlebeihilfen des Bundes ab 2009. Sämtliche Beihilfen stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission.

Mittelstandsförderung: Die Bundesregierung verbessert durch verschiedene Maßnahmen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Erwähnt sei hier das erste und zweite Mittelstandsentlastungsgesetz, die Mittelstandsinitiative, Entlastungen durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 und Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Mit dem Ziel der Stärkung der Leistungsund Wettbewerbsfähigkeit kleiner und

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft fördert die Bundesregierung darüber hinaus Forschung, Entwicklung und Innovationen im Bereich des Mittelstandes mit einer Vielzahl von Förderprogrammen aus dem Bundeshaushalt. Kernstücke sind die Technologie- und Innovationsförderung im Mittelstand, bestehend insbesondere aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Förderung der Forschungsinfrastruktur sowie die Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, z.B. mit Zinszuschüssen im Rahmen von ERP-Förderprogrammen, sowie die Förderung der Forschung, Entwicklung und Anwendung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik.

dem Ziel einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung in Deutschland fördert die Bundesregierung Technologien im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Die Mittel werden für verschiedene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die Erschließung beziehungsweise Weiterentwicklung Erneuerbarer Energien, der Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Umwandlungsund Verbrennungstechnik verwendet. Der Einsatz Erneuerbarer Energien wird über steuerliche Vergünstigungen für Biokraft- und Bioheizstoffe hinaus durch zinsverbilligte Darlehen und/oder Investitionskostenzuschüsse im Rahmen

Förderung Erneuerbarer Energien: Mit

Gewährleistungen: Durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ermöglichte der Bund die

des Marktanreizprogramms zugunsten

Erneuerbarer Energien im Wärmemarkt

Anlagen zur Wärmeerzeugung aus

effiziente Wärmepumpen.

unterstützt. Gefördert werden insbesondere

Solarthermie, Biomasse und Geothermie sowie

Fremdfinanzierung von förderungswürdigen Vorhaben, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften, sowohl im außen- als auch binnenwirtschaftlichen Bereich. Insgesamt steht im Jahr 2010 ein Ermächtigungsrahmen zur Übernahme von Gewährleistungen von 477 Mrd. € zur Verfügung. Große und mittelständische Unternehmen, die allein wegen der Finanzkrise von den Banken keinen Kredit mehr erhalten, können staatliche Gewährleistungen aus dem bis zum 31. Dezember 2010 befristeten Kreditund Bürgschaftsprogramm des Bundes in Anspruch nehmen. Für eine Inanspruchnahme des Bundes aus Gewährleistungen sind 2010 insgesamt 2,05 Mrd. € vorgesehen. Die Auszahlungen auf Schäden befinden sich derzeit noch auf einem historischen Tiefstand, mit einem baldigen Anstieg der Schadenszahlungen ist in Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu rechnen. Von dem Ansatz für 2010 in Höhe von 2,05 Mrd. € entfallen 750 Mio. € auf den Außenwirtschaftsbereich und 1,3 Mrd. € auf den Binnenwirtschaftsbereich.

Landwirtschaft: Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei den von der Europäischen Union gezahlten Beihilfen. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik (siehe auch Tabelle 3 "Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung") die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung zur Koordinierung und Vereinheitlichung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Sie bildet eine wichtige inhaltliche und finanzielle Grundlage der Länderprogramme zur ländlichen Entwicklung für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 und wurde dazu als nationale Rahmenregelung von der Europäischen Kommission genehmigt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60% und

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes mit 70 %.

3.6 Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes im Jahr 2010. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft sowie der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Zinsen: Die Zinsausgaben sind abhängig von der Steigerung der Bundesschuld durch die jährliche Nettokreditaufnahme, vom Zinsniveau und von den Konditionen der Anschlussfinanzierungen im Vergleich zu den Tilgungsleistungen. Mit 36,8 Mrd. € sind 11,5 % der Bundesausgaben Zinsausgaben. Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben des Bundeshaushalts basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen

Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung.

Wohnungswesen: Die Wohnungsversorgung in Deutschland ist abgesehen von vereinzelten, von starkem Zuzug geprägten Ballungszentren gut und ausreichend. Der Umfang der im Jahr 2009 neu genehmigten Wohnungsbauten beschreibt eine spürbare Erholungstendenz, die sich auch im Jahr 2010 fortsetzen sollte.

Im Rahmen der durch die Föderalismusreform vollzogenen Entflechtung von Mischfinanzierungstatbeständen hat sich der Bund ab 2007 vollständig aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen. Die Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung ging vollständig auf die Länder über. Die Länder erhalten als befristeten Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Bundesmittel zunächst bis zum Jahr 2013 jährliche Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Mio. €, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2010	lst 2009	Abweichung des S Ist 200		Nachrichtlich: Januar bis März 2010
		in Mrd. €	1	in%	in Mrd. €¹
Zinsen	36,8	38,1	-1,3	-3,5	12,1
Wohnungswesen	1,3	1,1	+0,1	+12,6	0,2
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	-	-	0,1
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,5	+0,1	+23,6	0,1
Städtebauförderung	0,7	0,7	+0,1	+12,3	0,1
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,4	1,3	+0,2	+13,1	0,2
Gesundheit	0,4	0,5	-0,1	-16,3	0,1
Umweltschutz	0,4	0,3	+0,1	+30,1	0,1
Sport und Erholung	0,1	0,1	+0,0	+5,9	0,02
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	5,9	+0,5	+8,0	1,5
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,3	-0,02	-7,5	0,1

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Städtebauförderung: Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund den Ländern gemäß Artikel 104 b Grundgesetz Finanzhilfen. Die Förderung erfolgt bundesweit im Rahmen von Sanierungsund Entwicklungsmaßnahmen. Daneben gibt es weitere Programme zur Lösung spezieller Problemlagen, wie "Die Soziale Stadt", "Stadtumbau West" und "Stadtumbau Ost", "Denkmalschutz Ost und West" sowie "Innenentwicklung der Städte und Gemeinden". Die Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung wurden zur Konjunkturstimulierung für die Überwindung der Folgen der Finanzkrise in den Jahren 2009 und 2010 bedeutend aufgestockt. Daneben leistet der Bund im Rahmen der Altschuldenhilfeverordnung einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern (rund 1,1 Mrd. € bis 2013).

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung:

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert Koch Institut, das Paul-Ehrlich-Institut, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information sowie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert. Ziel der Umweltpolitik ist die ökologische Modernisierung, die sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientiert. Die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen für alle Menschen muss in Einklang gebracht werden mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Belange künftiger Generationen.

Postbeamtenversorgungskasse:

Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Der größere Finanzierungsanteil entfällt hierbei auf den Bund, der gesetzlich zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Postbeamtenversorgungskasse verpflichtet ist. Durch die Verwertung des überwiegenden Teils der Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen und die Verwendung der Verwertungserlöse zur Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen wurde der Bundeshaushalt in der Vergangenheit entsprechend entlastet. Im aktuellen Finanzplanungszeitraum sind die Versorgungsleistungen fast vollständig aus dem Bundeshaushalt zu erbringen.

Nachfolgeeinrichtungen der

Treuhandanstalt: Die Treuhandanstalt hat bereits Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, abgeschlossen. Seit 1995 wird der Finanzbedarf der Treuhandnachfolgeeinrichtungen direkt aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hat die Aufgaben, die sie von der Treuhandanstalt übernommen hat, inzwischen fast vollständig erledigt. Die Zuwendungen gehen an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, die Energiewerke Nord GmbH und die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH.

4 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 9 zeigt die Einnahmen des Bundes im Jahr 2010. Die Bundeseinnahmen ohne Finanzierungsvorgänge wie Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen sind im Haushalt 2010 mit 238,9 Mrd. € veranschlagt. Die Steuereinnahmen bilden mit 211,9 Mrd. € die größte Einnahmequelle des Bundes. Im Haushalt 2010 sind nur 66,3 % der Ausgaben über Steuereinnahmen finanziert. Im Haushalt 2009 waren es noch 78,0 %. Auch die Kreditfinanzierungsquote liegt 2010 mit 25,1% exorbitant hoch. 2009 lag diese noch bei 11,7 %.

Sollbericht 2010 (Inklusive 1. Quartal)

Tabelle 9: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2010	Ist 2009	Abweichung des l		Nachrichtlich: Januar bis März 2010
		in Mrd. €	1	in%	in Mrd. € ¹
Einnahmen	238,9	257,7	-18,8	-7,3	54
darunter:					
Steuereinnahmen	211,9	227,8	-15,9	-7,0	45,7
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	175,7	180,2	-4,5	-2,5	41,0
Lohnsteuer	53,1	57,2	-4,2	-7,3	11,5
Veranlagte Einkommensteuer	10,2	11,2	-1,1	-9,4	2,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,3	6,2	-0,9	-14,3	1,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	5,1	5,5	-0,4	-7,6	1,7
Körperschaftsteuer	3,6	3,6	+0,0	+0,2	1,0
Steuern vom Umsatz	97,2	95,4	+1,8	+1,9	22,8
Gewerbesteuerumlage	1,2	1,0	+0,2	+16,7	0,05
Bundessteuern	92,5	89,3	+3,2	+3,6	19,0
Energiesteuer	39,4	39,8	-0,4	-1,1	4,4
Tabaksteuer	13,6	13,4	+0,2	+1,7	2,5
Solidaritätszuschlag	11,0	11,9	-1,0	-8,2	2,9
Versicherungsteuer	10,5	10,5	-0,1	-0,9	4,5
Stromsteuer	6,4	6,3	+0,1	+1,1	1,5
Branntweinsteuer	2,1	2,1	-0,02	-1,0	0,5
Kraftfahrzeugsteuer	8,2	3,8	+4,4	+116,7	2,3
Kaffeesteuer	1,0	1,0	+0,01	+1,3	0,2
Schaumweinsteuer	0,5	0,5	-0,02	-4,4	0,1
Sonstige Bundessteuern	0,003	0,002	+0,001	+70,7	0,001
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	-3,8	-	-3,8	-	-
Abzugsbeträge	-52,5	-41,7	-10,8	+25,9	-14,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12,7	-13,5	+0,8	-5,7	-3,2
weisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,9	-6,8	-0,1	+1,5	-1,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1,9	-2,0	+0,1	-4,3	-0,7
BNE-Eigenmittel der EU	-22	-14,9	-7,1	+48,0	-6,5
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-9,0	-4,6	-4,4	+96,7	-2,2

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

noch Tabelle 9: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2010	Ist 2009	Abweichung des Soll 2010 zum Ist 2009		Nachrichtlich: Januar bis März 2010
Sonstige Einnahmen	27	29,9	-2,9	-9,6	8,3
Darunter:					
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	-	+0,0	3,5
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	0,1	2,8	-2,8	-97,2	-
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,1	3,8	+0,3	+8,1	1
Erlöse aus dem Verkauf von CO ₂ -Zertifikaten	-	0,5	-0,5	-100,0	0,03
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	4,9	+0,4	+8,0	-
Einnahmen aus der streckenbezogener Lkw-Maut	4,9	4,4	+0,5	+11,7	1

¹Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

4.1 Steuereinnahmen

Basis der Einnahmenplanung des Bundes für 2010 war die die 135. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 3. bis 5. November 2009 in Hamburg. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2009 und 2010. Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für das Jahr 2010 wurde zusätzlich das Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform berücksichtigt. Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion 2009 der Bundesregierung zugrunde gelegt.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die

Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern sind die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Tabelle 10 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2010 in Prozent:

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommenund Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben. Zum 1. Juli 2009 erlangte im Zuge der Beschlüsse zur Föderalismuskommission II der Bund die Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer. Hierfür erhalten die Länder Kompensationszahlungen.

Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden. Hierzu zählen:

Bundesergänzungszuweisungen an die Länder: Seit dem 1. Januar 2005 kommt das Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbegesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Das Finanzausgleichsgesetz sieht vor, dass der Bund Ergänzungszuweisungen an bestimmte leistungsschwache Länder

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

Tabelle 10: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	53,2	44,8	2,0
Abgeltungsteuer	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	40,6	59,4	-

leistet. Leistungsschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus werden drei Arten von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen gewährt:

- zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft,
- zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe,
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten der politischen Führung.

Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen:
Im Rahmen der Bahnstrukturreform sind ab 1996 die Aufgabenverantwortung und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Dafür steht ihnen gemäß Artikel 106 a Grundgesetz ein Anteil aus dem Energiesteueraufkommen des Bundes zu.

Zuweisungen an die Europäische Union nach Bruttonationaleinkommen (BNE):

Neben den Zöllen, den Agrarabgaben und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Anstieg gegenüber 2009 ist auf ein höheres Ausgabevolumen des EU-Haushalts 2010 im Vergleich zum Vorjahr sowie einen Sondereffekt im Bereich des EU-Eigenmittelrechts zurückzuführen. In 2009 trat rückwirkend zum 1. Januar 2007 der neue Eigenmittelbeschluss in Kraft. Die damit verbundenen Entlastungseffekte wurden in 2009 rückwirkend für die beiden Vorjahre nachgeholt.

Kompensationszahlungen Kfz-Steuer:

Zum 1. Juli 2009 ist die Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund übergegangen. Die Länder erhalten für ihren Verwaltungsaufwand eine Kompensationszahlung vom Bund.

4.2 Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Die Deutsche Bundesbank hat im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresüberschuss von 4,1 Mrd. € erzielt, nach 6,3 Mrd. € im Jahr 2009. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf niedrigere Zinserträge in Euro zurückzuführen. Grund hierfür waren die im Euroraum historisch niedrigen Leitzinsen. Der Jahresüberschuss wurde gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz am 9. März 2010 in

SOLLBERICHT 2010 (INKLUSIVE 1. QUARTAL)

voller Höhe an den Bund abgeführt. 3,5 Mrd. € wurden im Bundeshaushalt vereinnahmt. Im Übrigen dient der Gewinn vollständig der Tilgung der Schulden des Investitions- und Tilgungsfonds.

Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse: Rückflüsse aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen sind mit 0,3 Mrd. € veranschlagt.

Darlehensrückflüsse werden in Höhe von 1,5 Mrd. € erwartet. Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen sind mit 2,25 Mrd. € veranschlagt.

Erlöse aus der Veräußerung von Berechtigungen gemäß Treibhausgasemissionsgesetz (sogenannte CO2-Emissionszertifikate): Mit Beginn der 2. Handelsperiode des europäischen CO₂-Emissionshandels werden CO₂-Zertifikate nicht mehr vollständig kostenlos an die Anlagenbetreiber vergeben. Das deutsche

Zuteilungsgesetz sieht vor, dass in den Jahren 2008 bis 2012 jeweils rund 40 Mio. Zertifikate veräußert werden.

Eingliederungsbeitrag der BA: Die BA leistet ab dem Jahr 2008 an den Bund einen Eingliederungsbeitrag. Dieser Beitrag hat ein Volumen von 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Streckenbezogene Lkw-Maut: Seit dem
1. Januar 2005 wird in Deutschland die
Autobahnbenutzungsgebühr aufgrund
des Gesetzes über die Erhebung von
streckenbezogenen Gebühren für die
Benutzung von Bundesautobahnen mit
schweren Nutzfahrzeugen erhoben. Die
Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft
(VIFG) hat die Verteilung der Mittel aus den
Maut-Einnahmen zur Finanzierung von
Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (Straße,
Schiene, Wasserstraße) übernommen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010¹

- - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sanken im 1. Quartal 2010 gegenüber dem
 1. Quartal 2009 um 4,8 %.
 - Die veranlagte Einkommensteuer konnte ihr Aufkommen aufgrund von Sondereffekten verdoppeln.
 - Die übrigen gewinnabhängigen Steuern blieben weiterhin stark rückläufig.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im1. Quartal 2010

Die bei Bund und Ländern im 1. Quartal 2010 eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 111 163 Mio. €, das sind - 5 568 Mio. € beziehungsweise - 4,8 % weniger als im 1. Quartal 2009. Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2010 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden im Einzelnen in Tabelle 1 dargestellt.

Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern unterschritt im 1. Quartal 2010 das Vorjahresniveau um - 5,2 % als Folge der deutlichen Einbußen bei fast allen Einzelkomponenten. Lediglich die

¹Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht. veranlagte Einkommensteuer konnte ihr Vorjahresergebnis mehr als verdoppeln.

Die Bruttoeinnahmen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) aus der Lohnsteuer gingen im Berichtszeitraum um - 6.4% zurück. Ursächlich hierfür ist zum einen das im Vorjahresquartal noch nicht durch hohe Freibeträge für die Pendlerpauschale geminderte Basisaufkommen. Zum anderen haben die Abnahme des Arbeitsvolumens und geringere Sonderzahlungen zu Jahresbeginn einen großen Einfluss ausgeübt. Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer lag um - 10,9 % unter dem Vorjahresniveau. Hier wirkten sich die gestiegenen Kindergeldzahlungen aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes (+10,4%) und die höheren Leistungen der Altersvorsorgepauschale (+46,8%) stark aufkommensmindernd aus.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer haben sich im 1. Quartal 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal mehr als verdoppelt (von 3,0 Mrd. € auf 6,2 Mrd. €). Der Grund hierfür liegt in geringeren aus dem Einkommensteueraufkommen zu leistenden Zahlungen: Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG gingen um über ein Drittel (- 37,5 %) zurück, da im

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2010

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Quartal		Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010 2009				
	in M	io€	in Mio €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	88 234	93 052	-4818	-5,2	
Reine Bundessteuern	19 001	17 361	1 640	9,4	
Reine Ländersteuern	2814	5 3 5 1	-2 537	-47,4	
Zölle	1 115	966	148	15,3	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	111 163	116 731	-5 568	-4,8	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Vorjahr rückwirkend Erstattungen für die Pendlerpauschale geleistet wurden. Die Zahlungen der Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, reduzierten sich um gut ein Viertel (- 26,6 %). Auch die Investitionszulage war mit - 18,0 % stark rückläufig.

Besonders drastische Einbußen waren bei der Körperschaftsteuer zu verzeichnen, die ihr Volumen halbierte (- 55,6 %). Deutlich reduzierte Vorauszahlungen trugen hierzu ebenso bei wie verringerte Nachzahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen für weit zurückliegende Jahre. Darüber hinaus kam es in einem Bundesland zu einem Sondereffekt durch erhebliche Erstattungen ebenfalls für weit in der Vergangenheit liegende Jahre. Die Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital nach § 37 Abs. 5 KStG belief sich im 1. Quartal 2010 auf insgesamt 41,3 Mio. €. Hier ist allerdings der 30. September des Jahres der Hauptauszahlungsstichtag. Die Investitionszulagen sanken im Berichtszeitraum um - 45,8%.

Das Aufkommen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verringerte sich von 5,5 Mrd. € auf 4,0 Mrd. €, also um -27,5 %. In die Einnahmen im 1. Quartal des Vorjahres flossen allerdings noch Steuern aus dem Dezember 2008 ein, die mit dem höheren Steuersatz von 30 % belastet waren. Dieser wurde zum 1. Januar 2009 von 30 % auf 25 % reduziert, sodass ein Teil der Einbußen im 1. Quartal 2010 auch diesem Umstand geschuldet ist.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat der Einnahmerückgang von - 12,2% verschiedene Ursachen: Im Dezember 2008 kam es verstärkt zu Ausschüttungen, um noch den etwas niedrigeren Steuersatz nach dem Halbeinkünfteverfahren (maximal 22,5% ohne Solidaritätszuschlag) zu nutzen vor Einführung der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 %. Diese Ausschüttungen schlugen kassentechnisch überwiegend im Januar 2009 zu Buche und erhöhten somit die Vorjahresbasis. Der durch die Finanzund Wirtschaftskrise bedingte Einbruch der Unternehmensgewinne hat ebenso deutliche Spuren hinterlassen. Außerdem kommt es immer wieder zu Verschiebungen bei den Ausschüttungsterminen, sodass die Abstandsraten durchaus im Jahresverlauf stark variieren können.

Die Steuern vom Umsatz (Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer) unterschritten ihr Vorjahresergebnis im 1. Quartal 2010 mit - 0,5 % nur knapp. Während die Umsatzsteuer um - 0,5 % verminderte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010

Einnahmen hinnehmen musste, lag die entsprechende Veränderungsrate bei der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern lediglich bei - 0,2 %. Damit hat sich die Entwicklung bei der Einfuhrumsatzsteuer nach einer langen Phase starker Rückgänge wieder stabilisiert. Insgesamt entspricht der leicht negative Trend bei den Steuern vom Umsatz der recht schwachen Entwicklung des privaten Verbrauchs.

Die Bundessteuern übertrafen das Ergebnis des Vergleichszeitraumes um + 9,4%. Dieser Vorjahresvergleich ist jedoch verzerrt durch die Verlagerung der Ertragskompetenz aus der Kraftfahrzeugsteuer, die seit dem 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen ist – gegen Zahlung einer entsprechenden finanziellen Kompensation an die Länder. Ohne die Zuflüsse aus der Kraftfahrzeugsteuer läge das Kassenergebnis der reinen Bundessteuern im Berichtszeitraum 1. Quartal 2010 bei - 4,1%.

Von den aufkommensstärksten Bundessteuern konnte lediglich die Tabaksteuer Mehreinnahmen erzielen (+4,1%). Das Tabaksteueraufkommen hat sich nach den Einbußen in den letzten beiden Quartalen des Vorjahres wieder erholt. Während die Versicherungsteuer in etwa das Vorjahresniveau halten konnte (-0,1%), weisen die Energiesteuer (-6,9%), der Solidaritätszuschlag (-10,5 %) und die Stromsteuer (-4,0%) deutliche Negativraten auf. Der Rückgang bei der Energiesteuer von - 0,7 % im 4. Quartal 2009 wurde verstärkt fortgesetzt. Die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Heizöl verringerten sich um ein Drittel (-33,2%), was aber angesichts der Tatsache, dass sie im 1. Quartal des Vorjahres um + 83,3 % gestiegen waren, nur ein Schritt zur Normalität bedeutet. Die Energiesteuer auf Erdgas verzeichnete hingegen eine Zunahme um + 14,8%.

Die Mindereinnahmen bei den Ländersteuern (-47,4%) sind zu einem großen Teil auf die bereits erwähnte Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung

der Kraftfahrzeugsteuer hätte der Rückgang aber immer noch bei - 8,3 % gelegen. Die Grunderwerbsteuer weist wieder einen Anstieg um + 5,5 % aus, nachdem die Vorjahresbasis von der Schwäche am Immobilienmarkt geprägt war. Die Feuerschutzsteuer lag nur wenig über dem Vorjahresniveau (+ 0,4 %), die Rennwett- und Lotteriesteuer (- 18,8 %) und die Biersteuer (- 4,1 %) unterschritten es relativ deutlich.

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des1. Quartals 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) fielen im Januar 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um - 7,8 % niedriger aus. Die gemeinschaftlichen Steuern sanken um - 8,4%. In den unterschiedlichen Veränderungsraten von Bundessteuern (+26,0 %) und Ländersteuern (-56,8 %) spiegelt sich der Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer wider. Ohne diese Komponente wären die Abstandsraten mit -4,9% bei den Bundessteuern und -15,9% bei den Ländersteuern weniger deutlich ausgefallen. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) unterschritten das Vorjahresergebnis um - 11,7%, nicht zuletzt aufgrund der höheren EU-Abführungen.

Im Februar 2010 gingen insgesamt um -2,8 % weniger Steuern ein. Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern verzeichnet gegenüber dem Ergebnis des Vorjahresmonats einen Rückgang um -1,2 %, geprägt von Einmalfaktoren bei der Vergleichsbasis der veranlagten Einkommensteuer (hohe Erstattungen infolge des BvG-Urteils zur Pendlerpauschale) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (schwache Vorjahresbasis und ungewöhnlich starke Einnahmen im Februar 2010 in einem Bundesland). Die Bundessteuern verfehlten das Vorjahresergebnis um -0,9 %,

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2010

die Ländersteuern verzeichneten erneut zweistellige Verluste (- 40,8 %), wobei auch hier wieder auf die Besonderheiten bei der Kraftfahrzeugsteuer hinzuweisen ist (ohne Kfz-Steuer: Bundessteuern - 8,7 %, Ländersteuern - 9,4 %).

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat März 2010 lagen die Steuereinnahmen insgesamt um - 3,7% unter dem Vorjahreswert. Hierzu trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern bei (- 5,2%), deren Veränderungsraten mit Ausnahme der veranlagten Einkommensteuer (+ 51,7%) fast alle im zweistelligen Minus-Bereich lagen. Lediglich die Steuern vom Umsatz wiesen mit -8,8% eine einstellige Abstandsrate auf. Die Bundessteuern lagen im März 2010 um +13,2% über dem Vorjahresniveau, die Ländersteuern unterschritten es um - 42,0% (ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer: Bundessteuern +1,4%, Ländersteuern +1,1%).

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Insgesamt meldeten Bund, Länder und Gemeinden im 1. Quartal 2010 spürbare Einnahmeneinbußen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Beim Bund wirkten sich dabei auch die deutlich höheren EU-Abführungen negativ aus. Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2010 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. Quartal		Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010	2009			
	in Mi	o€	in Mio €	in%	
Bund ¹	47 184	50 787	-3 604	-7,1	
EU	8 278	7 521	757	10,1	
Länder ¹	48 909	51 365	-2 456	-4,8	
Gemeinden ²	6 793	7 057	- 264	-3,7	
Zusammen	111 163	116 731	-5 568	-4,8	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

ZOLLBILANZ 2009

Zollbilanz 2009

Jahrespressekonferenz vom 22. April 2010

1	Einleitung	69
	Einnahmen	
3	Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	
4	Vollstreckung	
5		
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	
7	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	
8	Artenschutz	

- Der Zoll zieht für das Jahr 2009 eine erfolgreiche Bilanz.
- Die Zollverwaltung konnte 2009 insgesamt 103 Mrd. € vereinnahmen.
- Es wurden rund 470 000 Personen und über 50 000 Arbeitergeber auf Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung kontrolliert.

1 Einleitung

Staatssekretär Werner Gatzer stellte am
22. April 2010 in München die Bilanz der
Deutschen Zollverwaltung des Jahres
2009 vor. Der Staatssekretär würdigte
die Leistungen der Zollverwaltung, die
auch im internationalen Vergleich einen
Spitzenplatz belegt. Eine Logistik-Studie der
Weltbank sieht den deutschen Zoll in der
Kategorie "Effizienz der Zollabwicklung"
nach Luxemburg und Singapur auf Rang 3¹.
Das ist eine ausgezeichnete Leistung, zu
der der Staatssekretär auch im Namen des
Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble
allen Zöllnerinnen und Zöllnern gratulierte.

Neben der Erhebung von Einfuhrabgaben und Verbrauchsteuern zählten die Bekämpfung von Schwarzarbeit, Produktpiraterie, Zigarettenschmuggel und Rauschgiftkriminalität zu den Tätigkeitsschwerpunkten der Zollverwaltung im vergangenen Jahr.

2 Einnahmen

Im Jahr 2009 nahm der Zoll rund 103 Mrd. € ein (siehe Tabelle 1). Das entspricht annähernd der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes.

Den größten Anteil an diesen Einnahmen hatten mit rund 64 Mrd. € die besonderen Verbrauchsteuern. Die Energiesteuer und die Tabaksteuer waren mit 39,8 Mrd. € beziehungsweise 13,4 Mrd. € die aufkommensstärksten Verbrauchsteuern. Drittgrößte Verbrauchsteuer war die Stromsteuer mit 6,3 Mrd. €. Hinzu kommen die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke sowie die Kaffeesteuer, die zusammen rund 4,2 Mrd. € erbrachten (siehe Tabelle 2).

An Zöllen flossen 3,6 Mrd. € als Einnahmen an die Europäische Union (siehe Tabelle 1).

¹ Vgl. Weltbank, International Logistics Performance Index: Ranking, http://info.worldbank.org/etools/ tradesurvey/modelb.asp

ZOLLBILANZ 2009

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt (in Mrd. €)

	2007	2008	2009
I. Einnahmen der EG			
Zölle	4,0	4,0	3,6
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	64,0	63,4	63,8
Einfuhrumsatzsteuer	42,1	45,2	35,1
Insgesamt	110,1	112,6	102,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 2: Erhobene Verbrauchsteuern (in Mrd. €)

	2007	2008	2009
Energiesteuer	39,0	39,2	39,8
Stromsteuer	6,4	6,3	6,3
Tabaksteuer	14,3	13,6	13,4
Branntweinsteuer	2,0	2,1	2,1
Alkopopsteuer	0,003	0,003	0,002
Kaffeesteuer	1,1	1,0	1,0
Biersteuer ¹	0,8	0,8	0,7
Schaumweinsteuer	0,4	0,4	0,4
Zwischenerzeugnissteuer	0,03	0,03	0,03
Insgesamt	64,0	63,4	63,8

¹ Der Ertrag fließt den Ländern zu.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3 Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

Im Jahr 2009 kontrollierten die Beamtinnen und Beamten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit über 470 000 Personen und überprüften 51 600 Arbeitgeber. Dabei wurde ein Schaden von rund 625 Mio. € aufgedeckt.

Die Kontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit führen nicht nur dazu, dass verstärkt Sozialversicherungsbeiträge und Steuern ordnungsgemäß abgeführt werden, sondern sollen auch sicherstellen, dass der unternehmerische Wettbewerb fair bleibt, der ehrliche Arbeitgeber nicht das Nachsehen hat und dass Arbeitnehmer nicht ausgebeutet werden.

Die tägliche Arbeit der Zöllnerinnen und Zöllner, die konsequent gegen diese illegalen Machenschaften vorgehen, ist deshalb unverzichtbar. Gleichzeitig ist klar, dass der Zoll alleine dem Problem "Schwarzarbeit" nicht Herr werden kann. Hier ist ein Umdenken aller gesellschaftlichen Gruppen gefordert: vom privaten Auftraggeber über den Kleinhandwerker bis zum Großunternehmer.

Eine seit Januar 2009 verbesserte Rechtsgrundlage (§ 28a SGB IV und § 2a SchwarzArbG) trägt dazu bei, dass die Zollbeamtinnen und -beamten noch effizienter kontrollieren können. In besonders von der Schwarzarbeit betroffenen Branchen

ZOLLBILANZ 2009

Tabelle 3: Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

	2007	2008	2009
Personenbefragungen	477 035	481 996	472 542
Prüfung von Arbeitgebern	62 256	46 058	51 600
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	117 867	104 567	103 947
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	117 441	106 960	104 003
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	74 686	56 517	53 032
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	72 969	63 274	61 531
Summe der Geldstrafen aus Urteilen und Strafbefehlen (in Mio. €)	25,4	33,9	33,7
Summe der festgesetzten Geldbußen (in Mio. €)	51,9	56,7	55,3
Summe der vereinnahmten Geldbußen (in Mio. €) ¹	12,8	14,2	15,2
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen (in Mio. €)	561,8	549,7	624,6
Steuerschäden aus Ermittlungsverfahren der Länderfinanzverwaltungen, die aufgrund von Prüfungs- und Ermittlungserkenntnissen der FKS veranlasst wurden $(\ln \text{Mio.} \textbf{\in})^2$	37,0	39,1	37,8
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen (in Jahren)	1 398	1 556	1 813

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z.B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

greift die gesetzliche Pflicht, Arbeitnehmer noch vor Beschäftigungsaufnahme der Sozialversicherung zu melden und Ausweise vor Ort bereit zu halten. Nun kann der Zoll an Ort und Stelle sofort nachvollziehen, ob der Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber ordnungsgemäß zur Sozialversicherung gemeldet wurde. Die Ausrede, man habe die Arbeit gerade erst aufgenommen und die Meldung zur Sozialversicherung werde mit der Gehaltsabrechnung erstellt, gilt nicht mehr – nun besteht die Pflicht, Arbeitnehmer vor der Beschäftigungsaufnahme anzumelden.

4 Vollstreckung

Rund 2 000 Beschäftigte der Zollverwaltung treiben als Gerichtsvollzieher des Bundes säumige öffentlich-rechtliche Forderungen des Bundes und der Sozialbehörden bei. Im vergangenen Jahr wurden rund 4,2 Mio. Vollstreckungsfälle bearbeitet und dabei über 1 Mrd. € vereinnahmt.

² Angabe ist beschränkt auf Daten, welche die Länderfinanzverwaltungen der Zollverwaltung zur Verfügung gestellt haben.

ZOLLBILANZ 2009

Tabelle 4: Einnahmen durch den Vollstreckungsdienst

	2007	2008	2009
		in Mio. €	
Beigetriebene Beträge	1 064	1 047	1 024
davon für			
die Bundesagentur für Arbeit	102	109	106
sonstige Sozialbehörden	669	623	663
die Zollverwaltung	262	272	255
übrige Bereiche	31	43	-
		Anzahl in Tsd.	
Vollstreckungsfälle	2 970	3 982	4229
davon für			
die Bundesagentur für Arbeit	791	988	1 066
sonstige Sozialbehörden	2 069	2 837	3 0 1 7
die Zollverwaltung und übrige Bereiche	110	157	146

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

5 Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

Die Zollverwaltung leistete erneut einen bedeutenden Beitrag zum Schutz

der Gesellschaft vor den Gefahren des Rauschgiftmissbrauchs und stellte große Mengen an Kokain, Heroin, Marihuana, Amphetamin-Derivaten sowie anderen Rauschgiften sicher.

Tabelle 5: Sichergestellte Betäubungsmittel

	2007	2008	2009
		in kg	
Heroin	385	213	431
Opium	24	30	75
Kokain	1809	776	1383
Amphetamine	212	188	668
Haschisch	1226	5 738	739
Marihuana	1259	6 668	1738
Sonstige Betäubungsmittel	12 680	25 352	20141
		Stück	
Amphetaminderivate	549 412	122 940	349 010
LSD	638	5 644	9 813

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ZOLLBILANZ 2009

6 Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

Mit der Sicherstellung von 281 Mio. Schmuggelzigaretten erreichten die Zöllnerinnen und Zöllner 2009 annähernd das Vorjahresniveau (291 Mio.). Die stabile Sicherstellungsmenge ist u. a. auf die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit insbesondere mit den osteuropäischen EU-Nachbarländern sowie die steigende Kompetenz der Partnerzollverwaltungen in der Zigarettenschmuggelbekämpfung zurückzuführen.

Nicht selten handelt es sich bei den Schmuggelzigaretten um Produktfälschungen, die Gesundheitsrisiken in sich bergen. In minderwertigen gefälschten Zigaretten lassen sich regelmäßig Giftstoffe, wie Blei, Cadmium oder Arsen, finden. Zudem sind manche Zigaretten mit Kot und Milben verunreinigt. Deshalb kann der Zoll – abgesehen von der Steuerhinterziehung – vor dem Konsum von Schmuggelzigaretten nicht oft genug warnen.

7 Bekämpfung der Markenund Produktpiraterie

Marken- und Produktpiraterie sind für den Standort Deutschland nach wie vor eine ernste Bedrohung. Die OECD schätzt, dass weltweit jährlich gefälschte Produkte im Wert von rund 250 Mrd. US-Dollar gehandelt werden. Die DIHK geht davon aus, dass mindestens 70 000 Arbeitsplätze in Deutschland durch Marken- und Produktpiraterie verloren gegangen sind.

Dabei geht es hier nicht nur um gefälschte Luxusartikel. Der Zoll stellte bereits Gegenstände des täglichen Gebrauchs, wie gefälschte Rauchmelder oder Kfz-Bremsbeläge, sicher, die gegenüber den Originalen bedenkliche Sicherheitsmängel aufwiesen.

Hinzu kamen gefälschte Arzneimittel, die aus verständlichen Gründen im besonderen Fokus der Zöllnerinnen und Zöllner stehen. Viele dieser hauptsächlich über zweifelhafte Adressen im Internet vertriebenen Mittel wurden ohne Überwachung hergestellt und nicht auf ihre Wirkungen getestet und können so erhebliche Gesundheitsschäden verursachen.

Die risikoorientierten Einfuhrkontrollen des Zolls bleiben weiterhin ein wirksames Mittel zum Schutz der deutschen und europäischen Wirtschaft vor Plagiaten. Im vergangenen Jahr hat der Zoll in enger Abstimmung mit den Herstellern in 9622 Fällen verhindert, dass gefälschte Waren im Wert von 364 Mio. € in den Verkehr gebracht werden konnten.

8 Artenschutz

Wie schwierig es ist, internationale Vereinbarungen zu erreichen, die Arten wirksam schützen, hat die 15. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens im März 2010 in Doha, Katar, gezeigt. Umso wichtiger ist es deshalb, die bestehenden Regeln zum Schutz von rund 6 000 bedrohten Tier- und 30 000 Pflanzenarten bei der Einund Ausfuhr wirksam zu überwachen. Die deutschen Zöllnerinnen und Zöllner waren im vergangenen Jahr auf diesem Gebiet höchst erfolgreich. Sie stellten in rund 163 000 Fällen Verstöße gegen den Artenschutz fest. Das waren fast zweieinhalb mal mehr als im Vorjahr.

ZOLLBILANZ 2009

Tabelle 6: Wert beschlagnahmter gefälschter Waren nach Warenkategorien

Warenkategorie	Wert der aufgegriffenen Waren in Mio. €
Persönliches Zubehör	113,2
Sonnenbrillen und andere Brillen	
Taschen, Handtaschen, Reisegepäck; Brieftaschen, Geldbeutel, Zigarettenetuis und andere in Taschen mitgeführte ähnliche Artikel	
Uhren	
Schmuck und anderes Zubehör	
Schuhe einschließlich Bestandteile und Zubehör	101,2
Sportschuhe	
Andere Schuhe	
Kleidung und Zubehör	51,2
Kleidung (Konfektionskleidung)	
Bekleidungszubehör	
Sonstige	38,5
Maschinen und Werkzeuge	
Fahrzeuge einschließlich Zubehör und Bauteile	
Bürobedarf	
Feuerzeuge	
Etiketten, Anhänger, Aufkleber	
Textile Waren	
Verpackungsmaterialien	
Andere Waren	
Elektrische/Elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	33,6
Audio-/Videogeräte einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Speicherkarten, USB-Speicher	
Druckerpatronen und Toner	
Computerausrüstung (Hardware) einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Andere Elektrogeräte einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Körperpflegeprodukte	6,9
Parfum und Kosmetik	
Andere Körperpflegeprodukte	
Tabakwaren	6,8
Zigaretten	
Andere Tabakerzeugnisse	
Mobiltelefone einschließlich technischen Zubehörs und Teilen	6,4
Mobiltelefone	
Bauteile und technisches Zubehör für Mobiltelefone	

ZOLLBILANZ 2009

noch Tabelle 6: Wert beschlagnahmter gefälschter Waren nach Warenkategorien

Warenkategorie	Wert der aufgegriffenen Waren in Mio. €			
Arzneimittel	2,4			
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	2,3			
Spielzeug				
Spiele einschließlich elektronischer Spielekonsolen				
Sportgeräte einschließlich Freizeitartikel				
CDs, DVDs, Kassetten	1,2			
Bespielt Musik, Film, Software, Spielesoftware				
Unbespielt				

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 7: Herkunftsländer vom Zoll aufgegriffener Produktfälschungen in %

	2007	2008	2009
China	29,0	28,6	28,8
Thailand	4,1	17,4	19,6
Hongkong	8,2	8,2	15,7
USA	15,6	18,5	10,9
Indien	9,3	5,2	6,0
Türkei	9,9	4,5	5,1
V.A.E.	2,2	1,8	1,6
Vietnam	2,0	1,3	1,5
Schweiz	1,7	1,0	0,9
Sonstige	18,0	13,5	9,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

Stabilität im Bundesstaat

Konstituierende Sitzung des Stabilitätsrates am 28. April 2010

1	Einleitung	76
	System der Haushaltsüberwachung	
	Elemente des Frühwarnsystems	
3.1	Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage	78
	Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung	
	Aushlick	

- Am 28. April 2010 ist der Stabilitätsrat unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz, Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten.
- Die zentrale Aufgabe des Stabilitätsrates ist die laufende Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder, um so drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen rechtzeitig einleiten zu können.
- Bund und Länder berichten dabei jährlich über Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung sowie über die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenzen und legen eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung vor.
- Vergleichbare Kennziffern im Frühwarnsystem gewähren eine größtmögliche Transparenz bei der Beurteilung der öffentlichen Haushalte. Die Veröffentlichung der Beschlüsse und Beratungsunterlagen unterstützt die öffentliche Aufmerksamkeit.

1 Einleitung

Am 28. April 2010 ist in Berlin unter dem gemeinsamen Vorsitz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz, Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum, der Stabilitätsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Die Errichtung des Stabilitätsrates ist einer der wesentlichen Bestandteile der Föderalismusreform II, die der Deutsche Bundestag am 29. Mai 2009 und der Bundesrat am 12. Juni 2009 beschlossen haben. Die zentrale Aufgabe des Stabilitätsrates ist die laufende Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder, um so drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen

einleiten zu können. Mit dem Gesetz zur Abschaffung des Finanzplanungsrates sind dem Stabilitätsrat weitere Aufgaben (Erörterung der Fortschrittsberichte "Aufbau Ost" und Koordinierung der Haushalts- und Finanzplanungen) übertragen worden. Die Verankerung des Stabilitätsrates in Artikel 109a GG zeigt die hohe Bedeutung des Gremiums. Das gleichzeitig mit der Grundgesetzänderung beschlossene Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen (StabiRatG) konkretisiert die verfassungsrechtlichen Vorgaben. In der ersten Sitzung des Stabilitätsrates wurden eine Geschäftsordnung, Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage und ein Verfahren zur Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung als Elemente des

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

Frühwarninstrumentariums zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen beschlossen.

Mit der Föderalismusreform II wurden sowohl die sogenannte Schuldenbremse für Bund und Länder als auch die Errichtung des Stabilitätsrates beschlossen. Damit sind die Grundlagen für die Stabilität der öffentlichen Haushalte in Deutschland weiter gestärkt worden. Bereits mit der Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch den Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 hat sich die Bundesrepublik Deutschland u. a. zur Einhaltung des Defizit- und Schuldenstandskriteriums verpflichtet. Die aktuellen Entwicklungen in Europa verdeutlichen, wie wichtig gesunde und tragfähige Staatsfinanzen in den Mitgliedstaaten für das Gelingen einer Währungsunion insgesamt sind und dass dieses Ziel auf nationaler Ebene in geeigneter Form gemeinsam von allen staatlichen Ebenen verfolgt wird. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Klage des Landes Berlin auf Sanierungshilfen deutlich gemacht, dass auch eine Stärkung der präventiven Haushaltsüberwachung unverzichtbar ist. Der Stabilitätsrat leistet nunmehr einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen und zur Sicherung der Haushaltsdisziplin in Deutschland.

Im nachfolgenden Abschnitt werden die Arbeitsweise des Gremiums und das Verfahren zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen beschrieben. Die wesentlichen Elemente des Frühwarninstrumentariums – die Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage mit den entsprechenden Schwellenwerten und die Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung – werden anschließend erläutert.

2 System der Haushaltsüberwachung

Dem Stabilitätsrat gehören der Bundesfinanzminister, die Finanzminister der Länder und der Bundeswirtschaftsminister an. Vorsitzende des Stabilitätsrates sind der Bundesfinanzminister und der Vorsitzende der Finanzministerkonferenz, wobei sich die Vorsitzenden jährlich zur Jahresmitte bei der Leitung der Sitzungen abwechseln. Der Stabilitätsrat tritt mindestens zweimal jährlich, regulär im Mai und im Oktober, zusammen.

Der Sitzungstermin im Mai ergibt sich aus der Vorgabe des Gesetzes zur Gewährung von Konsolidierungshilfen (KonsHilfG). Danach muss der Stabilitätsrat jährlich bis zum 1. Juni entscheiden, ob die Empfängerländer von Konsolidierungshilfen – Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein – ihre Konsolidierungsverpflichtung für das abgelaufene Jahr eingehalten haben. Wenn die vorgesehene Defizitobergrenze nicht eingehalten worden ist, kann das jeweilige Land seinen Anspruch auf Konsolidierungshilfen verlieren.

Der Sitzungstermin im Oktober dient der zentralen Aufgabe der laufenden Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder. Dieser Termin fügt sich in den jährlichen Haushaltskreislauf ein, da der Stabilitätsrat nach der in den Sommermonaten stattfindenden Beschlussfassung der Kabinette des Bundes und der Länder zu den Haushaltsentwürfen und den mittelfristigen Finanzplanungen, jedoch vor der im Herbst/ Winter stattfindenden Verabschiedung der Haushaltspläne durch die jeweiligen Parlamente zusammentritt. Der Stabilitätsrat berät in der Oktobersitzung zudem über die Fortschrittsberichte "Aufbau Ost" der ostdeutschen Länder und die Stellungnahme der Bundesregierung hierzu.

Nach der Beschlussfassung der Kabinette zu den Haushaltsentwürfen, spätestens aber bis Mitte September, legen der Bund und die einzelnen Länder dem Stabilitätsrat Berichte vor, die die Grundlage für die Beratungen in der Oktobersitzung bilden. In den Berichten sind die Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung darzustellen, die Einhaltung der

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenzen zu erläutern sowie eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung auf Basis einheitlicher Annahmen vorzunehmen. Wenn die Mehrzahl der Kennziffern die vorgegebenen Schwellenwerte überschreitet oder wenn die Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung eine entsprechende Entwicklung ergibt, beschließt der Stabilitätsrat die Einleitung eines Prüfverfahrens, ob in der Gebietskörperschaft eine drohende Haushaltsnotlage besteht. Dazu setzt er einen Evaluationsausschuss ein, dem die Finanzstaatssekretäre von Bund und vier Ländern angehören. Der Evaluationsausschuss prüft detailliert die Haushaltslage der betroffenen Gebietskörperschaft und legt dem Stabilitätsrat bis zur nächsten Sitzung einen Bericht mit den Ergebnissen seiner Prüfung vor. Wenn der Stabilitätsrat auf der Grundlage dieses Prüfberichts feststellt, dass die Gebietskörperschaft eine drohende Haushaltsnotlage aufweist, wird gemäß den Vorgaben des StabiRatG ein Sanierungsprogramm mit der Gebietskörperschaft vereinbart.

Für die Funktionsfähigkeit des Stabilitätsrates ist von zentraler Bedeutung, dass seine Beschlüsse nicht mehr einvernehmlich wie im Finanzplanungsrat, sondern mehrheitlich mit den Stimmen des Bundes und von zwei Dritteln der Länder – d. h. elf Ländern – gefasst werden. Wenn der Bund selbst Gegenstand der Beschlüssfassung ist, werden Beschlüsse mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Damit können auch Entscheidungen gegen den Willen der betroffenen Gebietskörperschaft getroffen werden, die jedoch für die Stabilität der öffentlichen Finanzen der Bundesrepublik Deutschland unerlässlich sind.

Der Stabilitätsrat wird durch ein Sekretariat unterstützt. Die Leitung des Sekretariats ist von Seiten des Bundes dem Leiter der zuständigen Unterabteilung im Bundesministerium der Finanzen und von Seiten der Länder dem Geschäftsführer der Finanzministerkonferenz übertragen worden.

Die Sitzungen des Stabilitätsrates werden durch einen Arbeitskreis vorbereitet, dem Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen, der Landesfinanzministerien und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie angehören. Der Arbeitskreis legt dem Stabilitätsrat Beschlussvorschläge vor. Auch die Koordinierung der Haushalts- und Finanzplanungen – eine weitere wichtige Aufgabe, die vom Finanzplanungsrat auf den Stabilitätsrat übergegangen ist – wird im Arbeitskreis beraten.

Der Stabilitätsrat wird seine Wirkung insbesondere dadurch entfalten, dass sämtliche Beschlüsse und Beratungsunterlagen veröffentlicht werden. Damit werden Transparenz und Vergleichbarkeit hergestellt, die den öffentlichen Druck zur Konsolidierung der Haushalte des Bundes und der Länder deutlich erhöhen werden. Die Beschlüsse und Beratungsunterlagen des Stabilitätsrates werden derzeit noch auf der Homepage des BMF veröffentlicht. Sobald die Homepage des Stabilitätsrates fertiggestellt ist, werden die Dokumente unter der Domain www. stabilitaetsrat.de abrufbar sein.

3 Elemente des Frühwarnsystems

Bund und Länder berichten jährlich über Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung sowie über die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenzen und legen eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung vor.

3.1 Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage

Die Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage bilden das zentrale Element der laufenden Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat. Es ist gelungen, sich auf Kennziffern zur sachgerechten Beurteilung der öffentlichen Haushalte zu verständigen. Durch

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

die Festlegung ambitionierter Schwellenwerte ist sichergestellt, dass vom Stabilitätsrat eine disziplinierende Wirkung auf die Gestaltung der Haushalte der Gebietskörperschaften ausgeht.

Kennziffernsystem

Nach § 3 StabiRatG berichten Bund und Länder über Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung. Das vom Stabilitätsrat am 28. April 2010 beschlossene Kennziffernsystem umfasst die vier Kennziffern struktureller Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Schuldenstand und Zins-Steuer-Quote. Der Zeitraum der aktuellen Haushaltslage beinhaltet die Ist-Werte der zwei vergangenen Jahre und den Soll-Wert des laufenden Jahres. Der Zeitraum der Finanzplanung umfasst den Sollbeziehungsweise Entwurfs-Wert des folgenden Jahres sowie die Ansätze der Finanzplanung.

Der Stabilitätsrat leitet eine Prüfung ein, ob beim Bund oder in einem bestimmten Land eine Haushaltsnotlage droht, wenn

der Bund oder ein Land bei der Mehrzahl der Kennziffern die Schwellenwerte überschreitet. Zur Beurteilung, ob die Kennziffern einer Gebietskörperschaft auf eine drohende Haushaltsnotlage hinweisen, wird folgender Maßstab angewendet: Eine Kennziffer gilt in einem Zeitraum als auffällig, wenn mindestens zwei Werte den Schwellenwert überschreiten. Ein Zeitraum wird insgesamt als auffällig gewertet, wenn mindestens drei von vier Kennziffern auffällig sind. Der Stabilitätsrat leitet die Evaluation einer Gebietskörperschaft ein, wenn mindestens einer der beiden Zeiträume auffällig ist. Nachfolgende Tabelle stellt die Systematik anhand frei gewählter Daten dar.

Das Kennziffernbündel und der Beurteilungsmaßstab sind so konzipiert, dass eine gewisse Balance zwischen vergangener Finanzpolitik, gemessen an der Zins-Steuer-Quote und dem Schuldenstand, und gegenwärtiger Finanzpolitik, gemessen am strukturellen Finanzierungssaldo und an der Kreditfinanzierungsquote, gewahrt wird. Somit werden Gebietskörperschaften mit

Tabelle 1: Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage

		Aktuel	le Haushalt	slage			Finanzp	lanung		
Gebietskörperschaft		Ist	Ist	Soll	Auffälligkeit	Entwurf	FPI	FPI	FPI	Auffälligkeit
		2008	2009	2010		2011	2012	2013	2014	
Strukureller Finanzierungssaldo	€ je EW	-50	-300	-450	ja	-400	-300	-200	-100	nein
Schwellenwert		-100	-250	-400		-500	-500	-500	-500	
Länderdurchschnitt		100	-50	-200						
Kreditfinanzierungsquote	%	1,0	5,0	15,0	nein	12,0	9,0	6,0	3,0	nein
Schwellenwert		6,0	9,0	12,0		16,0	16,0	16,0	16,0	
Länderdurchschnitt		3,0	6,0	9,0						
Zins-Steuer-Quote	%	11,0	12,0	13,0	ja	15,0	14,5	14,0	13,5	ja
Schwellenwert		11,2	11,9	12,6		13,6	13,6	13,6	13,6	
Länderdurchschnitt		8,0	8,5	9,0						
Schuldenstand	€ je EW	6 600	6 900	7 450	ja	7 850	8 150	8 350	8 450	ja
Schwellenwert		6 500	6 8 2 5	7 150		7 350	7 550	7750	7 950	
Länderdurchschnitt		5 000	5 250	5 500						
Auffälligkeit Zeiträume			Au	ffällig				Nicht auff	ällig	
Auffälligkeit Kennziffern						Auffällig				

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

ungünstiger Ausgangslage, d. h. einem hohen Schuldenstand und einer hohen Zins-Steuer-Quote, bei gegenwärtig unsolider Finanzpolitik auffällig, sodass sie einer umfassenden Überprüfung im Hinblick auf eine drohende Haushaltsnotlage unterzogen werden müssen. Gebietskörperschaften mit einer gegenwärtig soliden Finanzpolitik werden auch bei ungünstiger Ausgangslage nicht auffällig. Bei einer günstigen Ausgangslage, d. h. einem niedrigen Schuldenstand und einer niedrigen Zins-Steuer-Quote, lassen dagegen auch kurzfristig höhere Defizite keine drohende Haushaltsnotlage befürchten.

Struktureller Finanzierungssaldo

Der um konjunkturelle Effekte und den Saldo finanzieller Transaktionen bereinigte "strukturelle Finanzierungssaldo" ist eine zentrale Kennziffer zur Beurteilung der Lage öffentlicher Haushalte. Mit der in Artikel 109 und 115 GG verankerten Schuldenbremse wird der strukturelle Finanzierungssaldo zu einer wichtigen Steuerungsgröße der Finanzpolitik des Bundes und der Länder. Zugleich wird damit eine gewisse Parallelität mit der Methodik auf europäischer Ebene hergestellt.

Mit dem Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 GG hat der Bund einen Abbaupfad für den strukturellen Finanzierungssaldo festgelegt. Für den Bundeshaushalt wird mit der Kennziffer struktureller Finanzierungssaldo die Einhaltung des strukturellen Abbaupfads überprüft. Die Kennziffer gilt in einem Jahr als nicht eingehalten, wenn der Abbaupfad um 50 € je Einwohner überschritten wird.

Der im Rahmen der Föderalismusreform II neu gefasste Artikel 109 GG sieht auch für die Länderhaushalte die Möglichkeit der Berücksichtigung von konjunkturellen Effekten bei der Ermittlung der zulässigen Obergrenze der Neuverschuldung vor. Da die Schuldenbremse für die Länderhaushalte erst 2020 greift und die bisherigen landesverfassungsrechtlichen Regelungen eine Berücksichtigung konjunktureller

Effekte zur Ermittlung der Defizitobergrenzen nicht vorsehen, wenden die Länder bislang keine Konjunkturbereinigungsverfahren an. Solange derartige Verfahren nicht beschlossen sind, wird für die Länder der um den Saldo finanzieller Transaktionen bereinigte Finanzierungssaldo verwendet und durch Vergleich mit dem Länderdurchschnitt bewertet. Dadurch können gezielt diejenigen Länder identifiziert werden, deren Haushalte sich gegenüber dem Länderdurchschnitt erkennbar ungünstiger entwickeln. Be- und Entlastungen, die die Länder insgesamt treffen, werden im Rahmen der Durchschnittsbildung implizit bereinigt, da es nicht das Ziel der Haushaltsüberwachung ist, die Lage der Ländergesamtheit zu bewerten, sondern die drohende Haushaltsnotlage einzelner Länder zu erkennen. Die Kennziffer überschreitet im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage den Schwellenwert, wenn der Finanzierungssaldo um mehr als 200 € je Einwohner ungünstiger als der Länderdurchschnitt ausfällt. Für den Zeitraum der Finanzplanung sind Länderdurchschnitte wenig aussagekräftig, da die Finanzpläne in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgestellt werden. Daher wird der Schwellenwert des laufenden Haushaltsjahres zugrunde gelegt. Um konjunkturellen Abschwüngen Rechnung zu tragen, wird ein Aufschlag von 100 € je Einwohner vorgenommen. Auf diesen Aufschlag kann verzichtet werden, wenn die Steuerschätzung des laufenden Jahres wesentlich bessere Ergebnisse erbringt als die vorangegangene Schätzung.

Kreditfinanzierungsquote

Die Kreditfinanzierungsquote wird definiert als die Nettokreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Ausgaben. Die Kreditfinanzierungsquote gibt an, in welchem Ausmaß der betrachtete Haushalt durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert wird. Eine dauerhaft überdurchschnittliche Kreditfinanzierungsquote deutet darauf hin, dass der Haushalt eine unsolide Entwicklung nimmt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Kennziffer in seinen Urteilen zum

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

Vorliegen einer Haushaltsnotlage in einzelnen Ländern herangezogen.

Als Schwellenwert für den Zeitraum der aktuellen Haushaltslage wird der Länderdurchschnitt zuzüglich drei Prozentpunkte definiert. Für den Zeitraum der Finanzplanung gilt der Schwellenwert des laufenden Haushaltsjahres zuzüglich eines Aufschlags von vier Prozentpunkten. Wie beim strukturellen Finanzierungssaldo kann auf diesen Aufschlag verzichtet werden, wenn die Steuerschätzung des laufenden Jahres wesentlich bessere Ergebnisse als die vorangegangene Schätzung liefern sollte.

Da für den Bund ein dem Länderdurchschnitt vergleichbarer Maßstab fehlt, wird als Schwellenwert für den Zeitraum der aktuellen Haushaltslage der gleitende Jahresdurchschnitt der Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushalts der letzten fünf Jahre zuzüglich acht Prozentpunkte verwendet. Für den Zeitraum der Finanzplanung gilt der Schwellenwert des laufenden Haushaltsjahres.

Schuldenstand

Der Schuldenstand misst die Schulden am Kreditmarkt zum 31. Dezember eines Jahres. Der Schuldenstand ist eine zentrale finanzwissenschaftliche Größe zur Bewertung der Lage öffentlicher Haushalte.

Für die Länder wird aus Gründen der Vergleichbarkeit der Schuldenstand im Verhältnis zur Einwohnerzahl betrachtet. Der Schwellenwert im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage gilt als überschritten, wenn der Schuldenstand je Einwohner 130 % des Länderdurchschnitts bei Flächenländern beziehungsweise 220 % des Länderdurchschnitts bei Stadtstaaten übersteigt. Stadtstaaten muss wegen der Übernahme kommunaler Aufgaben ein höherer Verschuldungsspielraum eingeräumt werden. Für den Zeitraum der Finanzplanung gilt der Schwellenwert des laufenden Haushaltsjahres zuzüglich 200 € je Einwohner

und Jahr, um der weiterhin vorhandenen Neuverschuldung Rechnung zu tragen.

Für den Bund wird der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP (Schuldenstandsquote) betrachtet. Als Schwellenwert im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage wird der gleitende Jahresdurchschnitt der Schuldenstandsquote des Bundes der letzten fünf Jahre zuzüglich acht Prozentpunkte verwendet. Für den Zeitraum der Finanzplanung gilt der Schwellenwert des laufenden Haushaltsjahres.

Zins-Steuer-Quote

Die Zins-Steuer-Quote drückt das Verhältnis der Zinsausgaben zu den Steuereinnahmen aus. Die Zinsausgaben werden analog zum Schuldenstand abgegrenzt. Die Steuereinnahmen der Länder ergeben sich abzüglich der Leistungen zum Länderfinanzausgleich und zuzüglich der erhaltenen Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich, der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen, der Förderabgabe und der Kfz-Steuer-Kompensation.

Mit der Zins-Steuer-Quote wird die Vorbelastung der Haushalte durch frühere Verschuldung in Relation zur Steuerkraft zum Ausdruck gebracht. Bei einer überdurchschnittlich hohen Zins-Steuer-Quote ist ein großer Anteil der Steuereinnahmen bereits für Zinszahlungen gebunden. Neben der Kreditfinanzierungsquote hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen zu Haushaltsnotlagen auch die Zins-Steuer-Quote als Maßstab verwendet.

Für die Länder wird die Zins-Steuer-Quote ebenfalls am Länderdurchschnitt gemessen. Der Schwellenwert im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage gilt als überschritten, wenn die Zins-Steuer-Quote 140 % des Länderdurchschnitts bei Flächenländern beziehungsweise 150 % des Länderdurchschnitts bei Stadtstaaten übersteigt. Für den Zeitraum der Finanzplanung gilt der Schwellenwert des

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

laufenden Haushaltsjahres zuzüglich eines Aufschlags von einem Prozentpunkt.

Wie bei den Kennziffern
Kreditfinanzierungsquote und Schuldenstand
wird für den Bund als Schwellenwert
der Zins-Steuer-Quote im Zeitraum der
aktuellen Haushaltslage der gleitende
Jahresdurchschnitt der Zins-Steuer-Quote
des Bundeshaushalts der letzten fünf Jahre
zuzüglich acht Prozentpunkte verwendet.
Für den Zeitraum der Finanzplanung gilt der
Schwellenwert des laufenden Haushaltsjahres.

3.2 Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung

Der Bericht, der dem Stabilitätsrat als
Beratungsgrundlage vom Bund und den
einzelnen Ländern jedes Jahr vorgelegt wird,
enthält neben den Kennziffern ein weiteres
Element, das zu einer Überprüfung der
Haushaltslage durch den Evaluationsausschuss
führen kann: die Projektion der mittelfristigen
Haushaltsentwicklung auf Basis einheitlicher
Annahmen. Während die Überschreitung
der Schwellenwerte der Kennziffern auf
eine aktuell drohende Haushaltsnotlage
hinweist, soll die Projektion gegebenenfalls
eine entsprechende zukünftige Entwicklung
herausstellen.

Die Gebietskörperschaften können im Bericht eine eigene Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung vorlegen. Dabei kann aus drei vorgegebenen Verfahren gewählt werden. Zudem müssen die Berichte eine "Standardprojektion" der Haushaltsentwicklung enthalten. Die Standardprojektion ermittelt, bei welcher Zuwachsrate der Ausgaben am Ende des Projektionszeitraums eine Überschreitung des Schwellenwerts der Kennziffer Schuldenstand gerade noch vermieden wird. Als Projektionszeitraum werden sieben Jahre gewählt, um über den Finanzplanungszeitraum hinaus die Gefahr einer drohenden Haushaltsnotlage erkennen zu können. Dabei werden für alle Gebietskörperschaften einheitliche Annahmen über die Einnahmenentwicklung getroffen. Es ist jedoch nicht das Ziel dieser Projektion, die zukünftige Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben zu prognostizieren. Dies wäre angesichts der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung nicht sachgerecht.

Im Rahmen der Standardprojektion wird vielmehr eine Haushaltsentwicklung quantifiziert, die nach Ablauf von sieben Jahren gerade noch eine drohende Haushaltsnotlage vermeidet. Dabei konzentriert sich die Standardprojektion auf die Kennziffer Schuldenstand. Die Stabilisierung des Schuldenstands im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gilt im Rahmen finanzwissenschaftlicher Analysen als wichtiger Maßstab für die Beurteilung der Tragfähigkeit der Finanzpolitik. Daher ist der Schuldenstand besonders geeignet, in diesem Verfahren berücksichtigt zu werden.

Für die Länder gilt der Schwellenwert bei der Kennziffer Schuldenstand analog zur kennzifferngestützten Analyse als überschritten, wenn der Schuldenstand je Einwohner 130 % des Länderdurchschnitts bei Flächenländern beziehungsweise 220 % des Länderdurchschnitts bei Stadtstaaten übersteigt. Der Länderdurchschnitt am Ende des Projektionszeitraums wird im Sinne einer technischen Annahme, die gleichzeitig dem Postulat einer tragfähigen finanzpolitischen Entwicklung Rechnung trägt, so bestimmt, dass der Schuldenstand der Ländergesamtheit in Relation zum BIP auf dem Niveau des Ausgangsjahres der Projektion stabilisiert wird. Die Zuwachsraten der Ausgaben werden im Ländervergleich gegenübergestellt.

Beim Bund wird ab dem Jahr 2017 die Schuldenstandsquote des Jahres 2016 stabilisiert, die sich auf Basis einer Modellrechnung des Übergangspfads der Schuldenregel ergibt. Zusammen mit den Annahmen zur Einnahmeentwicklung ergeben sich aus den vom Bund angestrebten Finanzierungssalden die Ausgaben und damit auch ihre jahresdurchschnittliche Zuwachsrate als endogene Größe. Die

STABILITÄT IM BUNDESSTAAT

Projektionsrechnungen im ersten Bericht bilden die Referenz für den Vergleich für die folgenden Jahre.

Die Projektionsrechnungen für das Standardverfahren werden auf Grundlage des Ist-Ergebnisses des dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahres und des Haushalts-Solls des laufenden Haushaltsjahres durchgeführt. Die im Herbst 2010 erstmals vorzulegenden Standardprojektionen bilden daher den Zeitraum 2009 bis 2016 beziehungsweise 2010 bis 2017 ab. Die Verwendung von zwei Ausgangsjahren dient dazu, einmalige Schwankungen in den Ausgaben oder Einnahmen zu neutralisieren.

Die Entscheidung über die Evaluation der Haushaltslage einer Gebietskörperschaft erfolgt zweistufig. Bei den Ländern wird auf der ersten Stufe geprüft, ob die ermittelte Ausgabenzuwachsrate eines Landes den Durchschnitt der Ländergesamtheit in beiden Zeiträumen um mehr als drei Prozentpunkte unterschreitet. Zusätzlich wird geprüft, ob die ermittelte Ausgabenzuwachsrate der Ländergesamtheit auffällig gering ist. Fällt diese Zuwachsrate geringer aus als der Deflator der privaten Konsumausgaben, wird der Stabilitätsrat über die Haushaltsentwicklung der Länder insgesamt beraten. Beim Bund wird auf der ersten Stufe geprüft, ob die ermittelte Ausgabenzuwachsrate der beiden Berechnungen die im Berichtsjahr 2010 ermittelte niedrigere jahresdurchschnittliche Zuwachsrate um mehr als zwei Prozentpunkte unterschreitet.

Ob tatsächlich eine drohende Haushaltsnotlage besteht, kann mit der Standardprojektion nicht abschließend beurteilt werden. Sofern einzelne Länder oder der Bund die Schwellen bei der Standardprojektion unterschreiten, wird daher das Ergebnis auf einer zweiten Stufe einer qualitativen Bewertung durch den Stabilitätsrat unterzogen. Dabei werden u. a. die eigene Projektionsrechnung der Gebietskörperschaft und die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen nach § 2 KonsHilfG berücksichtigt.

4 Ausblick

In seiner konstituierenden Sitzung hat der Stabilitätsrat grundlegende Beschlüsse zur Herstellung seiner Arbeitsfähigkeit gefasst. Damit ist sichergestellt, dass der Stabilitätsrat gemäß dem Gesetzesauftrag bereits in diesem Jahr mit der Überwachung der Haushalte beginnen kann. Die nächste Sitzung ist für Mitte Oktober 2010 vorgesehen.

Mit der Implementierung eines umfassenden Haushaltsüberwachungssystems betreten Bund und Länder Neuland. Erstmalig verfügt die Bundesrepublik Deutschland mit dem Stabilitätsrat über ein Frühwarnsystem, das drohende Haushaltsnotlagen rechtzeitig erkennen und abwehren kann. Der Stabilitätsrat beginnt seine Arbeit zu einem Zeitpunkt, an dem sich die öffentlichen Haushalte insgesamt in einer Ausgangslage befinden, die erhebliche Konsolidierungsleistungen von allen Gebietskörperschaften erfordern. Der Stabilitätsrat kann eine wichtige Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahmen darstellen. Dies ist gerade in Anbetracht der aktuellen Ereignisse auf europäischer Ebene von großer Bedeutung, um eine ähnliche Entwicklung im Bund oder einem der Länder zu vermeiden.

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

1	Einleitung	84
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	
	Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	
	Treffen des International Monetary and Financial Committee (IMFC)	
5	Schlussfolgerung	88

- Die Treffen der G20, G7 und des IMFC in Washington fanden erneut unter dem Eindruck der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise statt.
- Wichtig ist, das Momentum zur Umsetzung der umfangreichen Reformagenda der vergangenen G20-Treffen aufrecht zu erhalten oder sogar, wo notwendig, noch zu verstärken.
- Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es anhaltender Anstrengungen bedarf, um das Finanzsystem gegen mögliche zukünftige Krisen abzusichern. Im Rahmen der G20 werden hierzu bereits Anfang Juni weitere Beratungen auf Ebene der Finanzminister und Notenbankgouverneure stattfinden.

1 Einleitung

Die Treffen fanden vom 22. bis 24. April 2010 in Washington rund um die Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank wiederum im Zeichen der Bewältigung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise statt. Es ging dabei darum, wie ein möglichst kräftiger und selbst tragender Aufschwung realisiert werden kann. Zudem galt es, das Momentum zur Umsetzung der umfangreichen Reformagenda der vergangenen G20-Gipfel aufrecht zu erhalten. Deutschland, vertreten durch Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen und Bundesbankpräsident Axel Weber, hat bei den Treffen verdeutlicht, dass dabei die Reformagenda auf den Finanzmärkten weiter erste Priorität haben sollte. Daneben fand beim Treffen der G20, den führenden Industrie- und Schwellenländern, ein intensiver Austausch

über das von diesen bei ihrem letzten Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Pittsburgh ins Leben gerufene "G20-Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth" statt.

2 Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

Das Treffen der G20-Finanzminister und
-Notenbankgouverneure war das erste
unter koreanischer Präsidentschaft in
diesem Jahr. Wie bereits das vergangene
Treffen im November 2009 in St. Andrews
hatte auch dieses Treffen den Charakter
einer Arbeitssitzung in dem Sinne, dass die
gemeinsam beschlossene Agenda abgearbeitet
beziehungsweise weiter vorangetrieben
wurde.

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Bei den Finanzmarktreformen bestand Einigkeit darüber, dass die Zeit dränge und dass bei den zentralen Reformprojekten im Laufe dieses Jahres Entscheidungen fallen müssten. Insofern muss das Momentum zu umfassenden Reformen in den nächsten Wochen und Monaten erhalten oder sogar, wo notwendig, noch verstärkt werden. Es bestand auch Konsens, dass die unterschiedlichen regulatorischen Maßnahmen, die jetzt diskutiert werden, gut aufeinander abgestimmt sein müssten, sodass sie in ihrer Gesamtheit einen effektiven Rahmen bildeten und gleichzeitig den Finanzsektor und damit auch die beginnende wirtschaftliche Erholung nicht belasteten.

Im Zentrum stand die Diskussion über eine Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten. Der IWF hatte hierzu einen Zwischenbericht vorgelegt, der von IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn vorgestellt wurde. Zentrales Element des Berichts ist der Vorschlag einer Finanzsektorabgabe ("Financial Stability Contribution"), die ausdrücklich mit einem Mechanismus zur Abwicklung von durch Insolvenz bedrohter Finanzinstitute verbunden sein soll. Falls ergänzend eine weitere Belastung des Bankensektors gewünscht sein sollte, schlägt der IWF eine Steuer auf den Gewinn zuzüglich der gezahlten Gehälter von Finanzinstitutionen vor ("Financial Activities Tax"). Für diese Steuer wären noch Varianten denkbar, die auf verschiedene Ziele ausgerichtet werden können. Es hat sich gezeigt, dass zu dieser Thematik noch weitere Diskussionen notwendig sind, um zu einem Konsens kommen zu können. Während die USA, Großbritannien und Frankreich auf eine baldige Einführung einer Bankenabgabe drängten, zeigten sich die Schwellenländer, aber auch Kanada und Australien zurückhaltender. Aus deutscher Sicht ist zu begrüßen, dass der IWF dazu aufgefordert wurde, weitere Überlegungen für das nächste Treffen der G20 im Juni auszuarbeiten.

Darüber hinaus erfolgte eine Bestandsaufnahme zu den bereits

erzielten Fortschritten sowie zu noch notwendigen Schritten im Bereich der Finanzmarktreformen, Besonders stark war das Einvernehmen darüber, dass bei dem bisher größtenteils anonym abgewickelten Handel mit sogenannten Over-The-Counter (OTC)-Derivaten der dringendste Handlungsbedarf bestehe, da hier auch die Risiken für die Finanzstabilität am höchsten seien. Ferner wurde bekräftigt, bis Ende 2010 international abgestimmte Regeln zu entwickeln, die sowohl Quantität als auch Qualität des Eigenkapitals verbessern und einen exzessiven Verschuldungsgrad, der unter anderem zum Entstehen der Krise beigetragen hat, erschweren oder verhindern sollten. Die neuen Regeln sollten allmählich eingeführt werden und erst Ende 2012 voll implementiert sein, um der konjunkturellen Lage und der Lage des Bankensektors Rechnung zu tragen. Weiterhin bekräftigt die G20 ihre Entschlossenheit, einheitliche globale $Rechnung slegungs standards (\tt, Accounting$ Standards") zu entwickeln.

Der IWF gab zudem einen Überblick über die Lage der Weltwirtschaft. IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn betonte dabei die ungleiche Erholungsdynamik der Weltwirtschaft ("Multispeed Recovery"), die durch relativ starkes wirtschaftliches Wachstum in einigen asiatischen Schwellenländern und eine langsamere Erholung in den wichtigen Industrieländern gekennzeichnet sei. In der Diskussion wurde mehrfach betont, wie wichtig nun international koordinierte Prinzipien für Exit-Strategien (aus den expanisven geld- und fiskalpolischen Maßnahmen sowie Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor) seien, um einen selbst tragenden Aufschwung der Weltwirtschaft abzusichern. Angesichts der unterschiedlichen konjunkturellen und fiskalischen Ausgangslage der einzelnen G20-Staaten bedürfe es hierzu einer sorgfältigen Abwägung. Ferner teilten alle G20-Mitglieder die Sorge, dass aufgrund des anhaltenden Deleveraging, zunehmender Risikoaversion und der sich abzeichnenden strengeren Regulierung sowie der höheren

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Kapitalanforderungen Banken möglicherweise nicht in dem Umfang Kredite bereitstellen würden, wie es für einen dynamischen Aufschwung nötig sei; dieses Risiko gelte es zu beachten und gegebenenfalls notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Im Lichte der globalen Ungleichgewichte hatte sich die G20 bei ihrem Gipfel im vergangenen Jahr in Pittsburgh zur Sicherstellung eines robusten, nachhaltigen und ausgewogenen globalen Wachstumsprozesses verpflichtet und hierzu das "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth" ins Leben gerufen. In Washington wurde der erste auf den Beiträgen der G20-Mitglieder aufbauende Bericht des IWF hierzu diskutiert. Der IWF setzte dabei die von den jeweiligen Ländern skizzierte Wirtschaftspolitik und ihre quantitativen Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung in Beziehung zu seinen eigenen Überlegungen und leitete daraus eine Basisschätzung für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung und die globalen Ungleichgewichte ab. Der Bericht ist insgesamt ausgewogen. Wichtig für Deutschland war dabei vor allem, dass die besonderen institutionellen Gegebenheiten des Euroraums Berücksichtigung fanden, die dazu führen, dass die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands im Kontext der insgesamt recht ausgeglichenen Leistungsbilanz des Euroraums betrachtet werden. Auf der Diskussion aufbauend wird der IWF Politikempfehlungen für Ländergruppen entwickeln, die er aus der Analyse alternativer Politikszenarien ableitet. Der Bericht hierzu wird nach Diskussion durch die G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure Anfang Juni den Staats- und Regierungschefs für deren nächsten Gipfel in Toronto am 26. Juni vorgelegt. Auf dem November-Gipfel in Seoul sollen dann detaillierte Politikvorschläge verabschiedet werden.

Weltbank-Präsident Robert Zoellick stellte den Kompromiss zur Reform der Stimmrechtsverteilung und der Kapitalanteile der Weltbank vor, der bei der folgenden

Sitzung des Development Committee beschlossen wurde. Damit hat die G20 den Zeitrahmen, den sie sich selbst für diese Reform gesteckt hat, eingehalten. Der Anteil der Stimmrechte von Entwicklungsund Transformationsländern (Developing and Transition Countries, DTCs) wird um 3,13 Prozentpunkte auf 47,19 % erhöht (Phase II). Zusammen mit der Stimmrechtsverschiebung aus Phase I von 2008 haben die DTCs in der Weltbank einen Stimmengewinn von rund 4,6% erhalten. Der deutsche Stimmenanteil sinkt um 35 Basispunkte auf 4%; China löst Deutschland als drittgrößten Anteilseigner ab. Letztlich stellen Europa und Japan einen Großteil des Stimmrechtstransfers an Entwicklungsländer, während die USA ihren Stimmrechtsanteil beibehalten. Rechnerisch würden die USA sogar um etwa drei Prozentpunkte höher liegen, sie verzichten jedoch freiwillig auf einen großen Anteil. Die G20 erneuerten zudem ihren Beschluss, die Reformen im IWF bis zum G20-Gipfel im November abzuschließen.

Schließlich beschlossen die G20, dass alle Internationalen Finanzinstitutionen sich am Schuldenerlass für Haiti beteiligen und hierzu geeignete Maßnahmen ergreifen sollten.

Nächste Etappen sind nun das G20-Deputies-Treffen am 19. Mai in Berlin und das Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 4./5. Juni in Südkorea. In diesem Zusammenhang ist auch die internationale Finanzmarktkonferenz in Berlin am 19./20. Mai 2010 von Bedeutung. Am 26./27. Juni findet dann der G20-Gipfel in Toronto statt. Am 4./5. September treffen sich die G20-Deputies in Korea, um das Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 22./23. Oktober vorzubereiten, das ebenfalls in Korea stattfindet. Den Abschluss der koreanischen Präsidentschaft bildet der G20-Gipfel am 11./12. November in Seoul.

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

3 Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

Das Treffen der G7-Finanzminister und Notenbankgouverneure unter kanadischer Präsidentschaft hatte - wie schon das vergangene Treffen in Igaluit im Februar ausdrücklich informellen Charakter. Es wurde weder ein Kommuniqué verabschiedet noch eine Pressekonferenz abgehalten. Dabei wurde - auch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung im Euroraum – die Notwendigkeit fiskalischer Konsolidierung, insbesondere in wichtigen Industrieländern, eingehend diskutiert. Dabei warb der IWF eindringlich für eine regelgebundene Politik, um die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsabsichten zu erhöhen. Die Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes wird in diesem Zusammenhang als ein mögliches Vorbild angesehen. Deutschland hat deutlich gemacht, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte die zentrale finanzpolitische Aufgabe der nächsten Jahre sein wird.

Letztlich wurde das Treffen der G7 aber auch von den aktuellen Entwicklungen in Griechenland mitbestimmt. Die Vertreter der EU nutzten das Treffen daher auch, um die nicht-europäischen Teilnehmer ausführlich über die aktuelle Lage und den Stand der Vorbereitung zum Hilfsprogramm für Griechenland zu unterrichten.

4 Treffen des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Diskutiert wurden die gesamte Breite der anstehenden IWF-Reformen (Quoten; Mandat; Governance). Es wurden aber keine konkreten Ergebnisse erzielt, da die Reformen bis Januar 2011 abgeschlossen werden sollen, sodass zentrale Entscheidungen erst im Herbst zu erwarten sind. Wichtig für die EU-Staaten ist in diesem Zusammenhang aber das Ergebnis im IMFC-Kommuniqué, wonach – wie von den EU-Staaten gefordert – über die Quotenreform und die weiteren Governance-Reformen im Paket entschieden werden soll.

Im Zentrum stand die Diskussion zur Quoten- und Stimmrechtsverteilung. Hier gilt es den Auftrag vom G20-Gipfel in Pittsburgh umzusetzen, wonach die Quoten und Stimmrechte der Schwellenund Entwicklungsländer deutlich gestärkt werden sollen ("shift in IMF quota share to dynamic emerging markets and developing countries of at least 5 % from over-represented countries to under-represented countries using the current quota formula as the basis to work from"). Keine Fortschritte gab es bei der Frage, ob die bestehende Formel zur Berechnung der Quotenanteile im Zuge der Reform ebenso nochmals diskutiert werden sollte. Dagegen votieren insbesondere die EU-Staaten; hingegen sprechen sich die Schwellenländer und die USA für eine solche Diskussion aus. IWF-Chef Strauss-Kahn hat deutlich gemacht, dass er es für unrealistisch halte, eine solche Diskussion in der Kürze der Zeit (bis Januar 2011) abschließen zu können. Zu beachten ist aber auch, dass die Rechte der Schwellen- und Entwicklungsländer nicht nur über ihre Quote beim IWF, sondern auch über weitere Reformelemente, wie zB. eine erhöhte Repräsentation beim Management sowie bei den Mitarbeitern des IWF, gestärkt werden.

Bei der Mandats-Diskussion stand die Überwachungstätigkeit des IWF im Vordergrund. Zentrale Frage war, welche Lehren der IWF aus der Krise ziehen soll. Für Deutschland ist die Stärkung der Krisenprävention durch die Verbesserung der länderübergreifenden Analyse der Wirtschafts- und Finanzpolitik wichtig. Zugleich soll aber die traditionelle bilaterale Überwachungstätigkeit weiter das "Kerngeschäft" des IWF bleiben. Diese Einschätzung wurde von den meisten Staaten geteilt.

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Ergänzend zur Krisenprävention steht die Reform der Krisenlösungsinstrumente des IWF. Hier hat der IWF eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, mit denen zum Teil bestehende Instrumente (Flexible Credit Line, High Access Precautionary Arrangements) weiterentwickelt und zum Teil ganz neue, innovative Instrumente (u. a. Multi Country Swap Lines, Garantien) geschaffen werden sollen. Dabei ist Deutschland (neben Italien, USA, Niederlande, Brasilien und weiteren Ländern) wichtig, dass eine Ausweitung der IWF-Kreditinstrumente nicht dazu führt, dass Staaten in ihren eigenen Anstrengungen zur Krisenprävention nachlassen. Außerdem gilt es, die Sicherheit der IWF-Ressourcen zu gewährleisten. Andere Staaten stellen hingegen eher die Notwendigkeit in den Vordergrund, dass der IWF mit neuen beziehungsweise weiterentwickelten Instrumenten eine Art "Versicherung" gegen Krisen geben sollte. Insgesamt ist aber festzuhalten, dass der IWF nur sehr wenig Unterstützung für seine weitgehenden Vorschläge erhält und weitere Analysen und Diskussion erforderlich sind.

5 Schlussfolgerung

Die Treffen der G20 und G7-Finanzminister und Notenbankgouverneure sowie des IMFC in Washington haben erneut verdeutlicht, dass die Bemühungen zur Überwindung der Finanzkrise sowie zur Reform der Finanzmärkte und internationalen Finanzinstitutionen weiter vorangetrieben werden müssen. Daher gilt es, das Momentum der Reformen der Finanzmärkte aufrecht zu erhalten oder sogar, wo notwendig, noch zu verstärken. Die Diskussion über die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise, beispielsweise durch die Einführung einer Bankenabgabe, hat jedoch gezeigt, dass dies zum Teil kein einfaches Unterfangen ist. Insbesondere in der G20 treffen unterschiedliche Interessen aufeinander. Deutschland wird sich aber bei den anstehenden Treffen weiter dafür einsetzen, das Finanzsystem insgesamt und nachhaltig krisenfester zu gestalten.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	89
2	China	91
3	Indien	94
4	Korea	96
	Indonesien	
	Russland	
7	Ukraine	101
8	Argentinien	103
	Brasilien	
10	Mexiko	107
	Tiirkei	

- Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bedeutung der Schwellenländer deutlich erhöht. Es sind vor allem aufstrebende Volkswirtschaften wie China, Indien oder Brasilien, die derzeit die Weltkonjunktur beleben.
- China konnte 2009 wieder ein sehr hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen und ist zusammen mit Indien der Wachstumsmotor in Asien und darüber hinaus.
- Russland hingegen musste starke Wachstumseinbußen hinnehmen.
- Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der lateinamerikanischen Region hat sich im Vergleich zu früheren Krisen deutlich erhöht.

1 Überblick

Die meisten Schwellenländer sind mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen beiden Jahre besser zurechtgekommen als die Industriestaaten. Dabei dürfte es sich für die Schwellenländer als Vorteil erwiesen haben, dass sie aus früheren Wirtschaftskrisen (wie der Asienkrise 1997/1998) konsequent Lehren gezogen haben. In diesem Zusammenhang erfolgten eine Haushaltskonsolidierung und Durchsetzung institutioneller Reformen auf den Finanzmärkten und im Bankenwesen. Aufgrund einer soliden Finanzlage verfügten diese Länder über Handlungsspielraum für Konjunkturmaßnahmen, die seit Herbst 2008 angelaufen sind. Die meisten Banken der Schwellenländer hielten kaum toxische

Papiere und mussten daher auch nicht mit Rettungsaktionen aufgefangen werden. Ihre regulierten, zum Teil aber auch wenig liberalisierten, Finanzmärkte erwiesen sich größtenteils als schockresistenter als diejenigen der Industrieländer.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass die Erholung der Weltwirtschaft in diesem Jahr Fahrt aufnimmt. Allerdings betont der IWF, dass die globale Erholung zwar schneller als erwartet erfolge, das Wachstum aber noch relativ fragil sei und die einzelnen Regionen sich unterschiedlich schnell erholten. Die entwickelten Volkswirtschaften erholen sich relativ langsam, Entwicklungsländer jedoch schnell.

In der Frühjahrsprognose geht der IWF davon aus, dass die weltweite Wirtschaftsleistung

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

2010 um 4,2 % und 2011 um 4,3 % wachsen wird. Dabei werden die aufstrebenden Volkswirtschaften, wie China, die höchsten Wachstumsraten verzeichnen können. Für China rechnet der IWF für 2010 dank einer starken Inlandsnachfrage mit einem Zuwachs von 10 %. Vor allem die asiatischen Staaten dürften von einer stabilen Nachfrage Chinas profitieren. Für Asien prognostiziert der IWF daher ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7 % für 2010 und 2011. Risiken für die Stabilität des globalen Finanzsystems und damit die Weltwirtschaft ergäben sich aus wachsenden Staatsschulden einiger Industrienationen sowie aus Inflation und Spekulationsblasen in einigen Entwicklungsländern.

Asien hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich besser überstanden als andere Regionen der Welt. Wachstumstreiber in Asien sind China und Indien, die praktisch ohne gravierende Einbrüche durch die Krise gekommen sind, selbst wenn China ebenso wie Südostasien einen erheblichen Teil der Exporte eingebüßt hat. China und Indien konnten ihren Nachbarn helfen, Exportausfälle in die EU und nach Amerika zumindest teilweise zu kompensieren. Allerdings haben sich die meisten Regierungen auch frühzeitig und erfolgreich mit milliardenschweren Konjunkturpaketen gegen die Krise gestemmt. In diesem Zusammenhang problematisch könnte sich aber ein Anstieg der Inflation auswirken. Dieser ist derzeit zwar moderat, allerdings warnt die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) vor einer möglichen Blasenbildung an den Immobilienmärkten Chinas und Hongkongs und fordert die Regierungen der Region daher auf, rechtzeitig geld- und fiskalpolitische Initiativen zu ergreifen und sich nicht allein auf die Inflationsbekämpfung zu konzentrieren. Notwendig sei auch eine weitere Flexibilisierung bei den Wechselkursen und die Beibehaltung der haushaltspolitischen Disziplin. Asien müsse sich rechtzeitig gegen die Gefahren künftiger Schocks wappnen. Im globalen Umfeld sieht die ADB erhebliche Risiken, die auf Asiens

Wirtschaften durchschlagen könnten. Neben dem verhaltenen Aufschwung in Europa und den USA bestehe ebenso die Gefahr schnell steigender Rohstoffpreise, anhaltender globaler Ungleichgewichte und zunehmender Schulden. Da auch Asien ins Blickfeld von Spekulanten gerate, die die Zinsdifferenz zu anderen Regionen nutzen, liege ein besonderes Risiko im Zufluss kurzfristigen Kapitals. Mögliche Maßnahmen, um diesen Risiken zu begegnen, umfassen die Stärkung der Finanzaufsicht, vorsichtige Kapitalkontrollen, mehr Flexibilität bei den Wechselkursen und eine systematische Koordinierung von Steuer-, Geld- und Wechselkurspolitik.

Im Dezember 2009 haben die ASEAN-Länder sowie Korea, Japan und China den multilateralen Vertrag zur Erweiterung der im Mai 2000 gegründeten "Chiang Mai Initiative" (CMI) zur "Chiang Mai Initiative Multilateralization" (CMIM) unterzeichnet. Nach der Ratifizierung des Abkommens durch China, Japan, Korea und weitere fünf ASEAN-Staaten ist die CMIM Ende März 2010 in Kraft getreten. Sie ersetzt die bereits bestehenden 16 "Bilateral Swap Agreements" der CMI in Höhe von 90 Mrd. US-Dollar durch ein einziges Abkommen, mit dem ein gemeinsamer Währungsreservenpool von 120 Mrd. US-Dollar eingerichtet wird. China und Japan leisten jeweils einen Beitrag von 32 %, während Korea einen Anteil von 16 % aufbringt.

Auch einige Länder Lateinamerikas haben die globale Wirtschaftskrise relativ unbeschadet überstanden. Allerdings mussten die Länder Lateinamerikas ebenfalls erhebliche Einbußen bei den Exporten verkraften. Aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seiner relativen Stabilität hat Lateinamerika an weltpolitischer Bedeutung gewonnen.

Ein Zeichen für die zunehmende Bedeutung der Schwellenländer für die Weltwirtschaft sind auch die seit einiger Zeit relativ regelmäßig stattfindenden Gipfeltreffen der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Mitte April fanden in Brasilien

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Tabelle 1: Kennzahlen ausgewählter Schwellenländer

	BIP- Wachstum (Verände- rung in % ggü. Vorjahr)	Verbraucher- preise (in %; durch- schnittlich)	Leistungs- bilanzsaldo (in % des BIP)	Ausländische Direkt- investitionen in Mrd. US-Dollar	(inkl.	sreserven Gold) JS-Dollar	Außenhand in Mrd. US-				
	2009	2009	2009	2009	2009	I/2010	Volumen	Exporte	Importe	Saldo	
Asien											
China	8,7	-0,7	5,8	90	2 399	2 447	2 207	1 202	1 005	197	
Indien	5,7	10,9	-2,1	27	283	277	399	155	244	-88	
Indonesien	4,5	4,8	2,0	11	66	72	213	117	97	20	
Korea	0,2	2,8	5,1	11	270	272	200	102	98	4	
Lateinamerika											
Argentinen	0,9	6,3	2,8	5	48	47	95	56	39	17	
Brasilien	-0,2	4,9	-1,5	25	239	244	293	153	140	13	
Mexiko	-6,5	5,3	-0,6	11	91	96	464	230	234	-5	
Osteuropa											
Russland	-7,9	11,7	3,9	18	439	447	496	303	193	111	
Ukraine	-15,1	15,9	-1,7	5	26	25	86	40	46	-6	
Sonstige											
Türkei	-4,7	6,3	-2,3	6	75	74	243	102	141	-39	

 $Quellen: Nationale \ Zentralbanken, IWFWEO\ April\ 2010, UNCTAD,\ Reuters.$

zwei interregionale Gipfeltreffen der Staatengruppen BRIC und IBSA statt, an denen die Staats- und Regierungschefs von Brasilien, China, Russland und Indien sowie bei IBSA von Indien, Brasilien und Südafrika teilnahmen.

Russland und die Ukraine sind von der Wirtschaftskrise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Russland befindet sich am Ende einer schweren Rezession. Seit dem Herbst 2009 sind die Anzeichen für eine langsame Erholung deutlicher geworden. Voraussetzung für ein Andauern des Aufwärtstrends sind allerdings anhaltend stabile Rohstoffpreise. Die Abhängigkeit insbesondere von den Ölund Gaspreisen veranlasste die Regierung, ihre Bemühungen zur Modernisierung der Wirtschaft zu intensivieren. Die ukrainische Wirtschaft konnte sich zuletzt auch dank eines IWF-Programms wieder stabilisieren, was sich sowohl in den Finanzmarktdaten (Aktienindex PFTSI, Risikoaufschläge auf Staatsanleihen) als auch in den makroökonomischen

Aussichten (abnehmende Inflation, erwartetes Wirtschaftswachstum) widerspiegelt.

2 China

Die chinesische Wirtschaft wächst nach wie vor mit einer der höchsten Wachstumsraten der Welt – nach offiziellen Angaben 2009 mit 8,7%. Nach – für chinesische Verhältnisse – eher schwachen Wachstumsraten in den ersten beiden Quartalen 2009 ist seitdem ein deutlicher Anstieg des BIP-Wachstums zu verzeichnen, getragen auch vom verstärkten inländischen Konsum. Die chinesische Regierung geht für 2010 wiederum von einem Wirtschaftswachstum von 8% aus. Die Prognosen der Internationalen Finanzinstitutionen liegen zum Teil weit über dieser Erwartung (z. B. ADB 9,6 %). Der IWF erwartet in diesem Jahr einen Zuwachs beim realen BIP von 10 % insbesondere dank einer starken Inlandsnachfrage. Nachdem die Wirtschaft bisher vor allem durch den

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Staat gestützt wurde und aufgrund von Infrastrukturaufbau wuchs, werde – so der IWF – nun vermehrt der Privatkonsum der Hauptwachstumstreiber sein. Die Förderung des Inlandskonsums, auf der Chinas Priorität liegt, solle durch verbesserten Zugang zu Finanzdienstleistungen für Kleinunternehmen und Haushalte sowie durch bessere Regierungsregelungen erfolgen. Auch verbesserte Sozialversicherungssysteme könnten dazu beitragen, das individuelle Sparen für soziale Notfälle zu verringern.

Es bestehen Befürchtungen, dass das robuste Wachstum zu erheblichem Inflationsdruck führen werde. Die Verbraucherpreise stiegen allerdings im 1. Quartal eher moderat (auf eine Jahresrate von 2,4%) an. Bisher haben der Konjunkturboom, das starke Geldmengenwachstum und die höheren Rohstoffpreise noch nicht auf die allgemeine Preisentwicklung durchgeschlagen. Daher haben Regierung und Notenbank bisher nur wenige Maßnahmen zur Drosselung des Wachstums ergriffen. Allerdings ergaben sich hohe Zuwachsraten im Immobiliensektor.

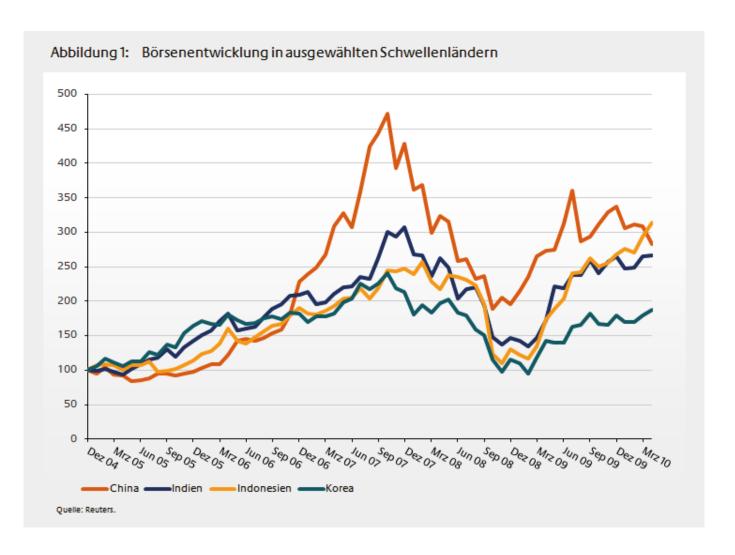
Bis Ende 2009 wurden neue auf Yuan denominierte Kredite in Höhe von insgesamt 9,6 Billionen Yuan (1,4 Billionen US-Dollar oder 29 % des BIP) ausgereicht, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr. Das Kreditvolumen im 1. Quartal 2010 lag insgesamt bei etwa 2,6 Billionen Yuan (377 Mrd. US-Dollar). Die enorm hohe Bankenkreditvergabe gilt als eine der Hauptursachen dafür, dass Chinas Wachstum auch während der Finanzkrise so robust ausfiel. Im Januar und Februar 2010 hat die chinesische Zentralbank daher die Mindestreserveverpflichtung für die großen Geschäftsbanken um jeweils 50 Basispunkte auf 16,5 % und für kleine Finanzinstitute auf 14,5 % angehoben; für ländliche Kreditkooperativen und ländliche Banken blieb die Anforderung unverändert bei 13 %. Mit dieser Maßnahme sollten jeweils rund 40 Mrd. US-Dollar an Liquidität dem Markt entzogen werden. Ziel ist es, die Inflationserwartungen zu dämpfen und einen erneuten Ausleiheboom zu vermeiden. Für

Mai hat die Zentralbank bereits eine weitere Erhöhung der Mindestreserveverpflichtung um 50 Basispunkte angekündigt. Außerdem hat die chinesische Bankenaufsicht die Kreditquoten für die Geschäftsbanken stark eingeschränkt.

Der chinesische Aktienmarkt verzeichnete 2009 – nach den starken Einbrüchen im Vorjahr – wieder einen deutlichen Anstieg (+79%), konnte aber nur das Niveau des 2. Quartals 2008 wieder erreichen. Vom seinem Höchststand von Mitte Oktober 2007 mit über 6 000 Punkten war der Shanghai Composite damit noch weit entfernt. Seit Anfang dieses Jahres hat der chinesische Aktienmarkt bis Ende April wieder Verluste von mehr als 12 % hinnehmen müssen. Dies dürfte auch durch weitere Regulierungsmaßnahmen der Regierung für den Immobiliensektor zur Bekämpfungen der Spekulation und durch die Einschränkung des Kreditvolumens bedingt sein. Unter anderem können Banken künftig die Vergabe von weiteren Hypotheken an Wohnungsbesitzer verweigern, die bereits zwei oder mehr Immobilien besitzen. Lokale Regierungen können künftig auch die Zahl von Wohnungen begrenzen, die Investoren in einem bestimmten Zeitraum kaufen können. Die Risikoaufschläge für chinesische Staatsanleihen haben sich von Jahresanfang bis Ende April etwa halbiert und weisen das geringste Niveau der Schwellenländer auf.

Nachdem die von der Zentralbank gesteuerte Aufwertung der Landeswährung Yuan gegenüber dem US-Dollar de facto seit August 2008 zum Stillstand gekommen ist, wird China immer wieder mit Forderungen nach einer Flexibilisierung des Wechselkurses und einer Aufwertung des Yuan konfrontiert. Die chinesische Regierung weist indes darauf hin, dass zunächst die Reformen des chinesischen Finanzsystems abgeschlossen sein müssen, bevor eine Flexibilisierung erfolgen könne. Durch die Interventionen der Zentralbank war ein weiterer Anstieg der Währungsreserven auf 2 339 Mrd. US-Dollar (49 % des BIP; seit Februar 2008 die höchsten weltweit) zu

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



verzeichnen. Dieser Trend wird sich auch 2010 weiter fortsetzen.

Der chinesische Außenhandel musste 2009 zwar, wie viele asiatische Länder, starke Exporteinbußen hinnehmen, konnte aber immer noch mit einem Überschuss von 196 Mrd. US-Dollar (4 % des BIP) abschließen. Die steigende Inlandsnachfrage schlägt sich aber auch in der chinesischen Handelsbilanz nieder. So zogen die Importe im März 2010 gegenüber dem Vorjahr um 66 % an. Auch die Exporte zeigten sich stark erholt, wobei der Anstieg mit "nur" 29% vergleichsweise gering ausfiel und China erstmals seit sechs Jahren wieder ein Handelsdefizit von 7 Mrd. US-Dollar einbrachte. Zusätzliche Impulse für den Handel (insbesondere Importseite) dürften auch aus dem am 1. Januar des Jahres in Kraft getretenen Freihandelsabkommen zwischen

China und weiteren ASEAN-Mitgliedern erwachsen.

Obwohl weltweit die ausländischen Direktinvestitionen 2009 um rund ein Drittel einbrachen, konnte China nahezu das Vorjahresniveau erreichen und hatte nur einen minimalen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen (ohne Finanzinvestitionen) von knapp 3 % auf 90 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen. Im 1. Quartal 2010 sind wiederum hohe Zuflüsse zu verzeichnen (+7% über Vorjahresniveau), so dass in diesem Jahr ein neues Rekordergebnis möglich erscheint. Interessant ist auch die Entwicklung der chinesischen Auslandsinvestitionen. Nach offiziellen Angaben sind chinesische Investitionen von gut 43 Mrd. US-Dollar (ohne Finanzsektor) ins Ausland geflossen, etwas mehr als im Vorjahr.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

3 Indien

Die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens konnte die Auswirkungen der Krise im abgelaufenen Fiskaljahr (1. April 2009 bis 31. März 2010) relativ gut abfedern und ist eine der führenden Volkswirtschaften bei der globalen Erholung. Für 2009/2010 geht die Regierung von einem realen BIP-Wachstum von 7,2% aus. Damit wurde das im Rahmen des elften Fünfjahresplans (2007/2008 bis 2011/2012) festgelegte durchschnittliche Wachstumsziel von 8% in diesem Haushaltsjahr zwar deutlich unterschritten. Im internationalen Vergleich belegt Indien aber einen Spitzenplatz unter den wachstumsstärksten Regionen der Welt.

Die Regierung hatte 2009 konjunkturstimulierende Maßnahmen im Umfang von rund 3 % des BIP ergriffen. Als Folge ist das zentralstaatliche Fiskaldefizit im Haushaltsjahr 2009/2010 auf 6,7% stark angestiegen, und der fiskalpolitische Spielraum für die Regierung wird immer kleiner. Das gesamtstaatliche Defizit (Zentralregierung und Unionsstaaten) lag im Haushaltsjahr 2009/2010 bei mehr als 10 %. Gemäß der rollierenden mittelfristigen Finanzplanung wird von der Zentralregierung ein Budgetdefizit von 5,5 % für die Jahre 2010/2011, 4,8 % für 2011/2012 und 4,1 % für 2012/2013 angestrebt.

Dabei muss die indische Regierung drei wesentlichen, mit einander verbundenen mittel- bis langfristigen Herausforderungen begegnen: konsequente Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, um das zentralstaatliche Defizit nach Abklingen der Wirtschaftskrise wieder zurückzuführen, und damit einhergehend partielle Rücknahme der in diesem Kontext eingeführten Konjunkturstimuli (Exit-Strategie). Zudem schnelle Rückkehr zu einem Wachstum von 9% (und längerfristig Übergang zu zweistelligem Wachstum), von dem alle Bevölkerungsgruppen profitieren (inclusive growth) und die Verbesserung der Governance, damit staatliche Güter und Dienstleistungen

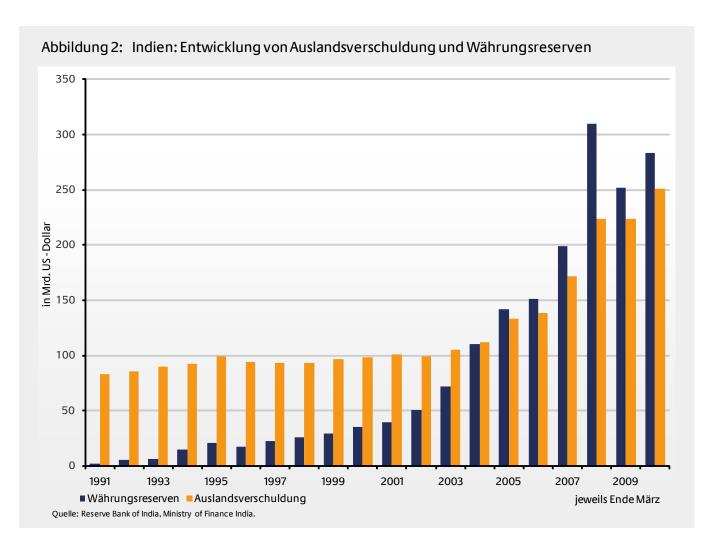
besser und schneller bereitgestellt werden können.

Zur Finanzierung des Haushalts setzt die Regierung im Wesentlichen auf die Verbesserung der Steuereinnahmen (Erhöhung der Gesamtsteuerlast) und Sondereinnahmen (z. B. aus Privatisierungen und Versteigerungserlösen von Telekommunikationslizenzen). Bei der steuerlichen Komponente ist neben der Erhöhung der Gesamtsteuerlast ein deutliches Umschwenken von den direkten zu den indirekten Steuern zu erkennen. Insbesondere Verbrauchsteuern sollen erhöht werden. Im Gegenzug werden Privathaushalte bei den Einkommensteuern entlastet.

Zur Unterstützung der von der Regierung eingeführten stimulierenden Konjunkturmaßnahmen hatte die indische Zentralbank (Reserve Bank of India – RBI) von Oktober 2008 bis April 2009 die Leitzinsen und die Mindestreserveanforderungen an Geschäftsbanken in mehreren Schritten reduziert. Im Zuge des Anstiegs der Inflationsrate seit Ende 2009 sah sich die Zentralbank allerdings gezwungen, die Mindestreserveverpflichtung der Geschäftsbanken in drei Schritten um insgesamt 100 Basispunkte auf 6 % zu erhöhen. Außerdem hat sie im März und April sowohl den Einlagenzins auf 3,75 % und den Repo-Zinssatz, zu dem sie Geschäftsbanken Geld leiht, auf 5,25 % angehoben (jeweils 25 Basispunkte), um geldpolitisch auf die Bremse zu treten und einer möglichen Überhitzung der Wirtschaft vorzubeugen.

Der indische Aktienmarkt konnte 2009 erhebliche Kursgewinne (+75 % gemessen am Bombay Stock Exchange Sensitive Index – SENEX) auf rund 17 500 Punkte verzeichnen. Bis Ende April 2010 setzte sich diese Tendenz aber nicht fort – der SENSEX tritt eher auf der Stelle. Von seinem Höchststand im Januar 2008 von über 21 000 Punkten ist er noch relativ weit entfernt. Die indische Währung (Rupie), die teilweise konvertibel ist, hat seit März 2009 gegenüber dem US-Dollar um 12 % aufgewertet.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Auch aufgrund der Stützungskäufe der RBI kam es bis Mai 2008 zu einem massiven Anstieg der Währungsreserven auf einen Höchstwert von mehr als 300 Mrd. US-Dollar, Bis Februar 2009 sanken sie um mehr als 25 % und konnten dann bis November 2009 wieder ansteigen. Sie liegen heute etwa auf dem Niveau von November 2009. Die indischen Devisenreserven, die 1991 gerade mal 1 Mrd. US-Dollar betrugen, decken heute die Einfuhren für etwa zehn Monate. Die Devisenreserven dienen auch zur Absicherung gegen Finanzkrisen wie die Asienkrise 1997/98, bei der einige asiatische Volkswirtschaften wegen fehlender Devisenreserven nicht steuernd eingreifen konnten.

Die indische Auslandsverschuldung steigt allerdings kontinuierlich an. Im Dezember 2009 erreichte sie ein Volumen von 251 Mrd. US-Dollar. Im März 2009 lag die Auslandsverschuldung bei 20,5 % des BIP. Die Schuldenstruktur ist mit einem geringen Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten (18 %) vorteilhaft. Der Anteil des Staates an der Auslandsverschuldung hat sich seit 1998 verringert und liegt bei knapp 27 %. Die Auslandsschulden des Staates betragen etwa 5,1% des BIP.

Im Zeitraum von April 2009 bis Februar 2010 flossen ausländische Direktinvestitionen von 33 Mrd. US-Dollar nach Indien. Sie dürften daher bis zum Ende des Fiskaljahres etwa das Vorjahresniveau erreicht haben. Auch indische Direktinvestitionen im Ausland haben sich in den vergangenen Jahren enorm erhöht. Allerdings war aufgrund der globalen Krise ein Rückgang indischer Auslandsinvestitionen zu verzeichnen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

4 Korea

Dem Land gelang es 2009, die allseits erwartete wirtschaftliche Kontraktion zu vermeiden – auf Jahressicht war letztlich ein minimales Wirtschaftswachstum von 0,2 % des BIP zu verzeichnen. Nachdem das BIP im letzten Quartal 2008 sowie in den ersten beiden Quartalen 2009 zum Teil massiv geschrumpft war, wirkten sich hier ab dem 3. Quartal die fiskalen Anreize und die anziehende globale Wirtschaftsentwicklung positiv für die stark exportorientierte Volkswirtschaft aus. Die Aussichten der koreanischen Wirtschaft für 2010 werden von regionalen und internationalen Organisationen durchweg positiv beurteilt (IWF: +4,6 %, ADB: 5,2 %).

Angesichts der Entwicklung behielt die koreanische Zentralbank ihre lockere Geldpolitik bei. Der Leitzins, der im Februar 2009 auf einen historischen Tiefststand von 2% gesenkt wurde, blieb auch unter dem neuen, seit 1. April 2010 amtierenden Zentralbankgouverneur Kim Choong-soo unverändert. Die Zentralbank sieht derzeit eine Anhebung des Leitzinses noch als zu früh an, da das Risiko einer Immobilienblase begrenzt sei und sich zudem durch andere Maßnahmen. wie verbesserte Kreditkontrolle, besser eindämmen lasse als durch Zinsschritte. Diese seien aber auch mit dem das Risiko verbunden, die Konjunktur abzuwürgen. Ungeachtet der gegenwärtigen Niedrigzinspolitik stieg der Verbraucherpreisindex im März im Vergleich zum Vorjahr nur um 2,3 % – so langsam wie seit fünf Monaten nicht mehr.

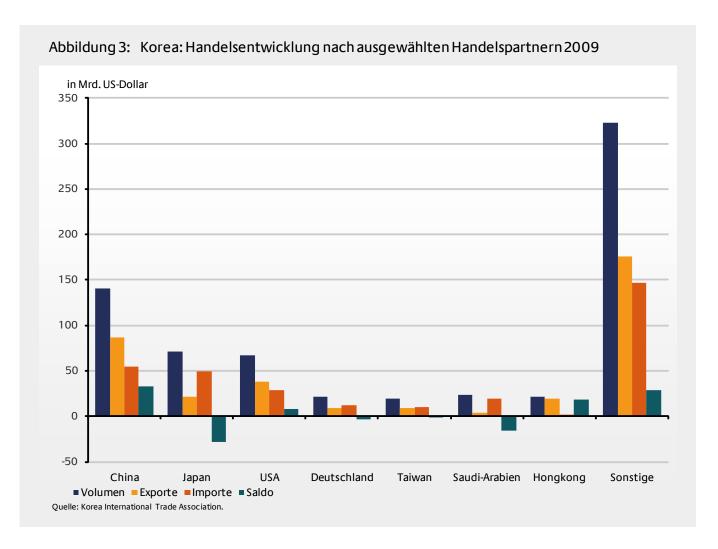
Auch der koreanische Staatshaushalt hat sich relativ günstig entwickelt. So lag das Haushaltsdefizit 2009 bei lediglich 1,8 % des BIP (das viertkleinste aller OECD-Mitgliedstaaten). Die koreanische Staatsverschuldung belief sich Ende 2009 auf 360 Billionen Won und lag damit bei 33,8 % des BIP – unter den G20-Staaten beläuft sich die durchschnittliche Staatsverschuldung 2009 auf 75 % des BIP. Für 2010 wird ein leichter Haushaltsüberschuss erwartet.

Die koreanischen Finanzmärkte, die die internationale Finanzkrise insbesondere 2008 heftig zu spüren bekommen hatten, konnten 2009 wieder deutliche Wertzuwächse verbuchen. So war am Aktienmarkt 2009 ein Kursgewinn von knapp 50 % zu verzeichnen. Auch 2010 setzte sich die steigende Tendenz bis Ende April fort – wenn auch deutlich langsamer (+ 3,5 %).

Seit mehreren Monaten wertet die koreanische Währung gegenüber den Leitwährungen (US-Dollar, Euro, Yen) auf. Gegenüber dem US-Dollar hat der Won mehr als 4% seit Jahresanfang 2010 aufgewertet, gegenüber dem Euro um mehr als 12 %. Im Jahr 2009 betrug die Aufwertung 8 % gegenüber dem US-Dollar, gegenüber dem Euro konnte der Won einen Wertzuwachs von fast 6 % verbuchen. Die Währungsreserven sind 2009 gegenüber dem Vorjahr um 35% auf rund 270 Mrd. US-Dollar (über 30 % des BIP) angestiegen. Die Zunahme der Währungsreserven dürfte vor allem auf den kontinuierlich gestiegenen Leistungsbilanzüberschuss (5,1% des BIP oder knapp 43 Mrd. US-Dollar) und ausländische Investitionen zurückzuführen sein. 2010 erfolgte bisher nur ein leichter Anstieg der Währungsreserven, was auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass im Januar erstmals seit einem Jahr wieder ein Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen war. Die koreanischen Währungsreserven sind weiterhin die sechsthöchsten der Welt.

2009 konnte Korea nach einem Handelsdefizit im Jahr 2008 wieder einen Rekordüberschuss im Außenhandel erzielen, wobei aber das Außenhandelsvolumen um rund 20% auf 687 Mrd. US-Dollar zurückging. Zwar sanken die Exporte um 13,9% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, aber die Importe gingen noch stärker (- 25,8%) zurück, sodass sich letztendlich ein Überschuss von knapp 41 Mrd. US-Dollar ergab. Seit Anfang dieses Jahres zeigen sich sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen wieder deutliche Zuwächse (+ 36,6% beziehungsweise 37,2%). Wichtigste Außenhandelspartner Koreas sind

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



China, gefolgt von Japan und den USA, Saudi-Arabien, Hongkong und Deutschland.

Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen lag 2009 mit 11,5 Mrd. US-Dollar leicht über dem Niveau des Vorjahres. Im 1. Quartal 2010 war jedoch ein Rückgang der FDI gegenüber dem Vorjahreszeitraum um über 8 % zu verzeichnen, wobei insbesondere der Rückgang der Investitionen aus den USA (- 90 %) und Japan (- 57 %) zu Buche schlug. Im Gegensatz dazu war ein Anstieg der Investitionen aus dem Mittleren Osten (+ 877 %), Chinas (401 %) und der EU (+ 60 %) zu verzeichnen.

Mitte April hat die internationale Ratingagentur Moody's ihre Einschätzung zur Kreditwürdigkeit Südkoreas von A2 auf A1 angehoben. Die Gründe dafür seien eine schnelle Erholung der Wirtschaft, schnelle Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, gesunde Finanzstruktur, verbesserte finanzielle Lage der Geldinstitute u.a.

5 Indonesien

Die indonesische Wirtschaft hat sich angesichts der globalen Finanzkrise als relativ robust erwiesen. Das Wirtschaftswachstum von 4½% im Jahr 2009 – das dritthöchste aller G20-Länder nach China und Indien – wurde insbesondere durch starken privaten Konsum und kräftige Staatsnachfrage getragen, die von den zusätzlichen Ausgaben und Steuersenkungen als Teil der konjunkturellen Maßnahmen begünstigt wurden.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Die Konjunkturmaßnahmen 2009 umfassten überwiegend Steuersenkungen, die bereits vor dem Ausbruch der Krise geplant waren, und betrugen 1,1% des BIP. Für 2010 wird Indonesien nochmals 0,3% des BIP zur Stimulierung aufwenden; gespeist überwiegend durch die Senkung der Unternehmensbesteuerung, die ebenfalls schon vor Krisenausbruch in der Pipeline war. Dennoch dürfte die öffentliche Verschuldung unter 30% des BIP bleiben.

Das nominale BIP erreichte fast die 600 - Mrd. - US-Dollar-Grenze, und das Pro-Kopf-Einkommen stieg aufgrund des günstigen Wechselkurses um 14 % auf 2 590 US-Dollar. Für 2010 erwartet die Regierung einen BIP-Zuwachs von 5,5 %. Die Konjunktur soll zunehmend von Investitionen getragen werden, die gegenüber 2009 real um 7,2 % steigen sollen.

Die sowohl in Indonesien als auch in der internationalen Finanzwelt hoch angesehene seit 2005 amtierende indonesische Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati wechselt mit Wirkung zum 1. Juni als Managing Director zur Weltbank. Der Wechsel kam relativ überraschend und könnte sich möglicherweise negativ auf die überaus erfolgreiche finanzpolitische Entwicklung in Indonesien auswirken.

Die indonesische Notenbank (Bank Indonesia) hatte von Dezember 2008 bis August 2009 den Leitzins in mehreren Schritten um 300 Basispunkte auf 6,5 % reduziert, um die Auswirkungen der weltweiten Wachstumsschwäche auf die indonesische Wirtschaft zu begrenzen. Aufgrund des nachlassenden Inflationsdrucks waren die Zinssenkungen möglich. Seit 2009 sind

98

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

keine weiteren Zinssenkungen erfolgt. Die durchschnittliche Inflationsrate lag 2009 bei circa 2,8% – bei einem Inflationsziel von 4,5% (mit Korridor von +/-1%). Die Bank Indonesia geht derzeit davon aus, dass die Inflationsrate auch 2010 und 2011 innerhalb des Zielkorridors liegen wird.

Die indonesischen Finanzmärkte haben sich positiv entwickelt. Der indonesische Aktienmarkt konnte 2009 um rund 87% an Wert zulegen und damit den Verlust aus dem Jahr 2008 deutlich wettmachen. Auch 2010 hält die Kurssteigerung des Jakarta Composite unvermindert an. Bis Ende April 2010 war ein Wertzuwachs von über 16% seit Jahresanfang auf fast 2 000 Punkte zu verzeichnen. Die Risikoaufschläge für indonesische Staatsanleihen sind seit Jahresbeginn rückläufig und lagen Ende April bei 205 Punkten.

Die Währungsreserven Indonesiens erhöhten sich im März 2010 auf ein Rekordniveau von knapp 72 Mrd. US-Dollar. Sie decken derzeit den Import und Auslandsschuldendienst des Landes für knapp sechs Monate. Wegen der vergleichsweise hohen Zinsen und niedrigen Inflation erscheinen Anlagen in indonesischen Wertpapieren zunehmend attraktiv. Der vermehrte Kapitalimport führt auch zu einer Stärkung der Landeswährung, die Anfang April ihren höchsten Außenwert gegenüber dem US-Dollar seit zweieinhalb Jahren erreichte. Die Regierung strebt bis zum Jahr 2014 eine Anhebung der Devisenreserven auf ein Niveau von rund 100 Mrd. US-Dollar an.

Indonesiens Importe sind infolge der globalen Rezession 2009 um etwa 25 % auf knapp 97 Mrd. US-Dollar geschrumpft, während die Exporte nur um 15 % auf knapp 117 Mrd. US-Dollar einbrachen. Der Handelsbilanzüberschuss ist dadurch um 151% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Japan bleibt nach wie vor größter Abnehmer indonesischer Produkte vor den USA, China und Singapur. Ungeachtet der gegen Jahresende deutlich gesteigerten Exportaktivitäten bleibt die Regierung bei

ihrer "konservativen" Prognose von etwa 5 % Ausfuhrwachstum für 2010.

Die ausländischen Direktinvestitionen gingen 2009 infolge der globalen Wirtschaftskrise gegenüber 2008 um durchschnittlich 27% auf knapp 11 Mrd. US-Dollar zurück. Etwa 40% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen kamen aus Singapur, gefolgt von den Niederlanden (11%), Japan (gut 6%), Südkorea (knapp 6%) und Großbritannien (5,4%).

6 Russland

Russland wurde 2008/09 deutlich schwerer als andere Schwellenländer von der Wirtschaftsund Finanzkrise getroffen. Maßgeblich waren insbesondere die mit 67 % Exportanteil von Öl und Gas große Abhängigkeit von Rohstoffexporten bei raschem Preisverfall sowie der Abzug ausländischen Kapitals in der Krise. Im 1. Halbjahr 2009 sank das BIP um 10,2 %, im Gesamtjahr um 7,9 %.

Die Gegenmaßnahmen der Regierung begannen im Herbst 2008 mit Liquiditätszuführungen in den Finanzsektor im Zusammenwirken mit der Zentralbank und verlagerten sich sodann in die Realwirtschaft. Im Haushalt 2010 sind nach zuvor rund 5 % des BIP noch 3,3 % des BIP für Antikrisenmaßnahmen veranschlagt. Davon profitieren stark betroffene Wirtschaftszweige wie der von einem mehr als 50 %igen Absatzeinbruch betroffene Automobilbau und Regionen mit einseitiger und deswegen anfälliger Wirtschaftsstruktur. Die Zahl der notleidenden Kredite hat bislang nicht in dem befürchteten Maße zugenommen. Für die Rekapitalisierung von Banken stehen noch umgerechnet 3,4 Mrd. € Haushaltsmittel bereit.

Heute befindet sich die russische Wirtschaft wieder im Aufwärtstrend. Mit der Erholung der Rohstoffpreise seit dem 2. Quartal 2009, insbesondere der Stabilisierung des Ölpreises um die Marke von 80 US-Dollar/ Barrel, begann eine langsame Erholung

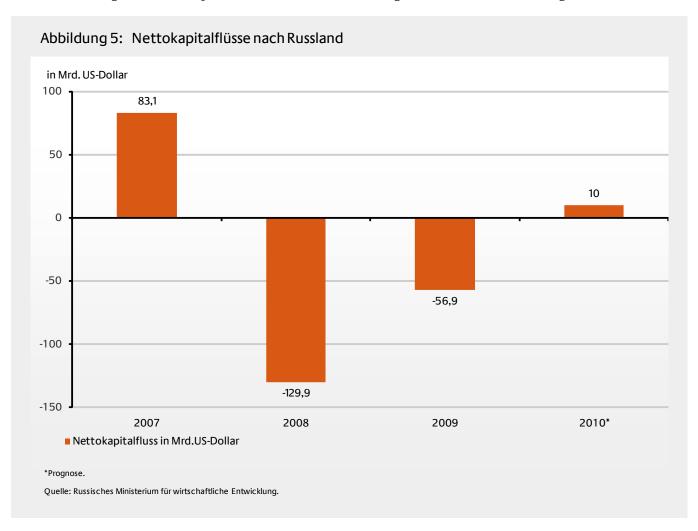
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

auf zunächst niedrigem Niveau. Für 2010 und 2011 prognostiziert der IWF 4,0 % beziehungsweise 3,3 % Wachstum, was um etwa die Hälfte unter den Werten der Vorkrisenjahre liegt.

Die Inflation ging im Zuge der Finanzkrise von 14,1% auf 8,8% am Jahresende 2009 zurück. Die disinflationäre Entwicklung setzt sich fort und erlaubt der Zentralbank die beschriebenen Zinssenkungen zur Unterstützung der Realwirtschaft. Dennoch ist die Volatilität der Zinssätze als solche ein ernstes Hindernis für langfristige Rubelfinanzierungen und damit für die Entwicklung des russischen Finanzsektors geblieben.

In der Krise fiel der Rubel gegenüber dem US-Dollar um bis zu 46 %. Seitdem wieder steigende Rohstoffpreise wie auch frische Kapitalzuflüsse erzeugen neuen Aufwertungsdruck; derzeit bewegt sich der Rubel bei nur noch 14% des Vorkrisenstands. Die Zentralbank wirkt einem raschen Zufluss von als spekulativ wahrgenommenem Kapital durch Zinssenkungen (500 Basispunkte in dreizehn Schritten seit Ende 2008 auf aktuell 8,0%), Interventionen am Devisenmarkt und "soft measures" wie z. B. die Erhöhung der Reserveverpflichtungen bei Devisengeschäften entgegen. Ihre Geldpolitik ist etwas flexibler geworden, wird aber noch von dem Ziel der Wechselkurssteuerung bestimmt und ist nicht primär auf die Steuerung der Inflation ausgerichtet.

Die Währungsreserven Russlands verfünffachten sich zwischen 2005 und 2008 auf 600 Mrd. US-Dollar. Ungeachtet fortgesetzter Interventionen zugunsten



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

des Rubelkurses in der Krise und des zwischenzeitlichen Absinkens auf etwa 380 Mrd. US-Dollar sind dies nach wie vor die drittgrößten Reserven weltweit. Seit der Abwertung des Rubels im Winter 2009 erfolgt mit den zunehmenden Kapitalzuflüssen ein neuerlicher, kontinuierlicher Aufbau der Reserven auf gegenwärtig 447 Mrd. US-Dollar. Davon befinden sich etwa 160 Mrd. US-Dollar in den staatlichen Reserve- beziehungsweise Nationalen Wohlfahrtsfonds, die in den Boomjahren eigens mit dem Ziel des Ausgleichs von schwankenden Exporteinnahmen beziehungsweise der Finanzierung von Zukunftsinvestitionen geschaffen worden waren.

Die aus den Haushaltsüberschüssen der vorangegangenen Jahre gespeisten Reserveund Nationalen Wohlfahrtsfonds erlaubten die Finanzierung des massiven antizyklischen Stimulusprogramms 2008/09 ohne Rückgriff auf internationale Finanzhilfen. Auch das 5,9 %ige Haushaltsdefizit 2009 wurde im Wesentlichen aus dem Reservefonds finanziert. Die Regierung erhöhte in der Krise prioritär die Sozialausgaben. Das Haushaltsdefizit für 2010 wird vom russischen Finanzministerium auf 7,2 % geschätzt, allerdings auf Basis eines mit 58 US-Dollar/ Barrel recht zurückhaltend geschätzten Ölpreises. 2011 und 2012 soll das Defizit auf 4% beziehungsweise 3% sinken. Dazu sollen auch Einnahmen aus einer neuen Privatisierungsinitiative mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastruktur beitragen. Am 22. April 2010 verlief die erste Platzierung an den internationalen Märkten seit 1998 erfolgreich, Russland begab Staatsanleihen für 5,5 Mrd. US-Dollar. Bei sinkenden Rubelzinsen möchte das Finanzministerium jedoch einstweilen Anleihen auf dem Inlandsmarkt den Vorzug geben.

Nach jahrelangem Abbau beträgt die Auslandsverschuldung nur noch 38 % des BIP. Sie besteht in erster Linie aus bis 2008 im kurzfristigen Bereich aufgebauten Schulden der Banken und Unternehmen. Die staatlichen Unterstützungsleistungen in der Krise erleichterten die fristgerechte Rückzahlung oder zumindest geordnete Restrukturierung der meisten Verbindlichkeiten. Der Staat selbst ist nur mit etwa 10 % des BIP verschuldet. Die Risikoaufschläge im Verhältnis zu US-Staatsanleihen bewegen sich nach ganz erheblichen Aufschlägen von um die 900 Basispunkte auf dem Höhepunkt der Krise wieder auf einem ähnlichen Niveau wie bei anderen großen Schwellenländern, zur Zeit stehen sie bei 200 Basispunkten.

Die seit der begonnenen Stabilisierung der Finanzmärkte befürchtete "zweite Welle" der Finanzkrise ist bislang ausgeblieben. Ungeachtet massiver Umsatzrückgänge in Teilen des Realsektors, z.B. in der Automobilindustrie, und eines Anstiegs der notleidenden Kredite konnten die wichtigen Banken sich durchweg behaupten. Zu einer spürbaren Konsolidierung des aus mehr als 1000 Instituten bestehenden Bankensektors ist es bislang nicht gekommen. Zuletzt stiegen die Bankeinlagen wieder im Zuge der rückläufigen Inflation. Im Kreditgeschäft blieben die Banken dennoch zunächst zögerlich. Die Regierung versuchte, die staatlichen wie die privaten Banken durch Anreize und Ermahnungen zu bewegen, mehr von der erhaltenen Unterstützung an den Realsektor weiterzureichen. Seit Februar ist jetzt zu beobachten, dass russische Banken bislang in Euro oder US-Dollar gehaltene Auslandsanlagen repatriieren, was nicht nur mit dem stärkeren Rubel, sondern auch mit höheren Erwartungen an den russischen Kreditmarkt zusammenhängen könnte.

7 Ukraine

Wiktor Janukowitsch setzte sich in den Präsidentschaftswahlen am 17. Januar und 7. Februar 2010 gegen seinen Amtsvorgänger Wiktor Juschtschenko und in der Stichwahl auch knapp gegen die bisherige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko durch und wurde am 25. Februar neuer Präsident der Ukraine.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Die Ukraine wurde von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise besonders stark getroffen. Das BIP ist 2009 um 15,1% eingebrochen. Die Inflationsrate konnte von 25 % Ende 2008 auf knapp 16 % Ende 2009 eingedämmt werden. Die Auslandsverschuldung der Ukraine lag nach Angaben der ukrainischen Nationalbank zum 1. Januar 2010 bei knapp 104 Mrd. US-Dollar und war damit geringfügig gegenüber dem 3. Quartal 2009 gesunken. Am 27. April wurde der Haushalt 2010 mit 245 von 450 Stimmen im Parlament verabschiedet. Er geht von einem Wirtschaftswachstum von 3,7% und einer Inflationsrate von 13.1% aus. Das Haushaltsdefizit soll dabei 5,3 % des BIP betragen.

Der IWF hat die Ukraine in der Wirtschaftskrise mit einem Unterstützungskredit von 16,4 Mrd. US-Dollar unterstützt, davon waren bis Ende 2009 drei Tranchen ausbezahlt worden. Das Programm wurde vor der Präsidentschaftswahl im Januar ausgesetzt. Der IWF verlangt Klarheit über die Erfüllung der vorgegebenen Auflagen (vor allem restriktive Fiskalpolitik und Sanierung des defizitären Energiekonzerns Naftogas), die aufgrund der innenpolitischen Situation in der Ukraine nicht erfüllt wurden. Die neue Regierung hat gegenüber dem IWF angedeutet, dass sie ein neues Programm bevorzugen würde. Dementsprechend wurden jetzt Verhandlungen aufgenommen. Entscheidend werden ausreichende Fortschritte bei der Reduzierung des Haushaltsdefizits auf ein nachhaltiges Niveau

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

sein. Ein bedeutender Erfolg in dieser Hinsicht besteht in einem energiewirtschaftlichmilitärpolitischen Abkommen mit Russland, das in der Ukraine innenpolitisch höchst umstritten ist, ihr aber zu einem 30 %igen Rabatt bei russischen Gaslieferungen verhilft. In der Folge könnte es auch zu Verhandlungen über eine russische Beteiligung am ukrainischen Gastransitnetz kommen. Demgegenüber hält die ukrainische Regierung an der Subventionierung der Gaspreise fest und hat auch ihre Ankündigungen von substanziellen Gehaltsund Rentenerhöhungen umgesetzt.

An den Finanzmärkten war in den vergangenen Monaten eine erhebliche Erholung spürbar. Der Aktienmarkt konnte wieder einen kräftigen Wertzuwachs verzeichnen – der ukrainische Index PFTSI stieg seit Jahresbeginn 2010 bis Ende April um 75 %. Die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen (Spreads) sinken seit Anfang 2010, von einem extrem hohen Niveau Anfang 2009 kommend, weiter und halbierten sich bis Ende April nahezu auf knapp 500 Basispunkte.

8 Argentinien

Nach offiziellen Angaben konnte Argentinien im vergangenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,9 % verzeichnen und musste damit die niedrigste Wachstumsrate seit Ende der Rezession im Jahre 2003 verkraften.

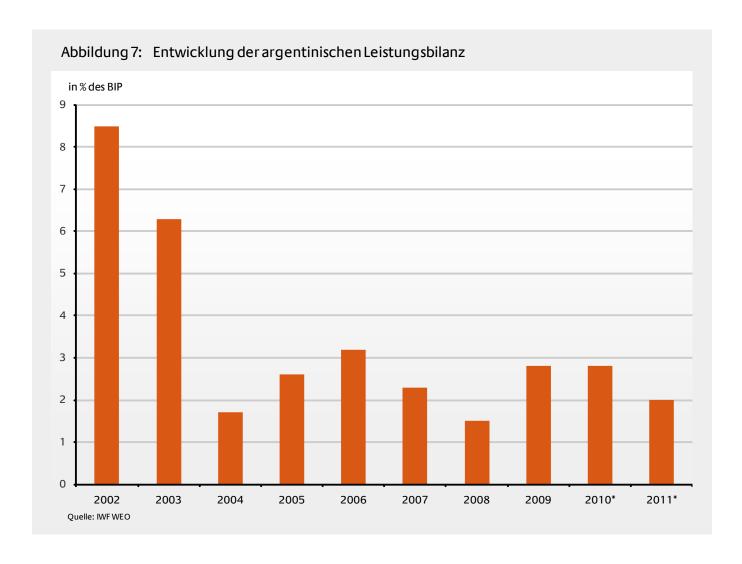
Bedingt durch die expansive Haushaltspolitik der Regierung hat sich die Finanzlage des Staates 2009 weiter verschlechtert. Die öffentlichen Ausgaben stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 30%, während die laufenden Einnahmen nur um 19% zulegten. Der Primärüberschuss belief sich im vergangenen Jahr auf nur noch 4,5 Mrd. US-Dollar. Berücksichtigt man die Schuldendienstzahlungen, ergab sich ein Fehlbetrag von 0,5% des BIP. 2008 hatte der argentinische Haushalt mit einem Überschuss abgeschlossen. Im internationalen Vergleich

ist das Defizit im Staatshaushalt zwar relativ gering, da Argentinien aber keinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt hat, könnte aber auch ein geringes Defizit zu einem Problem werden.

Infolge der sich zunehmend verschlechternden Lage der öffentlichen Finanzen in Argentinien sowie des hohen staatlichen Refinanzierungsbedarfs im Jahr 2010 (dieser beläuft sich nach Schätzungen des argentinischen Wirtschaftsministeriums auf 19 Mrd. US-Dollar) bemüht sich die Regierung, eine Rückkehr an die internationalen Finanzmärkte vorzubereiten. Um wieder Zugang zu den internationalen Finanzmärkten zu erlangen, muss die argentinische Regierung allerdings zunächst das Holdout-Problem lösen. Argentinien hatte in einer ersten Umschuldungsaktion im Juni 2005 rund 76 % des Volumens ausstehender Anleihen privater Schuldner umgetauscht. Anleihegläubiger mit einem Forderungsvolumen von rund 25 Mrd. US-Dollar haben an dieser Umschuldungsaktion nicht teilgenommen. Nachdem sowohl die amerikanischen als auch die europäischen Aufsichtsbehörden einem neuen Umschuldungsangebot der argentinischen Regierung offiziell zugestimmt haben, wurde das Angebot an die Gläubiger Anfang Mai formell eröffnet. Bedingt durch die Krise Griechenlands dürften sich allerdings auch die Marktbedingungen für Argentinien eingetrübt haben. Es dürfte daher fraglich sein, ob die von der Regierung erwartete Beteiligung von 60 % bis 70 % der "Holdouts" erreicht werden kann.

Nach heftigen juristischen und innenpolitischen Auseinandersetzungen in diesen Zusammenhang hatte Präsidentin Cristina Kirchner Anfang 2010 Zentralbankpräsident Martin Retrado wegen seiner Weigerung, Devisenreserven zur Schuldenbedienung freizugeben, entlassen und im Februar Mercedes Marcó del Pont, eine enge Vertraute, als neue Präsidentin der Zentralbank nominiert. Diese wurde Mitte April vom Senat bestätigt.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Eine Änderung der expansiven Haushaltspolitik ist vor dem Hintergrund der im kommenden Jahr anstehenden Wahlen nicht zu erwarten. Dies dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung des Preisniveaus bleiben. Die tatsächliche Preissteigerungsrate 2009, die nach Angaben der staatlichen Statistikbehörde bei 6,3% lag, dürfte nach Schätzungen privater Analysten bei 20 % liegen. Im März 2010 sind die Konsumentenpreise nach offiziellen Angaben um 1,1% angestiegen. Danach läge die Jahresrate der Inflation offiziell bei 9,7%. Allerdings besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der offiziellen Preissteigerungsrate und den Schätzungen privater Analysten. Nach Schätzungen von Marktbeobachtern sind die Konsumentenpreise im März um 6 % gestiegen,

die Jahresinflation wird derzeit auf 30 % geschätzt.

Für das Gesamtjahr ergibt sich ein Leistungsbilanzüberschuss von 2,8 % des BIP (Vorjahr 1,5 % des BIP), bedingt durch den Rekordüberschuss im Außenhandel (17 Mrd. US-Dollar, +28,9 % gegenüber Vorjahr). 2009 gingen die Importe gegenüber dem Vorjahr deutlich um 32% zurück, während die Exporte (55 % aller Ausfuhren sind Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel) nur um 20 % sanken. Diese Entwicklung wurde von der Regierung durch diverse Importbeschränkungen beeinflusst. Die wichtigsten Handelspartner Argentiniens waren 2009 unverändert der Mercosur (neben Argentinien Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) und Asien (vornehmlich

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

China), gefolgt von der EU und der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA.

9 Brasilien

In Brasilien werden im Oktober 2010 Präsidentschaftswahlen stattfinden. Da Präsident Lula da Silva aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren kann, bleibt der weitere wirtschaftspolitische Kurs des Landes abzuwarten.

Brasilien hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise rascher und mit geringeren volkswirtschaftlichen Einbußen als andere lateinamerikanische Länder überstanden. Während in einigen Volkswirtschaften im vergangenen Jahr ein kräftiger Konjunktureinbruch zu verzeichnen war, stagnierte die brasilianische Wirtschaft 2009 lediglich. Für das laufende Jahr rechnet die brasilianische Regierung wieder mit realen Wachstumsraten zwischen 5 % und 6 % (die Prognose des IWF liegt bei 5,5 %).

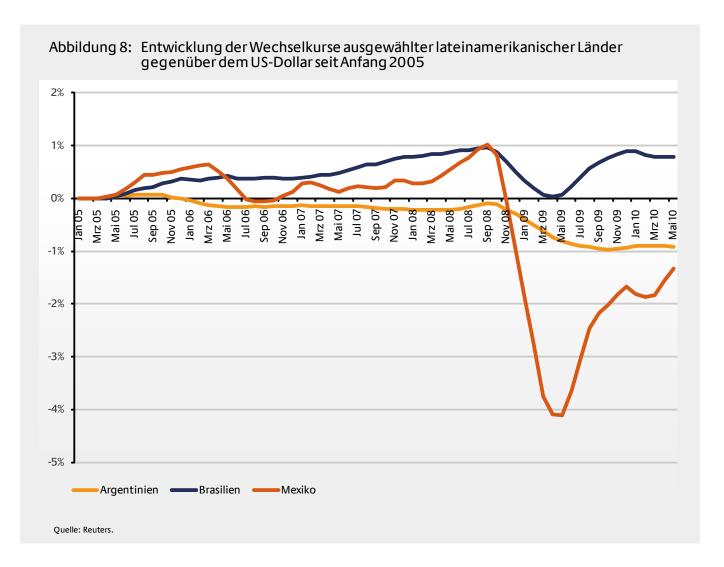
Hauptgründe für die im Vergleich zu früheren Perioden stärkere Widerstandsfähigkeit beziehungsweise geringere Krisenanfälligkeit des Landes sind eine konsequente Stabilitätspolitik (Inflationskontrolle) von Regierung und Zentralbank, ein starker Binnenmarkt (robuste Konsumnachfrage) sowie eine relativ geringe Außenhandelsabhängigkeit in Verbindung mit einer stabilen Rohstoffnachfrage aus dem Ausland. Auch die Stabilität des brasilianischen Bankensektors, der von der Finanzkrise kaum in Mitleidenschaft gezogen wurde, hat die Widerstandsfähigkeit des Landes verstärkt. Dies kommt u. a. in den von der brasilianischen Zentralbank veröffentlichten Stresstests zum Ausdruck, die dem brasilianischen Bankensystem eine hohe Widerstandsfähigkeit attestieren.

In den nächsten Jahren werden zudem besondere Wachstumsschübe von der Fußball-WM 2014, den Olympischen Spielen 2016 und der Erschließung neu entdeckter umfangreicher Rohöl- und Erdgasvorkommen vor der Atlantikküste erwartet. Geplant sind umfangreiche Investitionen privater und öffentlicher Unternehmen für die Sportgroßereignisse.

Ein weiterer Vorteil Brasiliens ist der gegenüber den meisten anderen Ländern der Region deutlich höhere Spielraum in der Geldpolitik. Nach Ausbruch der Krise konnte die Zentralbank die Leitzinsen um insgesamt 5 Prozentpunkte auf 8,75 % senken. Im Gesamtjahr 2009 lag der Inflationsanstieg mit 4,3% unter dem Inflationsziel von 4,5%. Allerdings ist seit Ende 2009 ein Anstieg der Inflationsrate zu verzeichnen. Die Zentralbank hat daraufhin Ende April, um die Inflation im Zielbereich (4,5 % ± 2 %) zu halten und eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden, den Leitzins um 75 Basispunkte angehoben dies war die erste Zinserhöhung seit knapp zwei Jahren. Weitere Zinserhöhungen in diesem Jahr wurden nicht ausgeschlossen. Ende März 2010 hatte die Zentralbank zudem die Mindestreserveverpflichtung für die Geschäftsbanken, die im September 2008 gelockert worden war, wieder angehoben. Eine Verlängerung dieser Maßnahme sei aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nicht mehr erforderlich.

Im vergangenen Jahr musste Brasilien, wie viele andere Schwellenländer, deutliche Einbußen im Handel hinnehmen. Die Exporte sanken auf etwa 18 % des BIP. Dahingegen konnte das Leistungsbilanzdefizit auf 1,5 % des BIP gesenkt werden. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung dürfte es aber wieder ansteigen. Die Zentralbank erwartet, dass das Defizit nicht mehr durch zuströmende ausländische Direktinvestitionen gedeckt werden kann. 2009 waren die Direktinvestitionen um 42 % gegenüber dem Vorjahr auf 25 Mrd. US-Dollar zurückgegangen und lagen über dem Leistungsbilanzdefizit. Größter Investor in Brasilien sind die USA, gefolgt von den Niederlanden. Die brasilianischen Direktinvestitionen im Ausland betrugen etwa 6 Mrd. US-Dollar.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Für 2010 werden wieder ausländische Direktinvestitionen auf dem Niveau von 2008 erwartet.

Der brasilianische Aktienmarkt konnte – nach einem Kursrückgang von rund 40 % im Jahr 2008 – 2009 wieder einen hohen Zuwachs um 85 % verzeichnen. Die brasilianische Währung stieg im vergangenen Jahr um 37% gegenüber dem US-Dollar; dies war die höchste Aufwertungsrate innerhalb eines Jahres seit Einführung des Real im Jahr 1994. Bis Ende April 2010 hat sich der Kurs der brasilianischen Währung gegenüber dem US-Dollar seit Jahresanfang stabilisiert. Die Währungsreserven der brasilianischen Zentralbank stiegen 2009 um 15 % auf ein Niveau von 239 Mrd. US-Dollar zum Jahresende. Bis Ende März 2010 war ein

weiterer Anstieg um 2% zu verzeichnen. Seit 2005 haben sich die Währungsreserven aufgrund von Devisenmarktinterventionen stark erhöht. In den vergangenen Monaten hat die Zentralbank eine Ausweitung der Dollarankäufe vorgenommen, um die Aufwertung des Real abzumildern.

Um den Zustrom kurzfristigen Kapitals zu begrenzen, der zur Aufwertung des Real beigetragen hatte, führte die brasilianische Regierung Mitte Oktober 2009 erneut eine Finanztransaktionsteuer in Höhe von 2% auf den Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien durch ausländische Investoren ein. Diese Steuer war ursprünglich bereits im März 2008 eingeführt und im

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

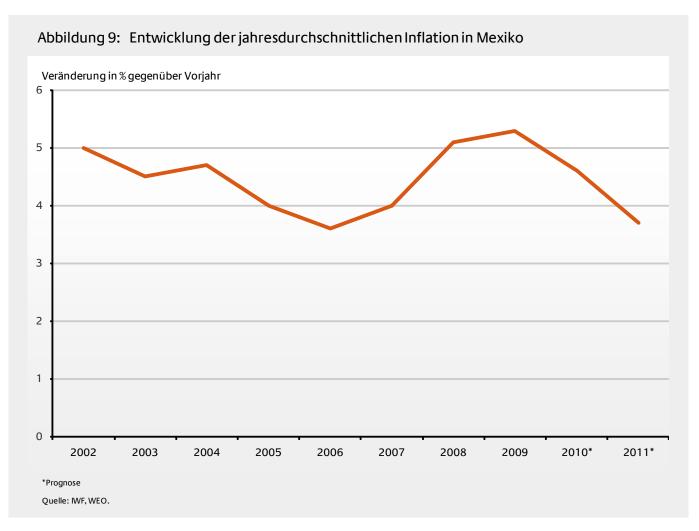
Oktober 2008 aufgrund der internationalen Finanzkrise wieder aufgehoben worden.

10 Mexiko

Präsident Felipe Calderón hat im Dezember 2009 Schlüsselposten für die mexikanische Wirtschafts- und Sozialpolitik neu besetzt. Der bisherige Finanzminister, Agustín Carstens, bekleidet seit dem 1. Januar 2010 das Amt des Zentralbankchefs. Zum neuen Finanzminister wurde der bisherige Sozialminister Ernesto Cordero ernannt. Diesem folgt der bisherige Vize-Wirtschaftsminister Heriberto Félix Guerra. Die Kabinettsumbildung und der Wechsel an der Spitze der Zentralbank waren zum Teil von deutlicher Kritik begleitet: die Ablösung des bisherigen

- erfolgreichen - Zentralbankchefs Guillermo Ortiz sei unnötig und diene lediglich dem Ziel eine Einflussnahme der Regierung auf Entscheidungen der bislang autonom agierenden Zentralbank zu ermöglichen.

Mexiko stellt nach Brasilien die zweitgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas dar; das BIP betrug 2008 insgesamt 1098 Mrd. US-Dollar. 2009 wurde auch Mexikos Wirtschaft durch die Finanzkrise hart getroffen. Nach einem über viele Jahre andauernden steten Wirtschaftswachstum betrug der Rückgang des BIP zum Ende des Jahres - 6,5 %. Mexikos Wirtschaft ist durch eine starke Abhängigkeit vom US-Markt geprägt und musste einen starken Einbruch der Nachfrage von diesem wichtigstem Exportmarkt verkraften, insbesondere einen erheblichen Rückgang der



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Einnahmen aus dem Erdölgeschäft. Zudem wirkte sich die besonders stark in Mexiko aufgetretene "Schweinegrippe" negativ auf die Wirtschaftsentwicklung aus, vornehmlich auf den Tourismus. Die Arbeitslosenquote stieg 2009 massiv an. Seit dem 4. Quartal 2009 aber scheint die Rezession in Mexiko überstanden. Für 2010 zeichnet sich aufgrund des erwarteten Anziehens der Nachfrage aus den USA und der bereits wieder deutlich gestiegenen Einnahmen aus dem Ölexport eine Erholung der mexikanischen Wirtschaft ab. Auch der Arbeitsmarkt zeigt erste Belebungstendenzen. Der IWF prognostiziert ein reales BIP-Wachstum für die Jahre 2010 und 2011 von 4,2 % beziehungsweise 4,5 %.

Die Inflation hatte sich 2009 infolge der Wirtschaftskrise nur geringfügig auf 5,3 % erhöht, was u. a. zeigt, dass die Geldpolitik in den vergangenen Jahren, auch nach den Erfahrungen der Peso-Krise 1994-1995, Kurs hält. Für das laufende Jahr 2010 rechnet der IWF mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 4,6 %. Zur Ankurbelung der Wirtschaft hat die mexikanische Zentralbank den Leitzins deutlich gesenkt; er liegt seit Juli 2009 bei 4,5 %, nachdem er ein Jahr zuvor noch 8 % betragen hatte.

Der mexikanische Aktienmarkt hatte, wie viele Aktienmärkte in anderen Schwellenländern auch, im Zuge der Krise zunächst stark verloren, zum Ende des Jahres 2009 konnte sich der mexikanische IPC-Index jedoch wieder kräftig erholen und im Vergleich zum Jahresbeginn um gut 45 % zulegen. Der Risikoaufschlag mexikanischer Staatsanleihen ging im Jahresverlauf 2009 um knapp 240 Basispunkte auf 195 Basispunkte zurück. Seit Beginn 2010 ist er weiter leicht gesunken. Damit zählt Mexiko zu den Schwellenländern mit den weniger hohen Risikoaufschlägen. Der Peso konnte im Jahresverlauf 2009 um 5 % gegenüber dem US-Dollar aufwerten. Dieser Trend hält auch 2010 an. Allerdings gilt der Peso immer noch als unterbewertet.

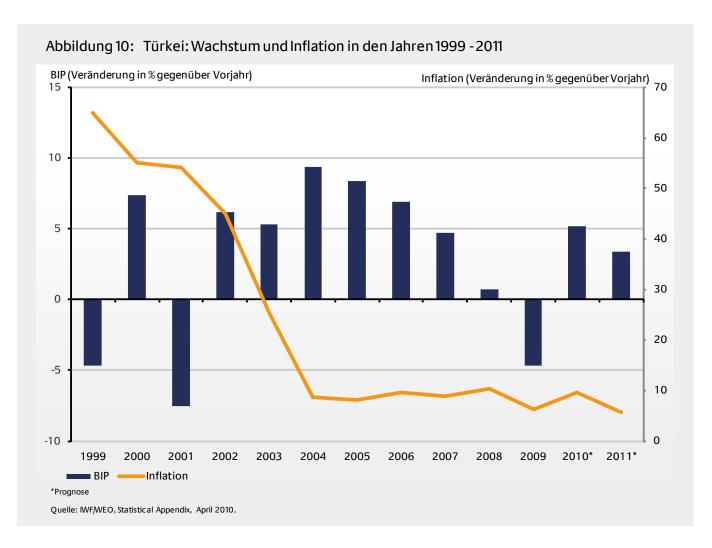
Das mexikanische Handelsbilanzdefizit betrug 2009 knapp 5 Mrd. US-Dollar (Vorjahr: 17 Mrd. US-Dollar). Die Exporte sind 2009 im Vergleich zum Vorjahr mit 21% (auf 230 Mrd. US-Dollar) geringer eingebrochen als die Importe, die um fast 24% (auf 234 Mrd. US-Dollar) sanken. Der Anteil der Erdölexporte an den Gesamtexporteinnahmen entsprach 2009 nur rund 13,5 % beziehungsweise rund 31 Mrd. US-Dollar (Vorjahr: gut 50 Mrd. US-Dollar). Der Hauptteil der Exporteinnahmen stammt mit 82,5 % aus Industrieerzeugnissen (Fahrzeuge und Maschinen); auf Agrarprodukte entfielen hingegen nur knapp 3,5 %. Für das 1. Quartal 2010 ergibt sich ein marginaler Handelsbilanzüberschuss.

Mexiko muss weitere Anstrengungen unternehmen, um Reformen auf dem Gebiet der Steuer-, Energie- und Arbeitsmarktpolitik voranzubringen. Nach wie vor herrscht eine hohe Ungleichverteilung des Vermögens im Land. Laut einer 2009 erschienenen Studie der mexikanischen Statistikbehörde lebt mit knapp 51 Millionen aller Mexikaner fast die Hälfte der Bevölkerung in Armut, davon 19 Millionen Menschen in absoluter Armut. Betroffen hiervon sind insbesondere ländliche Gebiete mit schwacher Infrastruktur.

11 Türkei

Aufgrund der seit 2001 zu beobachtenden Öffnung und zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft war die Türkei zunächst härter als andere Schwellenländer von der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Dank des Bankensektors, welcher mit einer durchschnittlichen Kapitalunterlegungsquote von aktuell rund 20%, robusten Gewinnen und angemessener Liquidität für Stabilität sorgte, hat die Türkei die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch besser überwinden können als zunächst erwartet. Der IWF ging im Oktober 2009 zunächst noch von einem Rückgang des BIP im Jahr 2009 von - 7,5 % aus, tatsächlich fiel der Rückgang des realen BIP mit - 4,7%

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



jedoch geringer aus. Vorübergehende Steuersenkungen sowie starke Preisnachlässe ermöglichten eine beachtliche Erholung des privaten Konsums, woraufhin ab dem 2. Quartal 2009 eine BIP-Erholung einsetzen konnte. Für 2010 rechnet der IWF mit einem deutlichen Anziehen der Konjunktur und einer positiven BIP-Wachstumsrate von 5,2%.

Die Inflationsrate ist in den vergangenen Jahren in der Türkei beachtlich gesunken und konnte 2008 erstmals im einstelligen Bereich schließen. Bis Oktober 2009 war ein weiterer Rückgang auf einen historischen Tiefststand von 5,1% zu verzeichnen. Die Inflationsrate lag damit unterhalb der von der türkischen Zentralbank vorgegebenen Zielrate von 7,5%. Diese Entwicklung kehrte sich aber anschließend wieder um; insbesondere durch den Anstieg der Preise für Nahrung,

Energie und Dienstleistungen erreichte die Inflationsrate im März 2010 einen Stand von 9,6 % und lag damit weit über der Zielrate von 6,5 % für 2010. Die Zentralbank hatte den Leitzins seit Oktober 2008, ausgehend von 16,75 %, um insgesamt 1025 Basispunkte – letztmalig im November 2009 – auf aktuell historisch niedrige 6,5 % gesenkt. Es ist davon auszugehen, dass die Zentralbank den Leitzins im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs zu gegebener Zeit wieder anheben dürfte.

Der türkische Aktienmarkt erlebte seit dem Frühjahr 2009 eine rasante Erholung. Von einem Niveau unter 25 000 Punkten im Frühjahr 2009 ausgehend, schloss der türkische Aktienindex Istanbul SE 100 Ende des Jahres bei knapp 53 000 Punkten und wuchs damit um fast 100 % seit Jahresbeginn. Seit Anfang 2010 legte der Index erneut um

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

fast 11% zu. Getrieben von umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen, fielen die Renditen für türkische Staatsanleihen, die Risikoaufschläge lagen Ende April mit 235 Punkten wieder weit unter dem Wert im Vorjahreszeitraum. Die türkische Lira verlor nach Ausbruch der globalen Krise zeitweise um mehr als 30 % ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar und um rund 25 % gegenüber dem Euro, konnte sich aber seit dem Frühjahr 2009 wieder erholen und inzwischen auf einem relativ stabilen Niveau, jedoch immer noch unterhalb des Wertes vom September 2008, wieder einpendeln.

Das Handelsvolumen lag 2009 deutlich unterhalb des Niveaus der Jahre 2008 und 2007. Die Importe nahmen 2009 wesentlich stärker ab als die Exporte, was zu einem Handelsbilanzdefizit von nur noch 6,5% (oder 40 Mrd. US-Dollar) führte. Der Überschuss in der Handelsbilanz war im Vergleich dazu in den vergangenen zwei Jahren noch um gut 60% beziehungsweise 80% höher ausgefallen. Das seit Jahren existierende chronische Leistungsbilanzdefizit konnte 2009 deutlich abgebaut werden. Im Jahr 2009 betrug das Defizit nur noch - 2,3% des BIP – nach 5,7% im Jahr 2008.

Der weitere Ausblick für die Türkei ist insgesamt positiv. Für eine weitere wirtschaftliche Erholung ist aber unverzichtbar, dass das Land politische Stabilität bewahrt und konsequent an wirtschaftlichen Reformen festhält. Im September 2009 hatte die Regierung einen mittelfristigen Finanzplan aufgestellt, dessen Maßnahmen von Steuererhöhungen auf Tabak und Kraftstoff über Nullrunden für Beamte bis zu höheren Zuzahlungen im Gesundheitsbereich reichen. Da das Wachstum zuletzt stärker anzog als ursprünglich gedacht, könnten die fiskalpolitischen Ziele für 2010 in dem Finanzplan noch ambitionierter formuliert werden. Darüber hinaus kündigte die türkische Zentralbank vor kurzem ihre Exit-Planungen aus den geldpolitischen Maßnahmen (Liquiditätssupport, niedriger Leitzins) an, ohne jedoch einen konkreten Zeithorizont zu benennen.

Nachdem das letzte Stand-By-Agreement im Mai 2008 abgelaufen war, befindet sich die Türkei nun unter "Post-Programm"-Beobachtung des IWF. Die Verhandlungen über den möglichen Abschluss eines neuen Beistandsabkommens – im Gespräch war ein 3-jähriges Stand-By-Arrangement in Höhe von 45 Mrd. US-Dollar – wurden im März 2010 von der Türkei vorerst abgebrochen.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	113
1	Kreditmarktmittel	113
2	Gewährleistungen	114
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	114
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2005 bis 2010	115
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2010	117
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010	121
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	125
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	131
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	
Abb. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	138
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2010	139
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2010	
	, 3	
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	145
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	145
2	Preisentwicklung	146
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	149
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	150
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	151
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	152
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWE	160

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	28. Februar 2010			31. März 2010
		in M	lio.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	29 000	1 000	0	30 000
Anleihen ¹	604 204	5 000	0	609 204
Bundesobligationen	183 000	5 000	0	188 000
Bundesschatzbriefe ²	9 429	64	51	9 441
Bundesschatzanweisungen	130 000	6 000	15 000	121 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	97 628	8 967	11 944	94 651
Finanzierungsschätze ³	790	35	49	776
Tagesanleihe	2 353	29	96	2 286
Schuldscheindarlehen	12 679	0	25	12 654
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	0	829	0	829
Kreditmarktmittel insgesamt	1 069 135			1 068 893

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	28. Februar 2010			31. März 2010
		in N	⁄lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	242 829			240 583
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	335 135			326 118
langfristig (mehr als 4 Jahre)	491 171			502 193
Kreditmarktmittel insgesamt	1 069 135			1 068 893

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ ergeben\ sich\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und Euro-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^{3}}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 31. März 2009	
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €	
Ausfuhren	120,0	110,3	103,3
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,4	26,0
bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	1,3	1,3
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,0	136,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	4,0	4,0

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mr	d. €		
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3
2. Einnahmen ¹	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	-7,3
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-7,0
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-80,6
in % der Ausgaben	12,1	10,8	5,4	4,2	11,8	25,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	224,0	225,4	222,1	229,1	269,0	317,8
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	-1,5	8,4	0,5	-6,4	0,1
6. Tilgungen (+)	193,0	196,0	216,2	218,1	228,5	237,5
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-80,2
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	5,9
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: April 2010.

 $^{^1\}mathrm{Gem.\,BHO}$ § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2}$ Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
Ausgabeart			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 038	27 012	27 939	27 704
Aktivitätsbezüge	19 891	19730	19 662	20 298	20 977	20789
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 498	8 870	9 269	9 3 4 2
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 164	11 428	11 708	11 447
Versorgung	6 481	6380	6376	6714	6 962	6 9 1 5
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2334	2 416	2 462	2 435
Militärischer Bereich	4 0 4 7	4008	4041	4 2 9 8	4 500	4 481
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 757	19 742	21 395	21 583
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 3 6 5	1 421	1 478	1 466
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 908	9 622	10 281	10 469
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 484	8 699	9 635	9 647
Zinsausgaben	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
an andere Bereiche	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
Sonstige	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37326	37 425	38 677	40 127	38 054	36 708
an Ausland	3	3	3	3	3	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	160 352	168 424	177 289	205 272
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 003	12 930	14396	14503
Länder	8 3 8 1	8 538	8 698	8 341	8 754	8 682
Gemeinden	66	38	38	21	18	21
Sondervermögen	5 473	5 3 6 1	5 2 6 7	4568	5 624	5 799
Zweckverbände	2	1	1	0	1	0
an andere Bereiche	140 353	142 079	146 349	155 494	162 892	190 769
Unternehmen	13 474	14 275	15 399	22 440	22 951	25 316
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 747	32 256	29 123	29 120	29 699	31 274
an Sozialversicherung	90219	91 707	97712	99 123	105 130	128 365
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	869	1 099	1 249	1 529
an Ausland	3 140	3 024	3 240	3 708	3 858	4284
an Sonstige	5	5	5	4	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	243 868	255 350	264 721	291 310
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 903	7 199	8 504	8 113
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 478	5 777	6 830	6 5 3 2
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	909	918	1 030	1 035
Grunderwerb	506	536	516	504	643	546

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010				
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll				
Ausgabeart	in Mio. €									
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	16 947	16 660	15 619	15 754				
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	16 580	14018	15 190	15 342				
an Verwaltungen	5 587	5 755	8 234	5713	5 852	5 138				
Länder	5 527	5 700	6 0 3 0	5 654	5 804	5 074				
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	54	59	48	60				
Sondervermögen	-	-	2 150	-	-	4				
an andere Bereiche	7 030	7 161	8 3 4 5	8 3 0 5	9 3 3 8	10 204				
Sonstige - Inland	4933	4 999	6 099	5836	6 462	6 945				
Ausland	2 096	2 162	2 247	2 469	2 876	3 259				
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	367	2 642	429	413				
an andere Bereiche	360	387	367	2 642	429	413				
Unternehmen - Inland	-0	-	-	2 2 6 7	-	-				
Sonstige - Inland	160	172	162	149	148	157				
Ausland	201	215	205	225	282	256				
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	2 732	3 099	3 409	4 838				
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 100	2 3 9 5	2 490	4028				
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1				
Länder	53	32	1	1	1	1				
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 100	2 395	2 490	4 0 2 7				
Sozialversicherung	900	-	-	-	-	-				
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	900	922	872	2 426				
Ausland	882	1 058	1 199	1 473	1 618	1 601				
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	632	704	919	810				
Inland	0	0	28	26	13	13				
Ausland	558	578	604	678	905	797				
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	24 121	23 102	26 582	26 958	27 532	28 706				
^a Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	26 215	24316	27 103	28 293				
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 0	- 516				
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 450	282 308	292 253	319 500				

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender		Laufende	
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüss	
Funktion			Reclining		in Mio. €			
0	Allgemeine Dienste	54 219	47 768	24 991	17 064	-	5 714	
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 258	5 8 6 3	3 883	1 271	-	708	
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 8 1 9	3 8 7 6	504	172	-	3 199	
3	Verteidigung	31 188	30 891	15 927	13 970	-	993	
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 636	3 280	2 069	1 011	-	200	
5	Rechtsschutz	373	355	259	83	-	14	
6	Finanzverwaltung	3 944	3 505	2 3 4 8	557	-	599	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	15 402	12 053	479	776	-	10 798	
13	Hochschulen	2815	1 821	10	9	-	1 802	
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 095	2 095	-		-	2 095	
15	Sonstiges Bildungswesen	647	572	9	68	-	495	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9124	7 047	460	695	-	5 892	
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	722	519	1	4	-	514	
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	173 074	172 065	235	211	-	171 620	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110517	110 517	54	-	-	110 463	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 690	6 690	-	-	-	6 690	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 774	2 512	-	42	-	2 469	
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	51 396	51 271	51	100	-	51 120	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 549	928	131	69	-	729	
3	Gesundheit und Sport	1 414	890	275	281	-	334	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	391	356	144	158	-	54	
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	391	356	144	158	-	54	
32	Sport	138	116	-	7	-	109	
33	Umwelt- und Naturschutz	447	259	83	62	-	114	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	438	159	47	54	-	57	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 034	588	-	16	-	571	
41	Wohnungswesen	1 286	577	-	6	-	571	
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-	
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 366	905	28	160	-	716	
52	Verbesserung der Agrarstruktur	652	242	-	1	-	241	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	465	465	-	70	-	395	
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	465	465	-	70	-	395	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	248	198	28	89	-	81	

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 076	2 642	2 733	6 451	6 414
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	394	2	0	396	396
2	Auswärtige Angelegenheiten	77	2 469	2 398	4944	4943
3	Verteidigung	214	83	-	297	262
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	268	88	-	357	357
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	104	0	334	439	439
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	288	3 051	11	3 350	3 350
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	266	1 801	11	2 077	2 077
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	182	-	203	203
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	997	1	1 008	632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	$Familien-, Sozial hilfe, F\"{o}rderung \ der \ Wohlfahrtspflege \ u. \H{A}.$	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	261	1	263	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	119	-	124	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	309	215	-	524	524
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	23	12	-	35	35
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	23	12	-	35	35
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	278	2	-	280	280
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 444	3	1 447	1 447
41	Wohnungswesen	-	706	3	709	709
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	453	1	461	461
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	1	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen				
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zilisausgabeli	und Zuschüss				
Funktion		in Mio. €									
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 734	2 808	58	681	-	2 069				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	866	722	-	498	-	223				
621	Kernenergie	278	203	-	-	-	203				
622	Erneuerbare Energieformen	44	21	-	2	-	19				
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	544	497	-	496	-	1				
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 639	1 620	-	9	-	1 611				
64	Handel	130	130	-	69	-	62				
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	684	16	-	15	-	2				
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 415	320	58	90	-	171				
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 351	4 212	1 043	2 065	-	1 104				
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 872	865	509	288	-	68				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8				
75	Luftfahrt	201	199	46	20	-	133				
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 268	2 176	488	880	-	809				
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 374	12 012	-	17	-	11 995				
81	Wirtschaftsunternehmen	11 043	6 681	-	17	-	6 664				
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77				
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6715	6 5 9 9	-	12	-	6 587				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 3 3 0	5 330	-	-	-	5 3 3 0				
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0				
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-				
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 532	38 009	594	313	36 751	351				
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	388	350	-	-	-	350				
92	Schulden	36 762	36 762	-	11	36 751	-				
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	381	897	594	302	-	1				
Summe a	ller Hauptfunktionen	319 500	291 310	27 704	21 583	36 751	205 272				

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktio	on			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	77	773	2 076	2 926	2 926
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	668	-	668	668
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	17	2 076	2 095	2 095
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 793	-	8 140	8 140
72	Straßen	5 278	1 428	-	6 707	6707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	32	-	92	92
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 348	13	4 362	4 362
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4348	13	4362	4362
832	Eisenbahnen	-	4246	-	4246	4 2 4 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	103	13	116	116
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 113	15 754	4 838	28 706	28 293

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001
				Ist-Er	gebnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	243,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	-0,5
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	220,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-22,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-		-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	1,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	11,0
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,8
öffentl. Gesamthaushalts ³									_
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	-3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	15,5
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	56,7
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	27,3
_									
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	-3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	11,2
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,1
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	193,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	79,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	88,0
Anteil am gesamten									
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	41,4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	83,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	57,6
des öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³									
	Mrde	50.2	129,4	220 n	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 223,5
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2		238,9					
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	760,2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				ls:	t-Ergebnis	sse				Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9
Einnahmen	Mrd.€	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 32,7	- 39,2	-39,8	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	-80
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	_	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	_	-	-	-	-	_	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	- 0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.										
Gesamthaushalts ³	%	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1	14
Zinsausgaben	Mrd.€	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,0	56,2	55,9	58,3	57,9	58,6	59,8	59,4	56
Gesamthaushalts ³	Mrd.€	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28
Investive Ausgaben					-			·		
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	4
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	36,7	25,8	32
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,0	43,5	42,3	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	132,4		176,7		122,8	54,7	47,4	126,0	283
Anteil an der Mettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	61,0		60,1	58,6	59,7	99,3	59,0	42,3	100
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1579,5	1 692,2	
darunter: Bund	Mrd.€	784,6	-	869,3	903,3	950,3	957,3	-	1 053,8	

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	639,4	648,3	675,0	726,9
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	599,0	647,4	667,7	637,8
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,7	-5,5	-87,3
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder ²							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	285,7
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-25,8
Gemeinden ²							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	160,0	167,3	177,2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	168,1	174,9	170,0
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,1	7,6	-7,2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,4	4,1	7,7
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,1	8,1	3,1	-4,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	3,8
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5
Gemeinden							
Ausgaben	- 0,0	0,1	2,1	2,8	1,7	4,5	5,9
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,0	4,0	-2,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	- 0,0	-0,2	-3,6
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	- 0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,0
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,0
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,0	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	30,2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,1
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	11,9
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,5	21,8

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

² Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

 $^{^{\}rm 3}$ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP. Stand: April 2010.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inegesemt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepubli	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	insgesamt		dav	von	
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4
2010 ²	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2009.

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	der Finanzstatistik ²		
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote		
Jahr		in Relation zur	m BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2		
1965	23,5	34,1	23,1	32,9		
1970	23,0	34,8	22,4	33,5		
1975	22,8	38,1	23,1	37,9		
1976	23,7	39,5	23,4	38,9		
1977	24,6	40,4	24,5	39,8		
1978	24,2	39,9	24,4	39,4		
1979	23,9	39,6	24,3	39,3		
1980	23,8	39,6	24,3	39,7		
1981	22,8	39,1	23,7	39,5		
1982	22,5	39,1	23,3	39,4		
1983	22,5	38,7	23,2	39,0		
1984	22,6	38,9	23,2	38,9		
1985	22,8	39,1	23,4	39,2		
1986	22,3	38,6	22,9	38,7		
1987	22,5	39,0	22,9	38,8		
1988	22,2	38,6	22,7	38,5		
1989	22,7	38,8	23,4	39,0		
1990	21,6	37,3	22,7	38,0		
1991	22,0	38,9	22,0	38,0		
1992	22,4	39,6	22,7	39,2		
1993	22,4	40,2	22,6	39,6		
1994	22,3	40,5	22,5	39,8		
1995	21,9	40,3	22,5	40,2		
1996	22,4	41,4	21,8	39,9		
1997	22,2	41,4	21,3	39,5		
1998	22,7	41,7	21,7	39,5		
1999	23,8	42,5	22,5	40,2		
2000	24,2	42,5	22,7	40,0		
2001	22,6	40,8	21,1	38,3		
2002	22,3	40,5	20,6	37,7		
2003	22,3	40,6	20,4	37,7		
2004	21,8	39,7	20,0	36,9		
2005	22,0	39,7	20,1	36,8		
2006	22,8	40,0	21,0	37,2		
2007	23,7	40,2	22,2	37,6		
2008	23,7	40,1	22,5	37,8		
2009	23,4	40,5	21,8	37,8		
2010	22 1/2	39	20 1/2	36 1/2		

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010. 2010 Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^3\} Bis\ 2007\ Rechnungsergebnisse.\ 2008\ und\ 2009\ Kassenergebnisse.\ 2010\ Sch\"{a}tzung;\ Stand:\ April\ 2010.$

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	darunt	cer
	mageanne	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³
Jahr		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	1
1965	37,1	25,4	1
1970	38,5	26,1	1.
1975	48,8	31,2	1
1976	48,3	30,5	1
1977	47,9	30,1	1
1978	47,0	29,4	1
1979	46,5	29,3	1
1980	46,9	29,6	1
1981	47,5	29,7	1
1982	47,5	29,4	1
1983	46,5	28,8	1
1984	45,8	28,2	1
1985	45,2	27,8	1
1986	44,5	27,4	1
1987	45,0	27,6	1
1988	44,6	27,0	1
1989	43,1	26,4	1
1990	43,6	27,3	1
1991	46,3	28,2	1
1992	47,2	28,0	1
1993	48,2	28,3	1
1994	47,9	27,8	2
1995	48,1	27,6	2
1996	49,3	27,9	2
1997	48,4	27,1	2
1998	48,0	27,0	2
1999	48,1	26,9	2
2000	47,6	26,5	2
2000 ⁴	45,1	24,0	2
2001	47,6	26,3	2
2002	48,1	26,4	2
2003	48,5	26,5	2
2004	47,1	25,9	2
2005	46,8	26,1	2
2006	45,4	25,4	1
2007	43,7	24,5	1
2008	43,7	24,7	1!
2009	47,6	26,7	2
2010	48	-	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. ² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁶ bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

²⁰⁰⁹ vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €)¹			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 692 195
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 809
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	,
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	526 298
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	,
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	
Kassenkredite	7 3 5 0	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	112 088
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84069	84 257	83 804	81877	79 239	76 381	
Kassenkredite	10 670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	638 386
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1524000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 000
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	
Soffin	-	-	-	-	-	-	8 200	
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-		-	-	-	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Aı	nteil an den S	Schulden (in 🤊	%)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,3
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,7
			Ant	eil der Schuld	den am BIP (ii	n %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3	70,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5	43,8
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5	
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4	21,9
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,4	4,7
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8	26,5
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,2
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 880	19 233	20 671
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 2 1 0,9	2 242,2	2 3 2 5, 1	2 428,2	2 495,8	2 407,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^{1}} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassen kredite.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	ntrechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2
2009	-79,3	-67,2	-12,1	-3,3	-2,8	-0,5	-87,3	-3,6
2010	. 5,5	-	, .	-5 1/2	-5 1/2	0	-137 1/2	-5 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

 $^{^4\,\}mathrm{Einschlie}$ ßlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,0	-4,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,0	4,8	1,6	3,0	0,1	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-6,1	-7,1	-7,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,4	3,6	2,9	-0,7	-3,5	-3,9
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-5,3	-6,3	-5,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-1,5	-0,4	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	-1,3	0,0	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-3,9	-2,8	-2,2
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	2,6	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,1	-1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,8	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0
EU	-	-	-	-5,2	-0,4	-2,5	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,1	-10,1	-9,9

 $^{^{1}}$ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2	78,8	81,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,9	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7	99,0	100,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1	124,9	133,9
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	64,9	72,5
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6	83,6	88,6
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0	77,3	87,3
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8	118,2	118,9
Zypern	-	_	-	40,6	48,7	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2	62,3	67,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5	19,0	23,6
Malta	_	_	-	35,3	55,9	70,1	63,7	61,9	63,7	69,1	71,5	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9	66,3	69,6
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5	70,2	72,9
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,5	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8	85,8	91,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7	40,8	44,0
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9	41,6	45,4
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	54,9
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,5	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7	84,7	88,5
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8	17,4	18,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	49,5
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2	9,6	12,4
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1	48,5	57,3
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3	38,6	45,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	53,9	59,3
Rumänien	-	-	-	7,0	22,5	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7	30,5	35,8
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,2	53,6	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,6	42,1
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4	39,8	43,5
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3	78,9	77,8
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1	79,1	86,9
EU	_	_	-	69,6	63,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6	79,6	83,8
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,8	172,0	189,2	193,5	194,9
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	84,5	94,1	103,0

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land		Steuern in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008					
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1					
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3					
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3					
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8					
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0					
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3					
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3					
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8					
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.					
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5					
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5					
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.					
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2					
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6					
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.					
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6					
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4					
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6					
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4					
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9					
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6					
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9					
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8					
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3					

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land			Steu	iern und Sozialab	ogaben in % des B	IP										
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008								
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4								
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3								
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3								
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8								
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1								
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3								
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3								
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2								
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.								
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2								
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3								
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.								
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1								
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9								
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.								
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5								
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1								
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4								
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3								
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0								
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6								
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1								
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7								
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9								

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $Quelle: EU-Kommission\ {\tt `Statistischer Anhang der Europ\"{a} ischen Wirtschaft".}$

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differen	ız in%	Differenz	in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

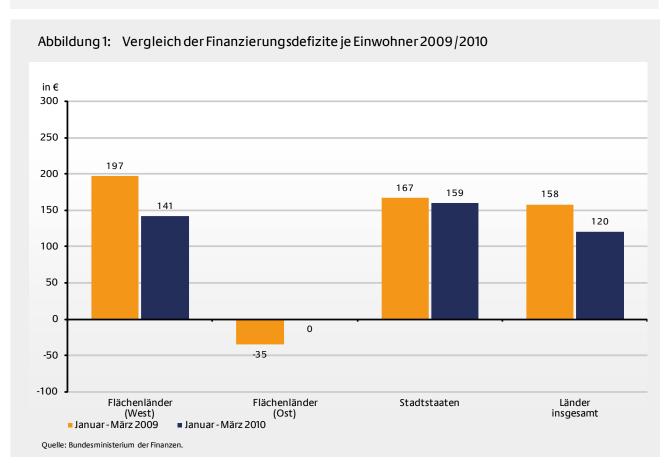
² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	177 512	43 652	49 984	12 495	32 801	8 143	254 577	63 01
darunter:								
Steuereinnahmen	134010	33 420	25 519	6382	20 649	5 3 4 1	180 178	45 14
übrige Einnahmen	43 502	10 232	24 464	6113	12 152	2 803	74 398	1787
Bereinigte Ausgaben	201 940	52 565	53 203	12 492	37 132	9 081	286 555	72 86
darunter:								
Personalausgaben	79 290	21 460	13 011	3 118	11 525	2 890	103 825	27 46
lfd. Sachaufwand	13 258	3 111	3 837	860	7 732	1 860	24826	5 83
Zinsausgaben	14 147	5 2 4 7	3 199	1 099	4110	1 122	21 456	7 46
Sachinvestitionen	4890	574	2 087	174	1333	121	8 3 1 0	87
Zahlungen an Verwaltungen	54 204	13 226	18 947	4 454	635	167	68 066	1657
übrige Ausgaben	36 151	8 947	12 124	2788	11797	2 921	60 072	1465
Finanzierungssaldo	-24 425	-8 913	-3 219	3	-4 323	- 938	-31 966	-9 84



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2010

		in Mio. €										
			März 2009		F	ebruar 2010			März 2010			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
	Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	60 667	64 863	121 443	31 940	39 740	69 201	53 961	63 017	113 334		
11	Einnahmen der laufenden Rechung	59 744	-	-	31 047	37 501	68 547	52 703	59 624	112 327		
111	Steuereinnahmen	49 320	49 300	98 621	28 383	29 627	58 011	45 687	45 143	90 830		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4181	-	-	394	6 079	6 473	603	11 486	12 090		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	635	635		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	922	-	-	893	2 240	3 133	1 258	3 393	4 651		
121	Veräußerungserlöse	362	-	-	174	38	212	309	65	373		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	226	-	-	82	4	86	102	17	119		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	193	-	-	16 ³	1 591	1 607	260	2 162	2 42		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	78 026	77 777	151 717	60 455	46 706	104 682	81 856	72 865	151 078		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	72 818	-	-	56 783	43 953	100 736	76 974	67 330	144 305		
211	Personalausgaben	7 626	26 097	33 723	5 446	19 289	24 735	7 698	27 468	35 166		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 165	-	-	1 577	5 5 1 2	7 088	2 2 1 8	7 893	10 111		
212	Laufender Sachaufwand	4277	-	-	2 920	3 748	6 668	4289	5 830	10 119		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 847	-	-	1 096	2 437	3 532	1878	3 826	5 704		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	13 204		-	11911	5 134	17 045	12 135	7 468	19 603		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 2 1 8		-	1 954	7 353	9307	3 060	14288	17 348		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 105	- 105	-	-32	-32	-	-218	- 218		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	-	-	2	6938	6 940	4	13 588	13 59 ⁻		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	5 207	-	-	3 672	2 753	6 425	4882	5 535	10 417		
221	Sachinvestitionen	886	-	-	518	520	1 038	849	870	1 718		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 867		-	1 147	953	2 100	1 523	2 286	3 809		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	5 105	-	-	3 584	2 744	6 328	4782	5319	10 10		

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2010

						in Mio.€				
			März 2009		Fe	ebruar 2010			März 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo) Schuldenaufnahme und	-17 355	² -12 915	-30 270	-28 499 ²	-6 966	-35 465	-27 883	² -9 848	-37 73
	Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	52 465	21 662	74 126	60 005	11 223	71 228	84953	20 094	105 04
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	53 296	28 703	81 999	32 043	16 462	48 505	53 320	25 241	78 56
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-832	-7 041	-7 873	27 962	-5 239	22 723	-31 633	-5 959	-37 59
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende									
51	Schulden und Kassenbestände Kassenkredit von Kreditinstituten	5 905	5918	11 823	-9 935	4011	-5 925	-10 072	6 8 4 5	-3 22
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14780	14780	-	11 256	11 256	-	12 737	12 73
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-5 905	-4 471	-10 376	9 936	614	10 550	10 073	-2 908	7 10

Abweichungen Runden der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2} Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.\\$

³ Aufgrund von Korrekturmeldungen veränderter Wert ggü. BMF-Veröffentlichung Februar 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte		0.472.3	2.250	4.245	4.500	4.047	44.400	2 020	-
	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	8 237	9 472 3	2 250	4 246	1 599	4 947	11 490	2 826	65
11	Rechung Steuereinnahmen	7 8 8 4 5 8 7 3	9 116 7 334	2 109 1 172	4 0 9 8 3 4 3 4	1 409 729	4739 3774	10 971 9 154	2 708 1 934	64 51
111	Einnahmen von	3013	7 334	1172	3 434	729	3774	9154	1934	31
12	Verwaltungen (laufende Rechnung)	1574	881	786	453	577	543	1 140	543	8
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	52	-	41	6	-	33	2
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	126	-	95	21	-	45	1
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	353	357	141	147	190	208	519	117	
21	Veräußerungserlöse	4	-	3	1	0	1	6	0	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	0	1	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	240	271	69	145	61	176	351	61	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 418	10 671 b	2 454	5 234	1 710	5 830	14 472	3 835	90
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 8 1 7	9 788	2 175	4898	1 588	5 510	13 228	3 525	83
211	Personalausgaben	4 2 9 9	5 025	638	1 900	395	2316 ²	4912 ²	1 584	41
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 334	1 497	43	623	23	732	1 664	475	15
212	Laufender Sachaufwand	434	707	116	411	98	344	802	244	6
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	364	587	96	355	89	305	613	212	6
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	955	524 ^b	209	718	110	559	1 570	383	23
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 849	2 432	837	1 135	550	1 441	3 307	828	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	31	709	-	359	-	-	90	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 809	1 711	711	766	477	1 441	3 205	821	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	601	883	278	336	122	321	1 244	310	6
21	Sachinvestitionen	127	217	9	106	30	47	26	17	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	387	396	127	149	30	93	603	114	1
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	564	847	278	317	122	321	1 180	298	6

 $Abweichungen\,durch\,Runden\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo) Schuldenaufnahme und Schuldentilgung	-1 181	-1 199 ^c	- 204	- 989	- 111	- 883	-2 982	-1 009	- 25
4 1	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 233	2 459 ^d	4356	653	403	1 643	4029	2 649	65
11	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 692	2 481	4357	2 756	100	1 695	4164	2 468	30
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme) Zum Ende des Monats bestehende Schwebende	540	-22	4358	-2 104	- 503	- 52	- 135	181	34
	Schulden und Kassenbestände									
1	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4351	1 100	-	1 759	960	774	13
2	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	821	2 772	4352	680	1 004	2 290	574	2	13
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-9	-	4 353	-2 412	673	882	- 174	-774	22

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

²Ohne April-Bezüge

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 6,1 Mio. €, b) 114,8 Mio. €, d) 1439,2 Mio. €, c) der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -108,7 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2010

					in N	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende	4 301	2 144	1 918	2 201	5 030	715	2 447	63 01
1	Haushaltsiahr Einnahmen der laufenden Rechung	3 642	2 023	1 831	1 950	4883	675	2 394	59 62
11	Steuereinnahmen	2 186	1 161	1 405	1 134	2 822	468	2 052	45 14
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 240	796	190	713	1 678	132	158	11 48
121	darunter: Allgemeine BEZ	80	46	26	45	232	50	-	63
122	Länderfinanzausgleich ¹	165	97	50	88	713	38	-	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	659	121	87	251	147	40	53	3 39
21	Veräußerungserlöse	0	3	0	6	38	-	1	6
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	14	-	1	1
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	472	49	41	74	82	23	45	2 16
!	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 626	2 396	2 337	2 307	5 496	1 056	2 577	72 86
1	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 296	2 187	2 208	2 134	5 2 2 5	981	2 393	67 33
11	Personalausgaben	950	572	1 006	564	1 878	344	668	27 46
111	darunter: Versorgung und Beihilfe	47	38	346	33	487	110	285	7 89
12	Laufender Sachaufwand	219	265	101	162	1 101	169	591	5 83
121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	195	97	86	106	488	61	112	3 82
13	Zinsausgaben an andere Bereiche	135	371	300	274	695	128	299	7 46
14	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 305	563	549	785	65	15	76	1428
141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	48	-21
142	Zuweisungen an Gemeinden	1 007	433	510	687	2	1	2	13 58

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2010

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	329	209	129	173	272	75	184	5 535
221	Sachinvestitionen	67	24	29	44	39	7	75	870
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	120	100	57	37	33	17	9	2 286
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	330	209	129	173	240	75	175	5 3 1 9
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	676	- 252	- 419	- 106	- 466	- 341	- 131	-9 848
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-3 082	1 734	732	855	3 325	753	755	20 094
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	350	1 648	1 133	572	3 188	876	-	25 241
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 432	86	- 402	283	137	-123	755	-5 959
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und								
51	Kassenbestände Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 088	-	-	289	81	1	6 845
52	Geldbestände der Rücklagen und	2 781	-1 139	-	101	347	230	2 140	12 737
53	Sondervermögen Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 97	1 139	-729	229	279	- 71	-885	-2 908

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

 $^{^1} In\, der\, L\"andersumme\, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"andern\, im\, L\"anderfinanzausgleich.$

² Ohne April-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 6,1 Mio. €, b) 114,8 Mio. €, d) 1.439,2 Mio. €, c) der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -108,7 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,3	0,0	53,1	3,3	7,6	-4,9 ⁵	-4,9	-2,2	17,9
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,9	0,5	-0,2	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

 $^{^{\}rm 5}$ Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	-2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,5 ³	1,5	3,7	0,3	0,0	0,4	5,6
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,1	1,3	1,3	1,7	1,1

 $^{^{1}} Ohne\ private\ Organisation en\ ohne\ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

 $^{^3}$ Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-16,7	-14,8	109,9	119,7	40,8	36,2	4,6	5,0
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,4	133,6	142,6	43,3	37,7	5,7	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p.	а.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	71,0	71,0	•	
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-3,8	-10,6	-0,1	67,4	68,9	-0,4	-0,9
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,7	2,0	1,5	66,0	67,5	0,9	-0,9

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %												
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011		
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7		
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5		
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7		
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0		
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5		
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6		
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4		
Zypern	_	_	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3		
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8		
Malta	-	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6		
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6		
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5		
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0		
Slowakei	_	_	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6		
Slowenien	_	_	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	-7,4	1,3	2,0		
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6		
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5		
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1		
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8		
Estland	-	-	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 13,7	- 0,1	4,2		
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	- 4,0	2,0		
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5		
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2		
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6		
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	-0,2	- 4,6	1,4	2,1		
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3		
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1		
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9		
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6		
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	-0,7	- 5,9	1,1	0,4		
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0		

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land				iı	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,8	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	7,9	8,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	11,8	13,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	19,7	19,8
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,5	4,6	6,3	11,9	13,8	13,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,8	8,8
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,3	6,7	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	5,4	6,1	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	6,9	7,3	7,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	4,9	5,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	5,4
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,6	9,9	9,9
Slowakei	-	_	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,1	13,3
Slowenien	-	_	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	5,9	7,0	7,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	9,5	9,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	8,3	7,5	7,5	9,4	10,3	10,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	6,8	7,9	7,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	6,0	6,9	6,5
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,9	4,7	5,5	13,8	15,8	14,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	17,1	20,6	18,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,7	16,7	16,3
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,2	9,2	9,4
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	6,9	8,5	7,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	7,0	6,1	6,2	8,3	9,2	8,8
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	8,3	8,0
Ungarn	-	_	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	10,8	10,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,6	7,8	7,4
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	8,9	8,2	7,1	7,0	8,9	9,8	9,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,1	5,3	5,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,3	9,7	9,8

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Rea	les Brutto	inlandspro	dukt		Verbraud	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					nominalen ndprodukt	S
	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,5	-6,6	4,0	3,6	15,6	11,2	7,2	6,1	4,9	2,6	4,0	3,6
darunter												
Russische Föderation	5,6	-7,9	4,0	3,3	14,1	11,7	7,0	5,7	6,2	3,9	5,1	4,6
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,1	25,2	15,9	9,2	8,9	-7,1	-1,7	-2,3	-2,3
Asien	7,9	6,6	8,7	8,7	7,4	3,1	5,9	3,7	5,7	4,1	4,1	4,1
darunter												
China	9,6	8,7	10,0	9,9	5,9	-0,7	3,1	2,4	9,4	5,8	6,2	6,5
Indien	7,3	5,7	8,8	8,4	8,3	10,9	13,2	5,5	-2,2	-2,1	-2,2	-2,0
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	4,7	5,8	0,0	2,0	1,4	0,4
Korea	2,3	0,2	4,5	5,0	4,7	2,8	2,9	3,0	-0,6	5,1	1,6	2,2
Thailand	2,5	-2,3	5,5	5,5	5,5	-0,8	3,2	1,9	0,6	7,7	2,5	0,3
Lateinamerika	4,3	-1,8	4,0	4,0	7,9	6,0	6,2	5,9	-0,6	-0,5	-1,0	-1,2
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	3,5	3,0	8,6	6,3	10,1	9,1	1,5	2,8	2,8	2,0
Brasilien	5,1	-0,2	5,5	4,1	5,7	4,9	5,1	4,6	-1,7	-1,5	-2,9	-2,9
Chile	3,7	-1,5	4,7	6,0	8,7	1,7	2,0	3,0	-1,5	2,2	-0,8	-2,1
Mexiko	1,5	-6,5	4,2	4,5	5,1	5,3	4,6	3,7	-1,5	-0,6	-1,1	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	5,2	3,4	10,4	6,3	9,7	5,7	-5,7	-2,3	-4,0	-4,4
Südafrika	3,7	-1,8	2,6	3,6	11,5	7,1	5,8	5,8	-7,1	-4,0	-5,0	-6,7

¹ Prognosen des IWF.

 $\label{thm:power} Quelle: IWF World \ Economic \ Outlook \ April \ 2010 \ in \ ver\"{o}ffent \ lichter \ Form.$

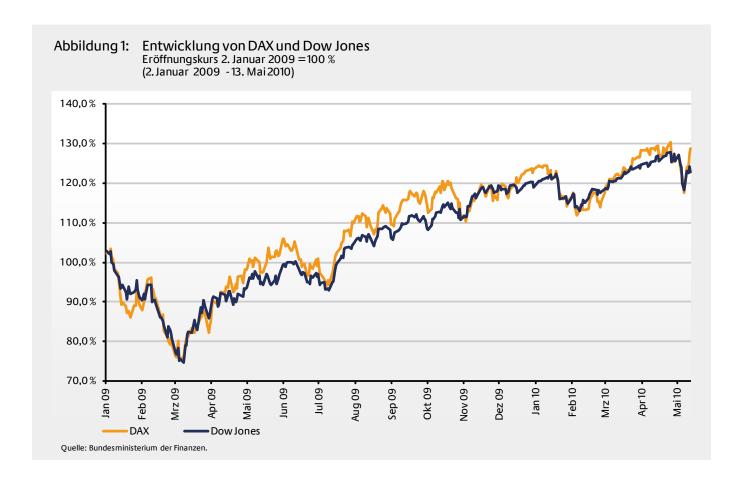


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10.05.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10 785	10 428	3,42	6 5 4 7	11 205
Eurostoxx 50	2 759	2 966	-6,99	1810	3 018
Dax	6018	5 957	1,02	3 666	6 3 3 2
CAC 40	3 720	3 936	-5,49	2 519	4 0 6 6
Nikkei	10 531	10546	-0,15	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	10.05.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,57	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,98	3,40	-0,59	2,75	3,70
Japan	1,32	1,30	-2,25	1,20	1,57
Vereinigtes Königreich	3,95	4,08	0,38	2,99	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10.05.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,30	1,44	-9,98	1,26	1,51
Yen/Dollar	93,36	92,40	1,04	86,36	101,11
Yen/Euro	120,97	133,16	-9,15	113,65	138,09
Pfund/Euro	0,86	0,89	-2,71	0,84	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,6	2,8	0,2	1,3	1,5	7,3	7,5	7,8	7,8
OECD	1,0	-4,9	1,4	1,9	2,8	0,2	1,0	0,8	7,2	7,6	9,2	9,7
IWF	1,2	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,1	0,9	1,0	7,2	7,4	8,6	9,3
USA												
EU-KOM	0,4	-2,4	2,8	2,5	3,8	-0,4	1,7	0,3	5,8	9,3	9,7	9,8
OECD	0,4	-2,5	2,5	2,8	3,8	-0,4	1,7	1,3	5,8	9,2	9,9	9,1
IWF	0,4	-2,4	3,1	2,6	3,8	-0,3	2,1	1,7	5,8	9,3	9,4	8,3
Japan												
EU-KOM	-1,2	-5,2	2,1	1,5	1,4	-1,4	-0,5	-0,4	4,0	5,1	5,3	5,3
OECD	-0,7	-5,3	1,8	2,0	1,4	-1,2	-0,9	-0,5	4,0	5,2	5,6	5,4
IWF	-1,2	-5,2	1,9	2,0	1,4	-1,4	-1,4	-0,5	4,0	5,1	5,1	4,9
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,3	1,5	3,2	0,1	1,4	1,6	7,8	9,5	10,2	10,1
OECD	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,1	1,0	0,6	7,4	9,1	9,9	10,1
IWF	0,3	-2,2	1,5	1,8	3,2	0,1	1,2	1,5	7,9	9,4	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,3	-5,0	0,8	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,7	7,8	8,8	8,8
OECD	-1,0	-4,8	1,1	1,5	3,5	0,7	0,9	0,8	6,8	7,6	8,5	8,7
IWF	-1,3	-5,0	0,8	1,2	3,5	0,8	1,4	1,7	6,8	7,8	8,7	8,6
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	0,5	-4,9	1,2	2,1	3,6	2,2	2,4	1,4	5,6	7,6	7,8	7,4
OECD	0,6	-4,7	1,2	2,2	3,6	2,1	1,7	0,5	5,7	8,0	9,3	9,5
IWF	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6	2,2	2,7	1,6	5,6	7,5	8,3	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,4	-2,7	2,0	3,0	2,4	0,4	1,3	1,0	6,1	8,3	8,7	8,1
IWF	0,4	-2,6	3,1	3,2	2,4	0,3	1,8	2,0	6,2	8,3	7,9	7,5
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,1	0,9	1,5	3,3	0,3	1,5	1,7	7,5	9,4	10,3	10,4
OECD	0,5	-4,0	0,9	1,7	3,3	0,2	0,9	0,7	7,5	9,4	10,6	10,8
IWF	0,6	-4,1	1,0	1,5	3,3	0,3	1,1	1,3	7,6	9,4	10,5	10,5
EZB	-	-4,0	0,8	1,5	-	0,3	1,2	1,5	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	0,7	-4,2	1,0	1,7	3,7	1,0	1,8	1,7	7,0	8,9	9,8	9,7
IWF	0,9	-4,1	1,0	1,8	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2009.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2009 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-3,1	1,3	1,6	4,5	0,0	1,6	1,6	7,0	7,9	8,8	9,0
OECD	0,8	-3,1	0,8	1,7	4,5	-0,1	1,0	0,9	7,0	7,9	8,9	9,2
IWF	0,8	-3,0	1,2	1,3	4,5	-0,2	1,6	1,5	7,0	8,0	9,3	9,4
Finnland												
EU-KOM	1,2	-7,8	1,4	2,1	3,9	1,6	1,7	1,9	6,4	8,2	9,5	9,2
OECD	0,8	-6,9	0,4	2,4	3,9	1,7	1,5	1,4	6,4	8,3	9,7	9,7
IWF	1,2	-7,8	1,2	2,2	3,9	1,6	1,1	1,4	6,4	8,3	9,8	9,6
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-2,0	-3,0	-0,5	4,2	1,3	3,1	2,1	7,7	9,5	11,8	13,2
OECD	2,0	-1,1	-0,7	1,6	4,2	1,2	2,0	1,6	7,7	9,3	10,4	10,4
IWF	2,0	-2,0	-2,0	-1,1	4,2	1,4	1,9	1,0	7,6	9,4	12,0	13,0
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,1	-0,9	3,0	3,1	-1,7	-1,3	0,8	6,3	11,9	13,8	13,4
OECD	-3,0	-7,5	-2,3	1,0	3,1	-1,7	-0,7	0,4	6,0	11,9	14,0	13,8
IWF	-3,0	-7,1	-1,5	1,9	3,1	-1,7	-2,0	-0,6	6,1	11,8	13,5	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,4	2,0	2,4	4,1	0,0	2,6	2,0	4,9	5,4	6,1	6,4
OECD	0,0	-3,9	2,4	3,4	4,1	-0,1	1,6	1,0	4,4	5,9	7,1	7,5
IWF	0,0	-4,2	2,1	2,4	3,4	0,8	1,0	1,3	4,4	7,0	6,2	5,7
Malta												
EU-KOM	2,1	-1,9	1,1	1,7	4,7	1,8	2,0	2,1	5,9	6,9	7,3	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,1	-1,9	0,5	1,5	4,7	1,8	2,0	2,1	5,8	7,1	7,3	7,2
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-4,0	1,3	1,8	2,2	1,0	1,3	1,5	2,8	3,4	4,9	5,2
OECD	2,0	-4,3	0,7	2,0	2,2	0,9	0,3	0,7	2,9	3,7	5,2	5,5
IWF	2,0	-4,0	1,3	1,3	2,2	1,0	1,1	1,3	2,8	3,5	4,9	4,7
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,6	1,3	1,6	3,2	0,4	1,3	1,5	3,8	4,8	5,1	5,4
OECD	1,9	-3,8	0,9	2,2	3,2	0,3	0,6	1,0	4,9	5,8	7,1	7,3
IWF	2,0	-3,6	1,3	1,7	3,2	0,4	1,3	1,5	3,9	5,0	5,4	5,5
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,7	0,5	0,7	2,7	-0,9	1,0	1,4	7,7	9,6	9,9	9,9
OECD	0,0	-2,8	0,8	1,5	2,7	-0,9	0,7	1,0	7,6	9,2	10,1	9,9
IWF	0,0	-2,7	0,3	0,7	2,7	-0,9	0,8	1,1	7,6	9,5	11,0	10,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	6,2	-4,7	2,7	3,6	3,9	0,9	1,3	2,8	9,5	12,0	14,1	13,3	
OECD	6,4	-5,8	2,0	4,2	3,9	1,0	1,7	2,4	9,6	11,6	12,7	12,5	
IWF	6,2	-4,7	4,1	4,5	3,9	0,9	0,8	2,0	9,6	12,1	11,6	10,7	
Slowenien													
EU-KOM	3,5	-7,8	1,1	1,8	5,5	0,9	1,8	2,0	4,4	5,9	7,0	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,5	-7,3	1,1	2,0	5,7	0,8	1,5	2,3	4,4	6,2	7,4	6,8	
Spanien													
EU-KOM	0,9	-3,6	-0,4	0,8	4,1	-0,3	1,6	1,6	11,3	18,0	19,7	19,8	
OECD	0,9	-3,6	-0,3	0,9	4,1	-0,4	0,8	-0,1	11,3	18,1	19,3	19,0	
IWF	0,9	-3,6	-0,4	0,9	4,1	-0,3	1,2	1,0	11,3	18,0	19,4	18,7	
Zypern													
EU-KOM	3,6	-1,7	-0,4	1,3	4,4	0,2	2,7	2,5	3,6	5,3	6,7	7,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,6	-1,7	-0,7	1,9	4,4	0,2	2,7	2,3	3,6	5,3	6,1	6,4	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2009.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	6,0	-5,0	0,0	2,7	12,0	2,5	2,3	2,7	5,6	6,8	7,9	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	6,0	-5,0	0,2	2,0	12,0	2,5	2,2	2,9	-	-	-	-	
Dänemark													
EU-KOM	-0,9	-4,9	1,6	1,8	3,6	1,1	2,3	1,5	3,3	6,0	6,9	6,5	
OECD	-1,2	-4,5	1,3	1,8	3,4	1,3	1,4	1,6	3,3	5,9	6,9	6,2	
IWF	-0,9	-5,1	1,2	1,6	3,4	1,3	2,0	2,0	1,7	3,3	4,2	4,7	
Estland													
EU-KOM	-3,6	-14,1	0,9	3,8	10,6	0,2	1,3	2,0	5,5	13,8	15,8	14,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,6	-14,1	0,8	3,6	10,4	-0,1	0,8	1,1	-	-	-	-	
Lettland													
EU-KOM	-4,6	-18,0	-3,5	3,3	15,3	3,3	-3,2	-0,7	7,5	17,1	20,6	18,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	2,7	15,3	3,3	-3,7	-2,5	-	-	-	-	
Litauen													
EU-KOM	2,8	-15,0	-0,6	3,2	11,1	4,2	-0,1	1,4	5,8	13,7	16,7	16,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,8	-15,0	-1,6	3,2	11,1	4,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-	
Polen													
EU-KOM	5,0	1,7	2,7	3,3	4,2	4,0	2,4	2,6	7,1	8,2	9,2	9,4	
OECD	5,0	1,4	2,5	3,1	4,2	3,5	2,2	1,9	7,1	8,4	9,6	9,6	
IWF	5,0	1,7	2,7	3,2	4,2	3,5	2,3	2,4	-	-	-	-	
Rumänien													
EU-KOM	7,3	-7,1	0,8	3,5	7,9	5,6	4,3	3,0	5,8	6,9	8,5	7,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	7,3	-7,1	0,8	5,1	7,8	5,6	4,0	3,1	-	-	-	-	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-4,9	1,8	2,5	3,3	1,9	1,7	1,6	6,2	8,3	9,2	8,8	
OECD	-0,4	-4,7	2,0	3,0	3,4	-0,3	1,4	3,2	6,2	8,2	10,3	10,1	
IWF	-0,2	-4,4	1,2	2,5	3,3	2,2	2,4	2,1	6,2	8,5	8,2	7,7	
Tschechien													
EU-KOM	2,5	-4,2	1,6	2,4	6,3	0,6	1,0	1,3	4,4	6,7	8,3	8,0	
OECD	2,6	-4,4	2,0	2,8	6,3	1,1	1,4	2,0	4,4	6,9	8,4	7,9	
IWF	2,5	-4,3	1,7	2,6	6,3	1,0	1,6	2,0	4,4	6,7	8,8	8,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP (real)				Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,3	0,0	2,8	6,0	4,0	4,6	2,8	7,8	10,0	10,8	10,1
OECD	0,6	-6,9	-1,0	3,1	6,0	4,5	4,0	3,0	7,9	9,9	10,3	9,3
IWF	0,6	-6,3	-0,2	3,2	6,1	4,2	4,3	2,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2009.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	6,6	5,0	4,8	4,8
OECD	0,0	-3,2	-5,3	-4,6	66,0	74,4	79,1	82,5	6,6	4,0	4,5	5,4
IWF	0,0	-3,3	-5,7	-5,1	65,9	72,5	76,7	79,6	6,7	4,8	5,5	5,6
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,0	-10,0	-9,9	70,7	84,0	93,6	102,5	-4,9	-3,0	-3,7	-3,7
OECD	-6,5	-11,2	-10,7	-9,4	70,0	83,9	92,4	99,5	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7
IWF	-6,6	-12,5	-11,0	-8,2	70,6	83,2	92,6	97,4	-4,9	-2,9	-3,3	-3,4
Japan												
EU-KOM	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6	172,0	189,2	193,5	194,9	3,2	2,8	3,1	2,5
OECD	-2,7	-7,4	-8,2	-9,4	172,1	189,3	197,2	204,3	3,2	2,5	2,8	2,8
IWF	-4,2	-10,3	-9,8	-9,1	198,8	217,6	227,3	234,1	3,2	2,8	2,8	2,4
Frankreich												
EU-KOM	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-3,3	-2,9	-3,3	-3,6
OECD	-3,4	-8,2	-8,6	-8,0	67,5	76,2	84,2	90,8	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1
IWF	-3,4	-7,9	-8,2	-7,0	67,5	77,4	84,2	88,6	-2,3	-1,5	-1,9	-1,8
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-3,1	-3,2	-3,2	-2,9
OECD	-2,7	-5,5	-5,4	-5,1	105,8	114,8	118,3	120,9	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2
IWF	-2,7	-5,3	-5,2	-4,9	106,0	115,8	118,6	120,5	-3,4	-3,4	-2,8	-2,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0	52,0	68,1	79,1	86,9	-1,5	-1,3	-1,8	-2,0
OECD	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	52,0	66,1	78,2	89,2	-1,6	-2,6	-2,4	-2,0
IWF	-4,8	-10,9	-11,4	-9,4	52,0	68,2	78,2	84,9	-1,5	-1,3	-1,7	-1,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-4,8	-5,2	-4,5	69,7	82,8	85,7	88,9	0,5	-2,9	-3,4	-3,4
IWF	0,1	-5,0	-5,1	-2,8	70,4	81,6	82,3	80,9	0,5	-2,7	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	-0,9	-0,6	-0,4	-0,3
OECD	-2,0	-6,1	-6,7	-6,2	69,4	78,7	84,8	89,7	-0,8	-0,6	-0,1	0,3
IWF	-2,0	-6,3	-6,8	-6,1	69,1	78,3	84,1	88,1	-0,8	-0,4	0,0	0,1
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5	61,6	73,6	79,6	83,8	-1,1	-0,5	-0,4	-0,4
IWF	-2,4	-6,9	-7,4	-	-	-	-	-	-1,6	-0,5	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010\ \&\ Regional er\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Mai\ 2010\ (Vorab-Expl.).$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsald	0
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	0,2	2,0	3,0	3,3
OECD	-1,2	-5,7	-5,6	-5,2	90,0	97,6	101,7	104,9	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5
IWF	-1,2	-5,8	-5,1	-4,4	-	-	-	-	-2,5	-0,3	-0,5	-0,1
Finnland												
EU-KOM	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	3,5	1,5	1,1	1,3
OECD	4,4	-2,3	-4,8	-5,2	34,1	37,0	45,6	55,1	2,8	0,8	0,9	0,9
IWF	4,2	-2,4	-4,1	-	-	-	-	-	3,0	1,4	2,0	1,8
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-13,8	-13,1	-10,3	-8,6
OECD	-7,8	-12,7	-9,8	-10,0	99,2	111,5	119,9	126,8	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1
IWF	-7,8	-12,9	-8,7	-8,8	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-9,7	-8,1
Irland												
EU-KOM	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-5,2	-2,9	-0,9	-0,6
OECD	-7,2	-12,2	-12,2	-11,6	44,1	61,3	76,7	87,9	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6
IWF	-7,2	-11,4	-12,2	-11,5	-	-	-	-	-5,2	-2,9	0,4	-0,1
Luxemburg												
EU-KOM	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	5,3	-0,4	0,9	1,5
OECD	2,5	-2,3	-4,3	-3,6	13,5	15,3	22,1	28,5	5,5	1,9	1,5	2,9
IWF	2,5	-1,1	-3,8	-5,0	-	-	-	-	5,3	5,7	11,2	11,6
Malta												
EU-KOM	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-5,4	-3,9	-4,9	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,7	-4,0	-4,8	-4,8	-	-	-	-	-5,4	-3,9	-5,1	-5,1
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	4,2	3,9	5,9	6,4
OECD	0,7	-4,5	-5,9	-5,3	58,2	63,8	69,4	73,9	4,8	6,3	7,2	7,7
IWF	0,7	-4,9	-5,9	-5,1	-	-	-	-	4,8	5,2	5,0	5,3
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	3,6	2,9	3,1	4,1
OECD	-0,5	-4,3	-5,5	-5,8	62,7	69,3	74,2	78,8	3,2	1,9	2,2	2,6
IWF	-0,5	-3,6	-4,8	-4,5	-	-	-	-	3,5	1,4	1,8	1,7
Portugal												
EU-KOM	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-12,1	-10,5	-10,1	-10,0
OECD	-2,8	-6,7	-7,6	-7,8	66,3	74,9	82,0	88,2	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1
IWF	-2,8	-9,4	-8,8	-7,5	-	-	-	-	-12,1	-10,1	-9,0	-10,2

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-6,7	-3,1	-4,5	-4,1	
OECD	-2,3	-5,9	-6,3	-5,0	27,6	33,5	39,8	44,4	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8	
IWF	-5,0	-9,0	-7,3	-7,4	-	-	-	-	-6,5	-3,2	-1,8	-1,9	
Slowenien													
EU-KOM	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-6,2	-0,9	-1,4	-1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	-6,1	-6,1	-4,9	-	-	-	-	-6,2	-0,3	-1,5	-1,2	
Spanien													
EU-KOM	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,5	-5,1	-4,6	-4,5	
OECD	-4,1	-9,6	-8,5	-7,7	39,7	52,0	60,1	66,9	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0	
IWF	-4,1	-11,4	-10,4	-9,6	-	-	-	-	-9,6	-5,1	-5,3	-5,1	
Zypern													
EU-KOM	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-17,7	-8,5	-7,1	-7,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,9	-6,1	-7,5	-8,8	-	-	-	-	-17,7	-9,3	-11,4	-10,9	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, \ Mai \ 2010 \ (Vorab-Expl.).$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	1,8	-3,9	-2,8	-2,2	14,1	14,8	17,4	18,8	-22,9	-9,6	-6,0	-5,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-24,2	-9,5	-6,3	-5,8	
Dänemark													
EU-KOM	3,4	-2,7	-5,5	-4,9	34,2	41,6	46,0	49,5	2,2	4,0	3,9	3,7	
OECD	3,4	-2,5	-5,4	-4,0	33,5	38,8	42,3	46,4	2,2	2,5	2,1	2,1	
IWF	4,5	-3,0	-5,4	-4,2	-	-	-	-	2,2	4,0	3,1	2,6	
Estland													
EU-KOM	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4	4,6	7,2	9,6	12,4	-9,4	4,6	4,9	3,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,3	-2,1	-2,4	-	-	-	-	-	-9,4	4,6	4,7	3,9	
Lettland													
EU-KOM	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9	19,5	36,1	48,5	57,3	-13,0	8,7	8,3	4,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,5	-7,7	-12,9	-	-	-	-	-	-13,0	9,4	7,0	6,3	
Litauen													
EU-KOM	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5	15,6	29,3	38,6	45,4	-11,9	2,6	2,8	2,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-8,9	-8,6	-	-	-	-	-	-11,9	3,8	2,7	2,6	
Polen													
EU-KOM	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0	47,2	51,0	53,9	59,3	-5,0	-1,6	-2,8	-3,3	
OECD	-3,7	-6,4	-7,8	-6,8	47,2	52,2	56,4	59,2	-5,1	-1,7	-2,3	-2,5	
IWF	-3,7	-7,2	-7,5	-	-	-	-	-	-5,1	-1,6	-2,8	-3,2	
Rumänien													
EU-KOM	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4	13,3	23,7	30,5	35,8	-12,7	-4,4	-4,4	-5,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,8	-7,4	-6,5	-	-	-	-	-	-12,2	-4,4	-5,5	-5,5	
Schweden													
EU-KOM	2,5	-0,5	-2,1	-1,6	38,3	42,3	42,6	42,1	9,5	7,1	6,1	6,1	
OECD	2,5	-2,0	-3,0	-2,0	38,0	43,4	45,8	48,8	6,2	7,8	8,2	8,6	
IWF	2,5	-2,2	-3,3	-2,1	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	5,8	
Tschechien													
EU-KOM	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7	30,0	35,4	39,8	43,5	-3,4	-1,0	-0,3	-1,5	
OECD	-2,0	-5,7	-5,6	-5,0	29,9	35,7	42,2	49,0	-3,0	-1,0	0,3	0,3	
IWF	-2,0	-6,0	-5,1	-5,3	-	-	-	-	-3,1	-1,0	-1,7	-2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0	72,9	78,3	78,9	77,8	-7,2	0,4	-0,2	-0,3	
OECD	-3,7	-4,3	-4,1	-3,6	72,9	81,1	85,7	87,0	-7,1	-1,6	-1,8	-2,6	
IWF	-3,7	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-7,2	0,4	-0,4	-1,0	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2010 \ (Vorab-Expl.).$

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Mai 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X